Werkphase 5 (1982-1992) - "Entmaterialisierung" von Konstruktion und Material

Bundespostmuseum / Museum für Kommunikation in Frankfurt (1982-1990)

Aufgabe und Vorbedingungen

In den 70er Jahren veränderte sich die Bedeutung der Museen im Zuge der Demokratisierung der Kultur. Sie wurden als Bestandteil einer neuen Alltagskultur der "Freizeitgesellschaft" betrachtet, als Orte für gesellschaftliche Ereignisse, aber auch als Lernorte für die Masse der Gesellschaft entdeckt, die von publikumswirksamen Großausstellungen angezogen wurde. Neben dem "Unterhaltungswert" waren grundlegende kulturelle Aufgaben und Verantwortung die Inhalte des forcierten Museumsbooms. Der Kulturtourismus führte in den 80er Jahren zu einer Museumseuphorie, die gerade in Frankfurt, Stuttgart und München besondere Ausmaße annahm. Städte und Länder investierten in aufwendige und architektonisch Aufsehen erregende Neubauten, nicht zuletzt, um auch unter dem Aspekt der Wirtschaftsförderung die Anziehungskraft und touristische Attraktivität ihrer Städte zu steigern: Die Kategorie Museumsbau entwickelte sich zu einem zentralen Thema des Bauens in den 80er Jahren.

Das südliche Mainufer im Stadtteil Sachsenhausen war gekennzeichnet durch eine Reihe alter Patriziervillen aus dem 19. Jh. Die Idee einer Museumsmeile hatte zunächst einen städtebaulichen und denkmalpflegerischen Hintergrund. Das Mainufer sollte in der bestehenden Form der Villenstruktur mit den großen Gärten erhalten bzw. durch Denkmalschutz vor einer spekulativen Umnutzung und Zerstörung geschützt werden. Diese Politik der behutsamen Stadterneuerung - die Erhaltung des Alten im Zusammenspiel mit Neuem, das den Maßstab des Alten aufnimmt und respektiert - war auch als Impulsgeber für die neu entstandene Architektur zu verstehen. Nach dem Städelschen Kunstinstitut als erstem Museum am Main (Schaumainkai 63, 1896, Anbau 1991 von Gustav Peichl fertiggestellt) wurde Mitte der 70er Jahre der Schaumainkai als Standort für die in den 80er Jahren folgenden, zahlreichen Museumswettbewerbe vorgeschlagen und schon bald als "Museumsufer" tituliert.1 Im Rahmen dieses Konzeptes wurde 1979 der Wettbewerb für das Museum für Kunsthandwerk (Villa Metzler, Schaumainkai 17) durchgeführt. Der zu dieser Zeit Aufsehen erregende Entwurf von Richard Meier wurde 1985 fertiggestellt. Im Zuge dieser Entwicklung wurden in unmittelbarer Nachbarschaft des Postgrundstücks (Schaumainkai 45) jeweils 1984 das Deutsche Filmmuseum von Helge Bofinger und das Deutsche Architekturmuseum von O.M. Ungers als Erweiterungsbauten der zwei vorhandenen Villen fertiggestellt (Schaumainkai 41 und 43). Das Architekturmuseum entwickelte sich in den folgenden Jahren unter seinem Leiter Heinrich Klotz zur Bühne für neueste Entwürfe postmoderner Architektur sowie Programme der Postmoderne, und geriet zum Brennpunkt aktueller Architekturdebatten.

Die gleichartige Ausgangssituation auf den nebeneinander liegenden Grundstücken mit den alten Villen wurde jeweils völlig unterschiedlich gelöst. Es zeigten sich die architekturgeschichtlichen Einflüsse der Postmoderne, der unterschiedliche Umgang mit der Geschichte bei der Einordnung von Umfeld und Altbau sowie die fundamental divergierenden Architekturhaltungen.

Wettbewerb 1982 und Konzept

Der Grundstock für das erste Postmuseum der Welt war 1872 von Heinrich von Stephan in Berlin gelegt worden. Aus ihm ging das Reichspostmuseum hervor, das ab 1882 auch für Besucher geöffnet wurde. Während des Zweiten Weltkrieges wurden 1943 die wichtigsten Bestände ausgelagert. Die den Krieg überlebenden Exponate wurden erst 1958 wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Deutsche Bundespost erwarb 1955 eine großbürgerliche Villa im Stil der Neorenaissance am südlichen Mainufer, die um 1891 für eine Bankiersfamilie von dem Architekten Franz von Hoven errichtet worden war und 1958 als Bundespostmuseum eröffnet wurde.

Die Post brauchte im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit für die ständig wachsende Sammlung neue Räume für ein "Kommunikationsforum", in dem sowohl ihre historische Entwicklung als auch die aktuellen und zukünftigen Aufgaben und Funktionen - Dienstleistungen und hochentwickelte Technologien des Post- und Fernmeldewesens - dargestellt und begreifbar gemacht werden sollten. Im November 1978 wurde damit begonnen, Vorgaben und Anforderungen für ein neues Museum zu entwickeln. Trotz der kleinen Grundstücksgröße und der vorhandenen Umgebungsbebauung, die eine spätere Erweiterung ausschlossen und damit dem Stand der Museumsplanung entgegenstanden, entschied man sich für das Frankfurter Grundstück. Nach der Standortentscheidung wurde ein Wettbewerb für das erste Postmuseum in Deutschland mit dem Titel "Bundespostmuseum" ausgeschrieben, dessen Name dann in "Deutsches Postmuseum" geändert wurde und nach mehrfachen Umbenennungen heute "Museum für Kommunikation" heißt.

Das Grundstück war im nördlichen Teil mit der denkmalgeschützten Villa bebaut, deren Erhaltung nicht zwingend vorgeschrieben war. Es bestand die Möglichkeit eines Erweiterungsbaus mit Erhaltung, oder eines Neubaus mit Abriss der Villa. Das Denkmalsamt forderte die Erhaltung der Villa und zumindest eines Teils des Gartens mit den alten Platanen. Das umfangreiche Raumprogramm (Eingangsbereich und Fläche für Großobjekte 250 qm, alte Poststube 40 qm, Vortragsraum 120 qm, Cafeteria 80 qm, Sonderausstellung 140 qm, Postwertzeichenkabinett 100 qm, Verwaltung und Magazine zus. 1320 qm, Ausstellungsflächen zus. 2410 qm) sowie eingeschränkte,

¹ Zur Geschichte des Museumsufers s. u.a. die Beiträge von Roland Burgard, Hilmar Hoffmann, Vittorio Magnago Lampugnani, Wolfgang Pehnt, in: Museumsarchitektur in Frankfurt 1980-1990, München 1990

örtliche Höhenvorschriften führten dazu, dass die verbleibende Fläche neben der Villa für die Anforderungen sehr knapp war. Der 1982 ausgelobte und im Oktober des Jahres abzugebende Wettbewerb wurde im Januar 1983 zugunsten von Behnisch & Partner entschieden. Die 49 eingereichten Projekte orientierten sich mehrheitlich an der bestehenden Villenstruktur, die jedoch für ein öffentliches Gebäude wegen des Konfliktes zwischen Maßstab und Funktion sowie Raumprogramm schwierig umzusetzen war.

Als Grundidee des Entwurfes wurde ein großer Teil der Ausstellungsflächen sowie auch der Magazine und Technikräume in zwei Ebenen unter der Erde untergebracht. Ein in Maßstab und Größe der Villa angepasster, sogar eher untergeordneter und zurückgenommener Baukörper wurde zum Schaumainkai mittig zwischen den Altbau und das benachbarte Gebäude aus den 60er Jahren platziert. Dadurch konnte die Villa an der nordöstlichen Straßenseite als Solitär erhalten und um einen neuen Nachbarn ergänzt werden, mit dem die Villenstruktur des Schaumainkais verstärkt und das Grundstück mit relativ geringer Gebäudemasse überbaut werden konnte. Der schmale, langgestreckte, weit in das Grundstück hineinreichende Baukörper wurde an der Westseite des Grundstücks platziert und an der Flussseite aus der Gebäudeflucht der alten Villa zurückgesetzt. Behnisch erläuterte den Grundansatz im Erläuterungsbericht: "In jüngster Vergangenheit ist in unseren Städten vieles verloren gegangen, und vieles wurde verändert. Schon deshalb möchte man Gebäude und Situationen, deren städtebauliche, technische und räumliche Situation in Ordnung ist, erhalten; man möchte sich mit den Gegebenheiten auseinandersetzen, so wie sie auf uns zukommen. Von diesem Ansatz her wurde der vorgelegte Entwurf entwickelt: Villa, Villengarten an der Straße, Begrenzung zur Straße hin, Randbepflanzung, Gartenraum usw. wurden erhalten."

Der Bau zeigt schon in der Wettbewerbsdarstellung etwas vom technischen Inhalt der Aufgabe. Die geradlinige, moderne Form und die schiffsähnliche Gestaltung des Dachbereichs symbolisiert Kommunikation und Innovationskraft, aber auch Anklänge an die Motive der Moderne. Das Untergeschoss mit den Hauptausstellungsflächen stellt zum Altbau der Villa eine nach außen nicht sichtbare Verbindung her. Eine halbrunde, kegelförmig an das Gebäude gesetzte und in den weiten Gartenbereich hinter der Villa greifende Schrägverglasung öffnet und belichtet die Untergeschossbereiche. Damit wurde auch der schon in der Wettbewerbsausschreibung formulierten Forderung des Bauherrn entsprochen, die Ausstellungsbereiche miteinander zu verbinden. Der Halbkegel durchdringt "diagonal" alle Ausstellungsgeschosse, verbindet die unterirdische mit den überirdischen Ausstellungsebenen des Neubaus sowie mit dem Außenraum. Dieser erhält sich durch die Dachbegrünung des Untergeschosses den Charakter eines Gartens. Der durch den Kegel entstehende Raum ist das Zentrum der Anlage mit Verkehrswegen und Cafeteria. Die Verbindung von alt, neu, außen und innen entsteht durch wenige, einfache Elemente. Der alte Baumbestand entlang der Grundstücksgrenzen wurde teilweise erhalten, die großen Wurzelstöcke durch im Erdreich liegende, halbkreisförmige Betonzylinder umgangen, die im Innern markante Raumwölbungen ergeben. Dazu weiter im Erläuterungsbericht: "Ein langgestrecktes, architektonisch-räumlich und plastisch akzentuiertes Gebilde verbindet den Zugang zum Museum am Schaumainkai mit den Ausstellungsflächen. (...) Den Mittelpunkt des Museums bildet der mehrgeschossige, von der tiefliegenden Ausstellungsfläche bis zum obersten Geschoss liegende Raum. Alle architektonischen Gestalten sind hier präsent und partizipieren an der Gesamtgestalt: Treppe, Lift, Saal, Geschossebene, Ausstellungsstücke, Konstruktion, Raum, Garten, Bäume, Nachbarschaft, Villa, Terrasse, Himmel usw. (...) Die Situation wäre 'verstopft', wollte man einen Baukörper einfügen, der möglicherweise mit der Villa oder den "Zweckbauten" daneben sich verbinden wollte. Dem Ziele, die Villensituation zu erhalten, entspricht es eher, wenn ein andersartiges, nicht den klassischen Fügungsprinzipien entsprechendes Gebilde eingefügt würde; sinnvoll wäre eher ein Gebilde, das die vorhandenen Kräfte berücksichtigt und dem Charakteristiken zu eigen sind, die zur Aufgabe gehören: Realitätsnähe und Geschichtsbewusstsein, hohe technische Qualität und Offenheit usw."3

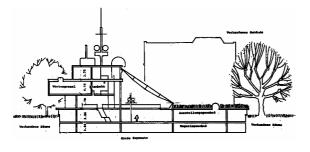
Das Preisgericht hob ebenfalls die Grundidee der Komprimierung von Hauptausstellungsflächen im Erdreich und die geringe Überbauung des Grundstücks mit den beschriebenen städtebaulichen und denkmalpflegerischen Vorteilen hervor: "Es entsteht dadurch eine Einbindung des Museums in das Ensemble der Mainfront von großer Bescheidenheit und ein künstlicher Gartenhof mit viel Erlebniswert für die Besucher des Museums. Um dies zu erreichen, müssen allerdings wertvolle Bäume geopfert werden. Die vorgeschlagene Verpflanzung ist bei diesen Exemplaren nicht möglich. Die erreichte Qualität von Städtebau und Museum macht diesen Vorschlag jedoch akzeptabel."⁴ Neben der Kritik an der mangelnden Transportmöglichkeit für Großobjekte und der Lage einiger Räume wurden die Eigenständigkeit des Neubaus als Ausstellungsort und Erlebnis- und Orientierungsraum hervorgehoben, jedoch auch die für Ausstellungsobjekte fehlende Abgeschlossenheit festgestellt: "Für die Ausstellung wird eine zusammenhängende, flexibel aufteilbare Großfläche angeboten, erschlossen mit nur einem Zugang über die Zentralhalle. Darin liegt ein Problem des Entwurfes, weil die notwendige Abgeschlossenheit einiger Bereiche im Widerspruch steht zur Prägnanz des vollverglasten Zentralraums, der nur bei entsprechender optischer Beziehung zu den anderen Bereichen die Berechtigung zu der vorgeschlagenen Größe und Ausführung hat."

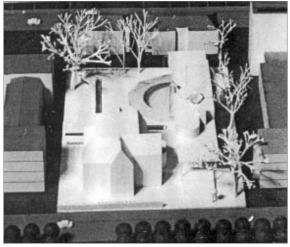
² Aus dem Erläuterungsbericht zum Postmuseum, Oktober 1982, AB

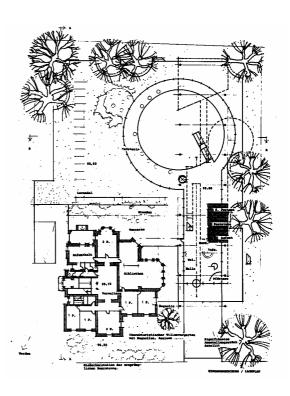
³ A.a.O.

⁴ Aus der Preisgerichtsbeurteilung zum Entwurf von Behnisch & Partner, 21.1.1983, AB

⁵ A.a.O.

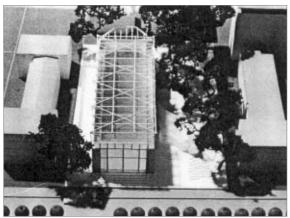




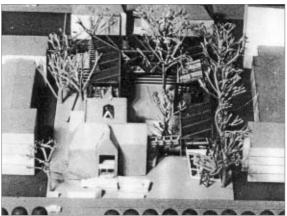


Wettbewerb Bundespostmuseum Frankfurt 1982:

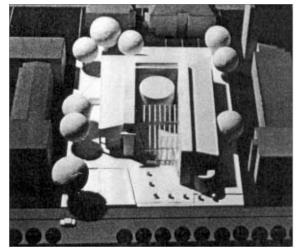
1-3 Entwurf Behnisch & Partner (1. Preis): Längsschnitt, Grundriss Eingangsgeschoss, Modell



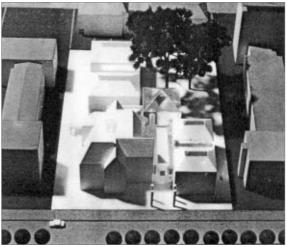
4 Entwurf Carlfried Mutschler + Partner Joachim Langner (2. Preis)



5 Entwurf Johann Eisele, Nicolas Fritz, Johannes Meyer (3. Preis)



6 Entwurf Michael Muffler, Herbert Lutz, Peter Müller (4. Preis)



7 Entwurf Alexander Freiherr von Branca (5. Preis)

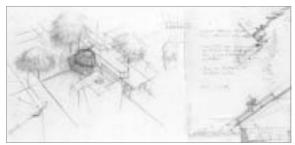
Die Grundlage des Wettbewerbs wurde von Günter Behnisch selbst entwickelt und dann von Peter Mack, Cornelia Theilig und Joachim Zürn weitergeführt, von Manfred Sabatke und Günter Behnisch wesentlich unterstützt. Nach der Auftragsvergabe ca. 1986 leitete Peter Schürmann die Planungsgruppe bis Juli 1989. Er hatte wesentlichen Anteil an der Entwicklung des Projektes. Im Sommer 1989 löste sich die Projektgruppe durch den Fortgang vieler Mitarbeiter auf, die z.T. von einem früheren Fertigstellungstermin ausgegangen waren und neue berufliche Pläne hatten. Nach Peter Schürmann, der eine Professur in Stuttgart angenommen hatte, verließen auch Gotthard Geiselmann (8/1989), Felix Heßmert (10/1989) sowie Jochen Hauff und Margit Schosser etwa ein Jahr vor der Fertigstellung die Projektgruppe. Christian Kandzia übernahm dann bis zur Fertigstellung bzw. Eröffnung im September 1990 die Projektleitung. Wichtige Mitarbeiter bis zur Fertigstellung waren Martina Eilers und, neu hinzukommend, Matthias Tusker. Behnisch bemerkte später, dass der Einfluss der wechselnden Projektleiter und Mitarbeiter im letzten Jahr sich positiv auf den Bau ausgewirkt hätten, da jeweils wieder neue Ideen in das Projekt einfließen konnten.

Veränderungen

Im Verlauf der Planung wurde das Projekt zwischen Wettbewerbsentwurf und gebauter Version mehrfach verändert, die Grundidee jedoch beibehalten. So wurden z.B. die Vortragshalle vom 1. OG ins EG verlegt, die Sonderausstellung ins 2.OG, die Verwaltung vom 2.OG in das 2. Geschoss der Villa. Der Erhalt der Bäume musste in größerem Umfang berücksichtigt werden als ursprünglich geplant. Die vorgesehene Versetzung bzw. Ersetzung der alten durch jüngere Bäume scheiterte, u.a. auch am Widerstand der Anwohner. Auch die große Platane im hinteren, südlichen Teil des Grundstücks musste erhalten werden und in die Gebäudeplanung einbezogen werden. Die Betonzylinder um die Wurzelballen wurden erheblich vergrößert und nahmen dadurch Ausstellungsfläche weg. Die an der östlichen Seite gelegene Ausbuchtung wurde in Verbindung mit einem der Rundung angepassten Oberlichtschlitz zu einem besonderen Raummerkmal. Die nun erhaltene große Platane sollte das Zentrum der Anlage durch ihre Lage neben der Verglasung prägen, auch ihre Baumkrone wurde in die Gestaltung der Obergeschossgrundrisse durch runde Aussparungen im Baukörper einbezogen. Die konkaven und konvexen Formen standen noch stärker als im Wettbewerbsentwurf im Kontrast zu dem langgestreckten, weit in das Grundstück hineinreichenden Baukörper mit orthogonaler Struktur.

Ein besonderes Problem waren die Brandschutzbestimmungen. Die notwendigen Fluchttreppen schienen zunächst aufgrund ihres großen Platzbedarfs den schmalen Grundriss ungünstig zu verändern und sich negativ auf die Transparenz auszuwirken. Durch die dann doch mit den zuständigen Behörden erstrittene Lösung konnten die Treppen an der westlichen Längsseite platziert werden.

Die wichtigste Veränderung war die geometrische Form der Verglasung von einem Kegelabschnitt zu einem schräggestellten Zylinderabschnitt, auch "Zylinderhuf" genannt, der aus verschiedenen Versionen entwickelt wurde. Die Öffnungsrundung des Untergeschosses wurde durch die Einbeziehung des Wurzelballenzylinders in eine Tropfenform verändert. Die nun unregelmäßigen Ränder um die Öffnung - ursprünglich für das Café vorgesehen - wurden verschmälert, und die Sitzplätze auf der inneren Abdeckung der Wurzeln "unter der Platane" platziert. Nach der Übernahme des Projektes durch Christian Kandzia wurden insbesondere einige Elemente mit Farben "eingehüllt", um die Schärfe und Härte des Materials zu mildern und die Verbindung zur Villa auch im Äußeren anzudeuten.



8 Isometrie mit einer Variante des Glaselements



9 Geöffnetes Modell mit realisiertem Glaselement als Zylinderabschnitt

Alte Villa

Das im Zweiten Weltkrieg stark beschädigte Gebäude aus der Gründerzeit war nur unzureichend renoviert worden und es zeigte sich, dass eine umfangreiche Instandsetzung erforderlich war. Die nur mittelmäßige architektonische Qualität und handwerkliche Ausführung der noch vorhandenen Originalteile machte eine nah am Original liegende Rekonstruktion fraglich. Auch die neue Nutzung als Verwaltungsgebäude erschwerte eine vollständige Wiederherstellung. So wurde das Gebäude nicht in allen Teilen originalgetreu rekonstruiert, sondern mit den architektonischen Mitteln und technischen Möglichkeiten der Zeit entsprechend der neuen Nutzung sichtbar ergänzt, u.a. ablesbar an den neuen, großen Fenstern. Der ehemalige Schmuckgiebel zum Schaumainkai wurde mit farblichen Mitteln - blau und weiß ineinander übergehend - bearbeitet, die in ihren Umrissen auf den ursprüng-

lichen Zustand hinweisen. Im Innern wurden die für die Nutzung als Verwaltungsbau notwendigen Ergänzungen eingefügt, so u.a. der deutlich ablesbare Einbau eines Aufzuges. Die Untergeschossräume wurden zur Ausstellungsfläche hinzugenommen, im Erdgeschoss wurde die Präsenzbibliothek und in den übrigen Geschossen die Museumsverwaltung untergebracht.

Außenraum, Verbindung Alt und Neu

Die geometrisch-orthogonale und technizistisch-metallisch wirkende Sprache des Neubaus steht im Kontrast zu den weichen, natürlichen und handwerklichen Materialien des Altbaus. Das lasierte Blau und die gelben, horizontalen Farbakzente außen sollen die Kommunikation zwischen Alt und Neu betonen. Die Annäherung dieser gegensätzlichen Individuen durch Farbe entspricht dem Grundsatz der Einbindung des Baus mit der Umgebung, erscheint hier als zusätzlicher Akzent der Zusammengehörigkeit der sonst eigenständigen Bauten. Seitlich sind an der Villa die alten rötlich gemauerten Kamine mit den silbrigen Entlüftungsrohren verbunden, die deren Verbindungsart und Höhe aufnehmen, jedoch im Material den Kontrast widerspiegeln - ein Art Umklammerung von Alt und Neu.

Die äußere Erscheinung ist durch die klare orthogonale Konstruktionsstruktur und die klaren, ablesbaren geometrischen Zusammenhänge gekennzeichnet. Im Kontrast zu den filigranen, großflächig verglasten Bereichen wirkt der obere Abschluss mit der Rundung und den silbrig-metallischen Fassadenblechen und den Dachaufbauten wie das Flaggschiff einer modernen Kommunikationstechnologie. Unterbrochen wird der klare Körper nur durch die miteinander kommunizierenden Rundungen in Boden, im Baukörpergrundriss und in der Fassade. Die Symbolik des Leitgedankens der Kommunikation und Bewegung sowie auch die Schiffsmetapher der Moderne werden angesprochen.



10 Alt und neu von der gegenüberliegenden Mainseite



11 Neu gestalteter Schmuckgiebel der Villa neben dem Eingang



12 Fassade und Eingang am Schaumainkai



13 Alt- und Neubau von der Gartenseite

Der Gartenbereich - oder genauer die begrünte Dachfläche des Untergeschosses - musste etwas angehoben werden. Er wirkt eher als Freifläche denn als Garten, kann nicht betreten und nicht benutzt werden. Am Eingang wirken eine Hecke und ein Zaun zusätzlich zum vorhandenen Geländesprung abgrenzend und mildern den harten Übergang nicht; seitlich verhindert ein türkisfarbenes Geländer den Zugang. Gliederungselemente sind die Oberlichtbänder in Verbindung mit Baumausbuchtungen, die als vertiefte Rundungen im Garten sichtbar sind, sowie die Terrasse vor der Villa mit Übergangsstufen und Rankgerüste.

Die zurückversetzte Eingangsfassade ist durch ein flaches, weit vorspringendes Dach und eine vorgezogene Treppe an das Museumsufer gerückt. Das Dach lagert auf zwei schlanken Stahlbetonrundstützen und einem schmalen, hohen Träger, die zusammen wie eine moderne Version des klassischen Portalmotivs wirken. Die Vorderkante des Daches ist mit Gittern aufgelöst. Die linke Stütze zur Villa hin und ein Teil des Trägers sind blau lasiert, sollen über die Farbe Kontakt zur Villa aufnehmen. Das Blau assoziiert eine Verbindung zu Himmel und Wasser, das die Farbe "tragende", bzw. damit "umhüllte" Architekturelement der Stütze soll immateriell erscheinen. Auch die gelben, horizontalen Farbstreifen an der Aluminiumfassade des Neubaus und den Balkonbrüstungen des Altbaus sollen die Verbindung stärken. Eine runde Aussparung in der linken Seite des Daches konzentriert das Licht auf den Zugangsbereich - nicht auf den Eingang selbst - und ermöglicht einen "gerahmten" Blick in den Himmel. Die Eingangsdrehtür liegt weiter rechts unter dem leicht vorspringenden Körper des 1. OG, aber auch hier nicht mittig. Erst beim Betreten wird die Lage des Eingangs deutlich: Genau in seiner Achse liegt der Weg zwischen Infotheke und Säulenreihe, unterhalb des niedrigen Raumbereiches des 1. OG, zum Licht und zur Weite des nun sichtbaren hinteren Raumes gerichtet. An der linken Seite öffnet sich der Blick zum hinteren Gartenbereich und zu einem hohen schmalen Raum mit einer Aufstiegsmöglichkeit über die geraden Treppen ganz nach oben.



14 Blick vom Eingang auf die Treppe in das OG und die Spindeltreppe in das UG



15 Blick zurück zum Ausgang

Innenraum, Bewegung und Licht

Die klare orthogonale, konstruktive Skelettstruktur aus Stahlbetondecken auf Rundstützen ist im gesamten Innenraum spürbar. Zwei gegeneinander verschobene Stützensysteme ohne Überlagerungen tragen die Untergeschosse, eines davon zugleich den langen Körper an der Westseite. In beiden Achsen hat die Struktur Sprünge in den Achsweiten. Sonderlösungen entstehen nur durch die Überlagerung mit den konkaven und konvexen Formen der Aussparungen, die stützenfreie Öffnung für das Untergeschoss und den stützenfreien Bereich des Vortragssaals (Hängestützen). Der Rohbau (ca. 1985-1986) ist sorgfältig ausgeführt und detailliert, u.a. mit einer speziellen Schalung für die Sichtbetonstützen - eine im Vergleich zum etwa gleichzeitig ausgeführten Hysolar-Institut (1986) völlig andere Vorgehensweise, die für diese Aufgabe als nicht angemessen und berechtigt betrachtet wurde. Besonders deutlich wird bei der einfachen, primären Stahlskelettkonstruktion wieder Behnischs Prinzip der Schichtung und der schrittweisen Lösung der Detailfragen der Sekundärkonstruktionen, der Ausbaumaterialien und der Farbgebung, die aber hier zugunsten der nun stark in den Vordergrund tretenden immateriellen Mittel von Licht und Bewegung zurückgenommen sind. Ebenso sind - wie schon am deutlichsten in der Diakonie zu sehen spezielle Orte und Situationen besonders ausformuliert: Ruhezonen, Randbereiche, Café, Brüstungszone, Spindeldurchstoßpunkt, konkave und konvexe Raumbereiche, z.T. betont durch Licht. Der situative Charakter bleibt auch beim Postmuseum erhalten, wenn auch nicht so deutlich. Mittel der "klassischen Moderne" unterstützen die Raumgliederung und Führung des Besuchers.

Das Stützensystem mit unterschiedlichen Achsweiten wurde für die unterschiedlichen Obergeschossabmessungen und auch im Hinblick auf die Wirkung der Stützen als raumbildende Elemente gewählt. So führt die mittlere, außermittige, am Eingang beginnende Reihe zusammen mit der geschlossenen rechten Raumbegrenzung den Besucher vorbei an der kaum zu bemerkenden Spindeltreppe in das Untergeschoss (Seminarraum, Toiletten, Garderoben), vorbei an der Infotheke und an der seitlich gelegenen, geraden Treppe in das 1. OG. Die Stützen sind hier mit Material und Struktur bewusst als sich wiederholende, raumgliedernde Elemente eingesetzt - bei Behnisch sonst selten zu finden. Die linke Seite ist zum Garten und zur Villa geöffnet. Unterstützt wird die Führung durch den niedrigen Raumbereich unterhalb des 1. OG's, welche schon außen durch den aus der Ein-

gangsfassade herausgeschobenen Körper des 1. OG's beginnt. Der Wechsel von dem kleinmaßstäblichen Eingangsbereich und dem großen, lichtdurchfluteten zentralen Raum wirkt sogartig. Durch die Unterbrechung der Achsen wird die Aufmerksamkeit auf die Treppe ins Untergeschoss gelenkt, die von der Bewegungsachse und der Treppenachse der geraden Treppen abknickt.

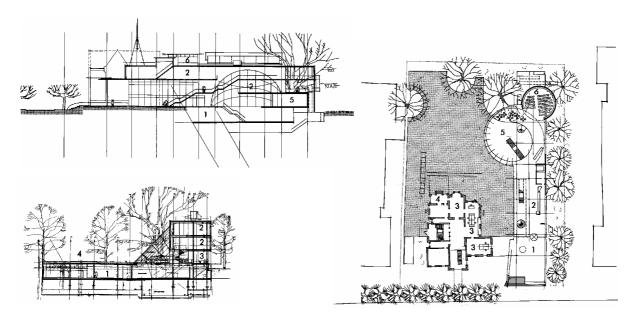
Die große Öffnung mit der zylinderförmigen Glashaut schafft nicht nur die räumliche Mitte, sie durchdringt auch die horizontal geschichteten Ebenen, verbindet sie in der Vertikalen und mit dem Außenraum. Konkave und konvexe Formen überlagern sich in der Öffnung zu einer Tropfenform. Zahlreiche Funktionen sind in dieser Mitte konzentriert: Ruhe- und Verkehrszonen, Erschließung, Treffpunkt, Licht, Übersicht über Ausstellung und Gebäude. Das Café ist am Rande der Öffnung platziert, auf der Überschneidungsfläche von Wurzelzylinder und Glaskegelfassade und unter der in den Innenraum wirkenden Platane. Es lässt sich mit dem kreisrunden Vortragssaal an der Rückseite zusammenlegen. Die ausstellungskonzeptionelle Wegeführung erfolgt ins Untergeschoss, während der architektonische Raum unter der Glasschale die Besucher eher über die schmale Wendeltreppe nach oben zieht.







16-18 Innenansicht mit den zum Glaskörper offenen Ausstellungsebenen, Treppen in die oberen und unteren Ausstellungsebenen

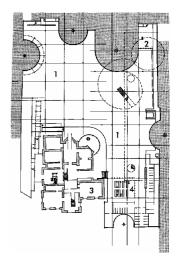


19 Längsschnitt, Querschnitt (1 Dauerausstellung, 2 Sonderausstellung, 3 Café, 4 Garten, 5 Filmsaal, 6 Funkstation) 20 Grundriss Erdgeschoss (1 Eingangsbereich, 2 Information, 3 Bibliothek, 4 Loggia, 5 Luftraum, 6 Filmsaal)

Das Untergeschoss ist weitgehend nur durch Stützen gegliedert und durch die Ausbuchtungen der Wurzelzylinder im Wechsel mit geraden Raumkanten gefasst. Eine weitere Belichtungsquelle anderer Qualität bietet, neben der großen Öffnung des Glaszylinders, nur das der Rundung folgende Oberlicht. Der Bereich wirkt im Kontrast zum zentralen Raum introvertiert. Er ist mit den Themeninseln der Hauptausstellung bestückt und folgt einer freien Führung ohne Zwang. Die Verbindung zum Altbau wird sichtbar. In der anderen Richtung erreicht der Blick durch die große Öffnung die vertikal sich verzahnenden oberen Ausstellungsebenen und den Garten und eröffnet eine fließende Weite. Die Erschließung der oberen Bereiche wird mit einem Blick sichtbar.







21-22 Ausstellungsbereich im Untergeschoss

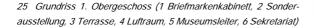
23 Grundriss 1. Untergeschoss (1 Dauerausstellung, 2 Tiefhof, 3 Magazin, 4 Gruppenraum)

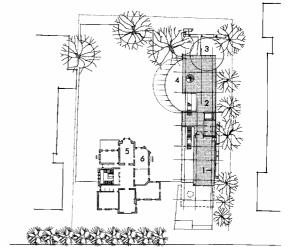
Das erste Obergeschoss ragt über die große Öffnung zum Untergeschoss, ein balkonartiger, rechteckiger Ausschnitt für die brückenartige Treppe in das 2. OG markiert die Raumkante zum Zentrum. Die rechteckige Grundrissfläche bildet halbseitig die Decke des EG, durchstößt die Eingangsfassade zur Straße und kennzeichnet hier das 1. OG als besonderen Ort für die Briefmarkensammlung. Der Weg dorthin führt über die aufgehängte Spindeltreppe, die von ihrer Erscheinung her eigentlich als Nebentreppe wirkt, aber als Hauptverbindung benutzt wird. Sie ist von der Bedeutung im Kontext wie auch von der Detaillierung her unterschiedlich zu der zwischen UG und EG stehenden ersten Spindel ausgeführt. Eine weiß gestrichene, hängende Stahlkonstruktion mit Holztrittstufen und einer Verkleidung aus gelochtem Blech, die Stufen und Handlauf verdeckt, schraubt sich körperhaft nach oben, scheint über dem Luftraum zu schweben. Im Kontrast dazu ist die Spindel am Eingang auf den Boden gestellt. Die eine Hälfte der Brüstungsverkleidung aus Lochblech ist zwischen Boden und Handlauf gesetzt. Die andere Hälfte wird umfasst von horizontal laufenden, nach unten fortgesetzten feinen Rundstäben.

Der Raum im 1. OG ist weitgehend durch den Bezug zum zentralen Museumsraum geprägt, von den offenen Blicken zum Garten an der Rückseite und zur Straße an der Vorderseite. Geschlossen ist nur der "Rücken" zur langgezogenen Ostseite.



24 Ausstellungsbereich im 1. Obergeschoss



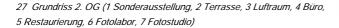


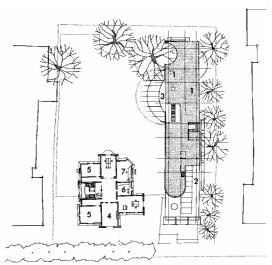
Das 2. OG kann nur über die zweite gerade Treppe erreicht und wieder verlassen werden. Es ist mit Ausnahme der übereinander liegenden Treppenausschnitte zur Halle versetzt zum 1. OG angeordnet. Die zum Garten geöffnete, von innen konkave, verglaste Rundung gibt den Blick frei auf die Baumkrone, lässt sie zum Bestandteil des Innenraumes werden. Die diagonal dazu liegende Öffnung an der geraden Längsseite lässt den Blick bis zur gegenüberliegenden Mainseite reichen, während die konvexe Rundung hier geschlossen ist. Die Bewegung erfolgt diagonal durch den Raum zum Licht. Im mittleren Bereich erhält der weitgehend zu den anderen Museumsbereichen hin abgeschlossene, introvertierte Raumbereich für die Sonderausstellungen Licht und Sichtverbindung zur Halle. Der Bodenausschnitt der aufgehängten Spindeltreppe ist begehbar verglast, öffnet einen schmalen,

schrägen Blickwinkel bis in das UG. Der Weg hinaus führt über die zwei in einer Achse hintereinander liegenden geraden Treppen direkt zum Licht des Ausgangs- bzw. Eingangsbereiches. Auf dem Dach ist eine Amateurfunkstation eingerichtet, die sogenannte "Funkbude", die mit den beiden Antennenmasten ein weithin sichtbares Zeichen setzt und gleichzeitig weit über die Frankfurter Innenstadt blicken lässt.



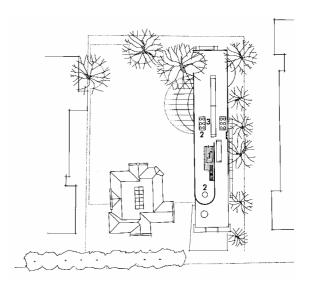
26 Ausstellungsbereich 2. OG und Rückweg zum Ausgang







28 Funkstation auf dem Dach



29 Grundriss Dachgeschoss (1 Funkstation, 2 Antenne, 3 Lüftungsgeräte)

Die nach oben zunehmende Leichtigkeit der Ebenen wird durch konstruktive Maßnahmen erreicht: Bodenplatte, Installationen und abgehängte Decke sind im EG mit einer geschlossenen Seite zusammengefasst, die im 1.OG schon deutlich dünner und im 2. OG aufgelöst in die zwei dünnen Schichten der Stahlbetondecke und der zurückversetzen, abgehängten Decke ist. Die schon häufig verwendete Schichtung der Geschossebenen wird auch im Postmuseum an den seitlichen Abschlüssen deutlich. Auch das Material der Böden - Kalkstein im UG und EG, Eichenparkett in den Obergeschossen - entspricht dem Prinzip der nach oben zunehmenden Leichtigkeit.

Der Leitgedanke der Kommunikation und Bewegung drückt sich insbesondere durch die Disposition und Bedeutung von Raumfolgen und Treppen aus. Für die Aneignung des fließenden Raumes ist die Art der Führung wichtig, bei der die Anordnung der Treppen, Ruhe- und Bewegungszonen, der Wechsel zwischen Enge und Weite der Raumfolgen und die Führung zum Licht eine wesentliche Rolle spielen. Entscheidend ist die immer wieder abgelenkte, diagonale Bewegung bzw. auch die diagonalen Sichtverbindungen und Durchblicke, die eine Art "a-perspektivischen" Bewegungs- und Erlebnisraum im Sinne einer neuen architektonischen Ebene darstellen.

Es gibt keinen fest vorgeschrieben Weg, sondern mit Ausnahme des 2.OG immer zwei Möglichkeiten, zwischen denen sich der Besucher entscheiden kann. Dennoch gibt es einen bevorzugten Bewegungsablauf für das Betreten des Museums sowie für das Verlassen. Über die geschilderte Führung in das Untergeschoss erfolgt der Rückweg über die schräge Treppe in der großen Öffnung, dann über die aufgehängte Spindeltreppe ins 1. OG und über die gerade Treppe, als einzige Möglichkeit in das 2. OG. Der Rückweg führt über die geraden, spürbar auf einer Achse liegenden Treppen direkt zum Ausgang.

Die Ruhe- und Verweilzonen liegen im EG in den Randbereichen, neben dem Café auch der zum Garten offene Bereich seitlich und "hinter" der Treppe, der durch eine Fenstersitzbank als solche gekennzeichnet ist. Im Bereich der Treppen sind die Ränder der Öffnung zum UG sowie die Ränder der Obergeschosse mit schmalen Brüstungsbrettern anstelle von Handläufen ausgestattet. Sie sollen durch die Möglichkeit des Innehaltens an dieser Stelle den Raum auf den Besucher wirken lassen, am Rand des Bewegungsraumes, aber doch in der Mitte des Geschehens. Die Stützenstruktur schafft ebenfalls solche Nischen. Die Rest-, Zwischen- und Randbereiche werden zu Ruheorten unterschiedlicher Qualität, die z.T. mit Möbeln ausgestattet sind, und durch markante Blickbeziehungen nach außen, unten, oben bzw. durch alle Ebenen hinweg oder durch Lichtstimmungen zum Verweilen einladen.

Die unterschiedliche Detaillierung unterstreicht die unterschiedliche Bedeutung der Treppenelemente im Kontext, die Eigenart und Eigenständigkeit des Einzelnen, aber auch die Bedeutung im Zusammenhang des Ganzen. So sind die Treppenelemente in weiß und grau gestrichen oder aus Edelstahl, um die Wirkung des Lichtes und des Raumes so wenig wie möglich zu stören, die Handläufe und Brüstungen aus hellem Holz. Die zwei geraden Treppen nach oben haben unterschiedlich detaillierte Seiten, aufgelöst mit deutlich auskragender Holztrittstufe zur Gartenseite und fast bündig zur geschlossenen Seite. Die Wange der oberen Treppe ist scheinbar aufgehängt, eine Analogie zur aufgehängten Spindeltreppe und vielleicht auch eine Sicherheit vermittelnde Maßnahme in luftiger Höhe. Die geraden Treppen bilden durch ihre gleiche Detaillierung, die lineare Anordnung und auch die gemeinsame Hauptfunktion als Rückweg eine Einheit. Die Podeste sind einheitlich jeweils nach 1/3 der Treppenlänge gelegt. Die Treppe in das Untergeschoss ist ähnlich, jedoch mit hellem Marmorbelag und gleichen Seiten entsprechend ihrer Aufgabe als Hauptzugang zur Dauerausstellung ausgestattet. Die zwei Spindeltreppen sind wie beschrieben jeweils unterschiedlich gestaltet, entsprechend ihrem verschiedenen Kontext und ihrer grundverschiedenen Funktion.

Im Zentrum treffen besonders die unterschiedlich detaillierten Brüstungselemente zusammen. Dicht angeordnete Stäbe und gelochte Bleche mit leicht begrenzender Wirkung im Erdgeschoss wechseln zu Partien mit Stäben in weiten Abständen (gerade Treppen in das UG, 1.OG, 2. OG) und Glastafeln mit transparenter Wirkung besonders in den oberen Geschossen. Charakteristisch für Behnisch ist die Art der Fügung der unterschiedlichen und eigenständigen Teile: Der Einsatz von "dritten" Elementen, häufig weiße Bleche unterschiedlichen Zuschnitts, werden an den Übergangsstellen entweder überlappend über die unterschiedlichen Brüstungselemente gelegt oder bewusst kleiner gemacht, um wie gerahmt zu wirken. Auf die gleiche Art sind auch die Übergänge am kreisrunden Ausschnitt vom Baukörper zum Glaszylinder behandelt. Die Platten der Verkleidung innen sind nicht genau auf die Rundung zugeschnitten, sondern werden in ihrer Größe belassen, ragen rechtwinklig in den großen Luftraum, vermutlich dem Prinzip der Überschneidung von Innen- und Außenraum folgend.

Die Detaillierung unterstützt die Auflösung bzw. zunehmende Transparenz und Leichtigkeit nach oben und verdeutlicht die Lösung von der Bodenschwere zur "Unendlichkeit" des Raumes. Die aufgehängte Spindel und die brückenartige, scheinbar aufgehängte Treppe nach oben verstärken diesen Eindruck. Ähnlich wie schon in zahlreichen Bauten ist auch hier die Vielfalt der Treppendetails charakteristisch.







30-32 Treppendetails

Konstruktionen und Details

Für den schwierigen Baugrund direkt neben dem Main mussten besondere Maßnahmen und technische Lösungen gefunden werden. Für die das ganze Baugrundstück ausfüllenden, etwa 5 m im max. Grundwasser stehenden Untergeschosse sind die Stahlbetonwände mit zwischenliegender Dichtungshaut gegen die Bohrpfahlwand betoniert. 34 cm starke Ortbetonstützen, mit besonders guter Sichtbetonqualität durch Kunststoffschalungen, tragen die 30 cm starken, unterschiedlichen Stahlbetonflachdecken.⁶ Behnischs weiterhin bestehendes Interesse an bautechnischen Neuerungen wird an neu eingesetzten Materialien und Techniken bei der Außenhaut deutlich: Die Größe der vorgefertigten, gewalzten und 8mm starken Aluminiumtafeln ist an der Grenze des derzeit technisch Möglichen. Auch die Verglasung der Tonnenform ist eine spezielle Entwicklung. Der Glaskörper ist in einen weitgespannten Betonbogen eingehängt. Die Glasfläche wird von drei Druckringen aus jeweils zwei Flacheisen getragen, die miteinander und an den Endpunkten sichtbar am Boden verschraubt sind. Längs dazu sind ebenfalls aufgelöste, zweiteilige Sparren unterschiedlicher Dimensionierung aufgelegt, die mit unregelmäßig angeordneten Querrippen verbunden sind und bis zum Boden reichen. In den Profilen sind Alu-Strangpressprofile befestigt, an den die ebenen Scheiben (Standardmaß 1,27 x 2,55m) mit Anschraubleisten gehalten werden. Die unterschiedliche Neigung der Glasfläche zwischen Mitte und Randbereichen des Kegels (Abweichung zwischen 3° und 10° je Achse) ist durch verschiedene Dichtungen den Profilen angepasst.⁷

⁶ Aus der Beschreibung von Dietger Weischede, Ingenieurbüro Schlaich, Bergermann und Partner, 6.2.1991, AB

⁷ Gerhard Häberle: Konstruktion der Kegelfassade, Bericht u.a. veröffentlicht in: Glasforum 4/1990, S. 32-33

Farbkonzept

Die beim Postmuseum sehr zurückhaltend eingesetzte Farbe ist wie auch bisher als eigene Schicht unabhängig von Konstruktions- bzw. Bauteilen eingesetzt. Sie dient als verbindendes Element zwischen Alt und Neu, Gebäude und Natur und verschiedenen Materialien. Die als Lasur aufgetragene Farbe unterstützt durch ihren transparenten, schleierhaften Eindruck die "entmaterialisierende" Wirkung der Konstruktionsteile, vor allem von Stützen im Innen- und Außenbereich. Der Innenbereich ist sehr hell gehalten, viele Konstruktionsteile sind weiß oder die Materialien unbehandelt belassen, um damit die immaterielle Wirkung von Bewegung und Licht zu unterstützen. Nur an wenigen Stellen wird die Farbe als bewusst wahrzunehmendes Mittel eingesetzt, z.B. bei dem auffallend türkisfarbenen Handlauf an der Eingangstreppe oder dem gelben, horizontalen Streifen über den großformatigen Aluminiumblechen der Fassadenverkleidung. Das Gelb wiederholt sich in der Horizontalen des Balkongeländers an der Villa, soll dadurch ebenfalls die Verbindung Alt und Neu stärken.

Ausstellungskonzept

Das Ausstellungskonzept sollte zunächst im Zusammenhang mit der Architektur bzw. zusammen mit den Architekten erarbeitet werden, wurde dann aber von der Museumsleitung konzipiert, basierend auf dem Vorschlag des Düsseldorfer Institutes für Sozialpsychologie, Hans-Christian Röglin, dem Innenarchitekten Hermann Vilter und Kurt Hüttinger. Es wurde ein Ausstellungskonzept erarbeitet, das Schwerpunktthemen in der zentralen Ausstellung und ergänzende Sonderausstellungen vorsah. Leitlinien der Konzeption waren die dienende Funktion des Systems gegenüber den zu vermittelnden Inhalten, die objektbezogene Präsentation und eine Flexibilität gegenüber Erweiterungen und Veränderungen. Als besonders schwierig für die objekt- und inhaltsbezogene Konzeption erwies sich unter didaktischen Gesichtspunkten der Umgang mit den als fließender Raum ohne Raumbegrenzungen geschaffenen Ausstellungsflächen sowie dem Glaszylinder. Eine beschränkte Anzahl von Themen sollte dies ermöglichen und in "thematisch geschlossenen Inseln" zusammengefasst werden, welche die in das Wirtschafts-, Kultur- und Sozialleben der Zeit integrierte Post-, Technik- und Kommunikationsgeschichte möglichst besucherfreundlich präsentieren sollten. "Interaktive Modelle" sollten zum spielerischen Umgang einladen, experimentell physikalische und technische Grundlagen begreifbar machen, und auch neueste Techniken und Entwicklungen entsprechend dem Sammlungsprinzip des 19. Jahrhunderts aufnehmen.

Die Ausstellungskonzeption sieht die Führung des Besuchers über die Längsachse zum Zentrum des Gebäudes und dann über die Haupttreppe in das Untergeschoss als Hauptorientierungsweg vor. Er trifft hier auf die einführende Insel der Kommunikationsgeschichte, die als Mittelpunkt auf alle weiteren thematisch und räumlich zugeordneten Bereiche verweist: Postgeschichte 1490 bis heute, Transport, Brief und Paket, Zeitung, Geld, Telegrafie, Telefon, Funk und Fernsehen, Übertragungstechnik, Post heute, Kultur. Alle weiteren Wege zu diesen Inseln und ihre Reihenfolge sind frei wählbar, entsprechend dem architektonischen Konzept der Architekten. Auch in Bezug auf die Materialwahl, Helligkeit, Leichtigkeit der Konstruktionen und Höhe sind die Inseln bzw. Objekte der Architektur angepasst: Es wurde bewusst auf hohe, raumgliedernde, das Tageslicht einschränkende oder den fließenden Raum störende Installationen verzichtet. Das häufig verwendete Aluminiumblech - natur oder weiß beschichtet - ist kontrastierend zu den historischen Objekten und harmonisierend zur neuen Architektur eingesetzt. Ein Seminarraum des museumspädagogischen Dienstes für Vorträge und Experimente befindet sich direkt im Bereich der Eingangs-Spindeltreppe. Im 1. Obergeschoss werden die Themen Post international und Briefmarken präsentiert, das 2. OG ist den Sonderausstellungen vorbehalten, im Dachgeschoss befindet sich eine Amateur-Funkstation.⁸

Ein Kommentar Behnischs zum Ausstellungskonzept belegte die seines Erachtens richtige Trennung von Architektur und Ausstellung, aber deutete auch die möglichen Schwierigkeiten an: "Es hätte nahegelegen, Gebäude und Ausstellung aus einem Guss zu gestalten. Diese zunächst verfolgte Absicht war jedoch nicht zu realisieren. (...) Die Architektur folgt nun ihren Gesetzen und die Ausstellung den ihren. Nicht richtig wäre es, wenn sich das eine dem anderen völlig anpassen wollte. Diejenigen, die die Ausstellung schaffen müssen, werden sich wohl mit den Vorgaben der Architektur auseinandersetzen, vielleicht auch herumschlagen müssen. (...) Wir haben erfahren, dass die Leistungen im Bereich der Kunst größer und im Ergebnis vielfältiger werden, wenn relativ schwierige Probleme vorgegeben wurden und gelöst werden müssen."

Bedeutung im Werk

Nach den wichtigen, nicht erfolgreichen Wettbewerben für die Erweiterung der Staatsgalerie in Stuttgart (2. Stufe 15.9.1977) und für die Deutsche Bibliothek in Frankfurt (1. Stufe 20.8.1982), deren Entscheidung vor einem ähnlichen architekturpolitischen Hintergrund stand, musste der Gewinn für Behnisch eine Genugtuung und eine Bestätigung seines Weges in einer für ihn zunächst schwierig erscheinenden Zeit sein. Die Konfrontationen zwischen den in den Frankfurter Bauten verkörperten Positionen von Behnisch, Ungers, Meier, Bofinger u.a. konnten nun Seite am Museumsufer architektonische Gestalt annehmen.

Das Postmuseum konnte unmittelbar an die Entwicklungen anschließen, die mit den noch in Planung bzw. im Bau befindlichen Gebäuden für die Diakonie in Stuttgart (Fertigstellung Februar 1984) und auch die Bibliothek in Eich-

⁹ Günter Behnisch: Lebendige Post-Geschichte, in: AIT 5/1991, S. 11-12

⁸ S. dazu Konzeptbeschreibung von Max-Werner Kahl (Bauherrenvertreter), Dezember 1988, AB

stätt (Fertigstellung November 1987) begonnen wurden, mit Ausnahme der zwei fast fertiggestellten Sporthallen in Herrenberg und Sulzbach die einzigen laufenden Projekte zum Zeitpunkt der Wettbewerbsentscheidung.

Die Verwendung einer einfachen Primärkonstruktion und einer Haut mit transparenter und metallischer Fassade ist im Zusammenhang mit der Aufgabe und den beengten Verhältnissen des Ortes zu sehen. Im Äußeren entsteht ein einfacher, klarer Baukörper mit Bezügen zum visionären Inhalt der Aufgabe wie auch zur Schiffsmetapher der Moderne der 20er Jahre, vielleicht nicht genügend davon abstrahiert.

Im Inneren entsteht ein komplexes Geflecht von Überlagerungen, jedoch nicht erzeugt durch stark differenzierte Primärstrukturen: Licht und Bewegung sollen ihre Wirkung entfalten können. Ähnlich wie bei der Diakonie werden anstelle von (funktionellen) Orten der Ruhe hier Orte des Lichtes in der einfachen Struktur platziert. Das Prinzip von minimaler Skelettstruktur und Materialeinsatz wird überlagert mit horizontal geschichteten Ebenen, dem vertikal durchdringenden Zylinderelement, sowie in alle Richtungen geschwungenen und ineinandergreifenden konvexen und konkaven Halbkreisen, die zusammen eine komplexe Raumstruktur ergeben. Die Fügung der Strukturen ist einfach und ablesbar, das Material ist in Masse und Vielfalt minimiert, die Details sind sorgfältig, ablesbar und klar gefügt - als eine Voraussetzung für die Entfaltung des offenen Raumes, der durch Licht und die ständige Bewegung zum Licht gebildet wird. Der sparsame Einsatz von Farbe - vorwiegend helles Blau, Grau, Weiß und helle Materialien wurden im Innern verwendet - deutet ebenso auf die Konzentration der immateriellen Mittel. Die dunkelblaue Wand als Raumbegrenzung der Eingangshalle im 1. OG findet sich als Pendant zu gleichfarbigen Wandflächen in der Villa. Die Elemente bleiben - anders als z.B. in Eichstätt - in ihrem konstruktiven Zusammenhang, werden z.T. zur Führung und Raumbildung hinzugezogen und deuten z.T. eine Verwendung im klassischen

Das deutliche Gewicht auf der Bewegung drückt sich wie schon in vielen vorangegangenen Bauten in der besonderen Beachtung und Detaillierung der Treppen, Geländer und Brüstungen aus, die entweder Festigkeit und Sicherheit oder schwebende Unsicherheit (Spindel, Brücke) vermitteln. Der Wechsel der konkaven und konvexen Formen in der Horizontalen und Vertikalen symbolisiert durch entgegengesetzt gerichtete Schwünge gleitende Bewegung. Das Lichtzentrum des Glaszylinders - sicher im Sinne dieses Raumverständnisses konzipiert und weniger im Sinne des Ausstellens - wird ergänzt durch viele Lichtquellen unterschiedlicher Größe und aus unterschiedlichen Himmelsrichtungen, die permanent im Wechsel wirken.

Das Postmuseum zeigt viele Charakteristika der Behnisch-Architektur, die mit der Konstruktionsdifferenzierung entwickelt wurden. Die Betonung liegt auf der Unterscheidung in den Feinheiten des Details, das Prinzip der sichtbaren konstruktiven Fügung wird beibehalten. Die Vielfalt von Konstruktionen, Farben, Materialien und Formen wird hier "ersetzt" durch die Vielfalt an Raumsituationen der Bewegung und Ruhe, Licht und Schatten - mit Durchblicken, Bezügen, schrägen Perspektiven, Lichtwirkungen, Transparenz -, deren dynamische Fügung zu einem neuartigen Raum führt.

Behnisch hatte vermutlich eine sich schon in der Hauptschule von Lorch andeutende, aber bis zum Hysolar-Institut und zum Kindergarten in Luginsland fortgesetzte Grenze des Zerlegungsprinzips der Primärstrukturen erkannt. Ein Beleg dafür ist eine Bemerkung Behnischs zu Johann Eisele etwa im November 1982 nach der Abgabe des Wettbewerbs im Zusammenhang mit der Hauptschule in Lorch, dass mehr nicht mehr ginge, und dass eine Suche nach neuen Wegen nötig sei. 10 Das Postmuseum zeigt eine Weiterentwicklung mit neuen Schwerpunkten auch ohne diesen bisherigen Bestandteil der Behnisch-Architektur, könnte somit ein Vorgriff auf weitere Entwicklungen sein (die hier nicht mehr untersucht werden).

Stellungnahme des Architekten

In einem Interview mit Klaus-Dieter Weiß stellte Günter Behnisch fest, das neue Postmuseum in Frankfurt sei "keine neue Tür, die wir aufgestoßen haben (...). Es ist das Repertoire der klassischen Moderne, zum Teil übernommen, ästhetisiert und formalisiert, auch verspielt (...). Es ist handwerklich sehr sorgfältig ausgeführt. Und es wirkt sonnig und offen, nicht verklemmt oder bedrückend."11 Und weiter bemerkte er eine formale Festigkeit, die durch den Wechsel der hervorragend arbeitenden Mitglieder der Projektleitung nur etwas verschoben worden sei: "Dieser Mannschaftswechsel hat dem Postmuseum ganz gut getan. (...) Aber die Vielfalt, die sich in Architektur ausdrückt, ist auch durch eine Vielfältigkeit der Personen bedingt, die daran arbeiten. Eine solche Mehrschichtigkeit der Darstellung kann durch eine geschichtliche Entwicklung entstehen, durch die Vielfalt der Funktionen oder Aufgaben, aber auch dadurch, dass verschiedene Meinungen und Arbeitsstile einfließen, wie es in diesem Fall der Zufall wollte - einfach, weil die ursprünglichen Bearbeiter mit einem früheren Fertigstellungstermin gerechnet hatten." 12

Der Hinweis von Julius Posener, der dem Postmuseum eher eine Verbindung zu Le Corbusier als zu Scharoun zuschrieb, behagte Behnisch wenig: "Von der ersten Ideenskizze an war das Formale unstrittig. Man kann versuchen, das zu erklären, indem man z. B. darauf hinweist, dass es sich hier eher um eine "offizielle Aufgabe handelt und dass von daher wohl eine offizielle Architektursprache naheliegt. Im übrigen sind wir der Meinung, dass in unserem Büro vieles möglich sein muss; selbstverständlich innerhalb einer Bandbreite, die nicht zuerst durch das Formale definiert ist. Hinzu kommt sicher noch die Freude am Experimentieren. Dasjenige, was wir bei

12 Günter Behnisch, a.a.O., S. 27

 $^{^{10}}$ Johann Eisele im Gespräch mit der Verfasserin am 29.11.2001

¹¹ Günter Behnisch: Freiheit ästhetisieren. Interview mit Klaus-Dieter Weiß, in: DBZ 1/1991, S. 27

einer Arbeit probiert haben, das müssen wir bei der nächsten nicht nochmals versuchen; es sei denn, wir meinten, es könnte uns diesmal besser gelingen. Aber es gibt ja soviel Neues zu entdecken, auch im Formalen. Und die Arbeit im Büro muss interessant sein, auch für uns. "13

Auch die allgemeine große Zustimmung bei den Kritikern kommentierte Behnisch eher skeptisch, da ihm der ungewohnte Grad der Zustimmung suspekt erschien. Dadurch, dass zu viele sich darin wiedererkennen könnten, sei es zu nahe am Alltag und könne dadurch weniger neue Sichtweisen anbieten, sei "etwas allgemeingültiger, etwas weniger aggressiv oder innovativ geformt. Eine freiere Darstellung sei schon durch die besonderen Themenschwerpunkte ausgeschlossen. Er deutete das eingegangene Risiko im Bereich der Technik und des Formalen als einen Grund für die große Zustimmung der Kritik. "Wir meinen auch, tatsächlich manches riskiert zu haben beim neuen Museum, im Bereich der Technik und auch im Formalen. Erscheinungen unseres Alltags haben wir nicht einfach reproduziert. Wir haben uns bemüht, Verborgenes aufzudecken, manches mitklingen zu lassen, was sonst stumm ist, und in den Dingen, die ohnehin erforderlich sind, auch Poetisches zu sehen und sehen zu lassen. Vielleicht gefällt gerade das. "14

Kritiken

Von den überwiegend positiven Kritiken sind die wichtigsten zusammengefasst:

Klaus-Dieter Weiß bezeichnete diese durchweg positive Kritik als Missverständnis, da sie das Postmuseum als Rückkehr Behnischs von den "spektakulären Entgleisungen" zum "Mainstream konventioneller Architekturauffassungen und statisch geordneter Wände" sehe, dessen Architektur nun wieder im Lot sei. "Das Missverständnis findet auf zwei Ebenen statt. Zum einen wird die Zwangsjacke eines äußerst knappen Grundstücks als ideologische Wendemarke interpretiert. (...) Zum anderen - und das vor allem - wird aber der architektonische Ansatz der freien, alle geometrischen Regeln sprengenden Form rundweg als abwegig diskreditiert. Sonst ließe sich ja das Spektakel des verlorenen Sohns ja gar nicht glaubwürdig inszenieren. "15 Mit Querverweisen auf die Vorgänge bei Scharouns Kasseler Staatstheater 1953 und Härings Berliner Sezession 1926 sah Weiß Behnischs "organhafte Freiheit da, wo sie allein noch möglich scheint, in der vertikalen Verknüpfung der Ausstellungsflächen untereinander und mit dem Außenraum. Die Eignung der Ausstellungsflächen bleibt diesem Ausbruch aus der Konvention ausdrücklich nachgeordnet."16 So diene auch das Licht des Glaszylinders mehr dem architektonisch-räumlichen Ausdruckswillen als der Funktion des Ausstellens. Auch er beschrieb - wie auch Behnisch bemerkte - die Rücksichtnahme auf die Bauaufgabe als den Grund für die weniger ausgelassene oder gar provokative Darstellung, der Verzicht auf lautes Eigenleben der Form entstehe zugunsten einer faszinierenden Vagheit der Architektur. "Bei aller Auflehnung gegen eine berechenbare Funktionalität der Architektur liegen die Grenzen damit bereits in der Aufgabenstellung. (...) Das Augenmerk liegt vielmehr auf einer hintergründigen Vielfalt der Architekturauffassungen, einer Vielfalt, die sich erst im Innenraum, in der lustbetonten Verschränkung von außen und innen bzw. der Museumsebenen untereinander voll und ganz entfaltet. (...) Fast scheint es, als sei hier ein Fenster in Richtung Zukunft geöffnet worden, das einmal nicht auf einer brisanten Neuigkeit basiert, sondern aus einem Innehalten resultiert, aus einer Nachdenklichkeit gegenüber der Integrationsfähigkeit divergierender Motive. Gerade in dieser Kommunikationsfähigkeit über dogmatische Grenzen hinweg liegt die Einzigartigkeit des Postmuseums im Vergleich zu den konkurrierenden Frankfurter Museumsbauten. 417

Julius Posener verglich die Raumqualitäten und Bewegung mit denen bei Le Corbusier. So habe dieser die Veränderung des Raumes beim Durchschreiten und die Sichtbarmachung neuer Beziehungen zum ersten Mal entscheidend realisiert. "Bei Le Corbusier - und nun ganz stark, entscheidend stark bei Behnisch - kann man sagen, dass der Raum durch die Bewegung erst entsteht. Diese Art Raum blieb unserem Jahrhundert bisher vorbehalten, und das muss einen Sinn haben."18 Wie diese Art von Räumen bewohnt, benutzt werden könne, bleibe ungeklärt. Der Raum sei wichtiger als der Raumzweck. Die permanente Bewegung führe nicht zu einem Ziel, allenfalls zu Haltepunkten. "Die Eindrücke der Räume fordern zur Bewegung auf. Bewegung erst enthüllt die Vielfalt, Bewegung herrscht auch in den Räumen selbst vor." Neben der Bewegung stellte Posener besonders das Begreifen der Technik in den Vordergrund: "Behnisch geht sehr weit." Er sah die gegeneinander stehenden Auffassungen der 20er Jahre zwischen der "Zauberei" der Moderne bei Le Corbusier und der handwerklichen Bautechnik Schmitthenners aufgehoben. "Erst ein Architekt wie Behnisch macht sichtbar, dass es diesen Bruch nicht gibt oder sagen wir nicht mehr. Er tut das, indem er auf den konstruktiven Einzelheiten besteht und auf die Zauberei der großen Glasflächen - um nur diese zu erwähnen - verzichtet. Er anerkennt das handwerkliche und das von der Technik bedingte Detail. Eben dadurch gibt er dem Benutzer auch zum technischen Detail Vertrauen. Man sieht, wie es gemacht ist, und das es keine Zauberei ist. So leben wir in diesem Jahrhundert. "19

Christian Kandzia bemerkte über die Einschätzung von Posener zum Postmuseum: "In der Tat war dieser Bau für ihn (Posener) so etwas wie eine geradlinige Weiterführung der Moderne. Ja, dort würde man das verwirklicht finden, was die Architekten der Moderne wollten, aber noch nicht finden konnten, war einer seiner Eindrücke

¹³ Günter Behnisch: Deutsches Postmuseum in Frankfurt/Main, in: Baumeister 9/1990, S. 18

¹⁴ Günter Behnisch, a.a.O., S. 20

¹⁵ Klaus-Dieter Weiß: Deutsches Postmuseum am Schaumainkai in Frankfurt/Main, in: DBZ 1/1991, S. 35-46

¹⁶ Klaus-Dieter Weiß, a.a.O., S. 35-46

¹⁷ Klaus-Dieter Weiß, a.a.O., S. 35-46

¹⁸ Julius Posener: Bewegung und Raum. Das Frankfurter Postmuseum, in: Johann-Karl Schmidt (Hrsg.): Behnisch & Partner. Bauten 1952-1992,

Stuttgart 1992, S. 44

19 Julius Posener: Das Postmuseum in Frankfurt, erschienen in: Der Tagesspiegel, 7.5.1991, hier in: Was Architektur sein kann. Neuere Aufsätze, Basel/Berlin/Boston 1995, S. 203-209

während einer Besichtigung. Und er meinte weiterhin, das Ziel sei es wohl gewesen, dass diese Räume Bewegung anregen, er dürfe hinzufügen, dass sie nur durch die Bewegung, in der Bewegung, ihr Wesen entfalten würden. Die Eigenschaft des Raumes, dass er sich bei iedem Schritt in ihm verändert, neue Beziehungen deutlich macht, und eben hierin sein Wesen entfaltet, hätte, so meint Posener, Le Corbusier zum ersten Mal entscheidend verwirklicht."20

Peter Blundell Jones bezeichnete die große Lichtquelle als das Meisterstück des Entwurfes, zusammen mit der unterirdischen Verbindung zwischen Alt und Neu kontrapunktisch, nicht gegeneinander gerichtet. Die äußere Erscheinung erinnere zum einen an die konstruktivistischen Arbeiten der 20er, habe aber auch Schiffs-ähnliche Qualität. Als ungelöst betrachtete er die Behandlung des Grundstücks zwischen den Gebäuden, vielleicht sogar als Nachteil der Grundidee, der schwer zu lösen sei. Der Raum zwischen den Gebäuden löse den Übergang zwischen hart und weich, städtisch und ländlich nicht. Das Bild des doppeldeutigen, neuen, stimulierenden und denkwürdigen Baus sei ihm zueigen, zum einen Tempel-ähnlich mit einem Säulenpaar und Säulengebälk an die klassische Geschichte der Villen erinnernd, zum andern sei es ein High-Tech-Gebäude und demonstriere die moderne Aktualität der Post. Zum dritten sei es Schiffs-ähnlich oder wirke wie der Kommandoturm eines Unterseebootes, der dessen verborgene Masse andeute. Jones wies auch auf die Verbindung zu Scharoun und Aalto hin, die ähnliche Raumfolgen und Lichtwirkungen in ihren besten Arbeiten verwirklicht hätten. So wie es die Moderne-Bewegung versprochen aber nicht erreicht hätte, sei es jetzt erst mit den technischen Mitteln der Zeit und aus der Erfahrung des Büros über viele Jahre möglich geworden.²¹

Bundesbauten in Bonn - Planungsgeschichte (1930-1987)

Von der Pädagogischen Akademie zum Bonner Bundeshaus

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden durch den Einfluss des Kalten Krieges die Pläne der westdeutschen Besatzungsmächte seit 1948 bestimmt durch die aus westlicher Sicht notwendige Errichtung eines westdeutschen Teilstaates. Auf der Grundlage der "Frankfurter Dokumente" wurde von den Militärgouverneuren der westdeutschen Zonen eine verfassunggebende Nationalversammlung gefordert. Der aus den Länderparlamenten zusammengesetzte Parlamentarische Rat konstituierte sich zur Beratung über eine neue Verfassung am 1. September 1948 in der Aula der Pädagogischen Akademie in Bonn, die von den Ministerpräsidenten als provisorischer Beratungsort ausgewählt wurde. Die Präsidentschaft übernahm Konrad Adenauer, der Vorsitz des Hauptausschusses wurde Carlo Schmid übertragen. Das daraus entstandene Grundgesetz als gemeinsamer Rahmen für die Westzonen sollte dessen provisorischen Charakter im Angesicht der Hoffnung auf ein vereintes Deutschland oder zumindest eine Vermeidung der weiteren Spaltung unterstreichen.

Das Gebäude der katholischen Akademie war 1930-1933 in Bonn auf Beschluss des Preußischen Staatsministeriums nach Plänen des Regierungsbaumeisters Martin Witte erbaut worden, und diente im Rahmen einer Neuordnung der Lehrerbildung in Preußen als Ausbildungsstätte. Das schlichte, langgestreckte, im Wesentlichen parallel zum Rheinufer verlaufende Gebäude war im Geist der Moderne der 20er gestaltet und enthielt neben den üblichen Seminarräumen auch eine Aula und eine Turnhalle.

Dem provisorisch Gedachten entsprach auch die eilige Umgestaltung der Aula des noch kriegsbeschädigten Gebäudes im August 1948. Nach der konstituierenden Sitzung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 in der Aula der Akademie wurde bereits vorgreifend im November 1948 Hans Schwippert mit weiteren Umbaumaßnahmen beauftragt, die dazu beitragen sollten, eine bessere Ausgangsposition im Wettstreit mit Frankfurt um die Wahl des ausdrücklich als provisorisch und vorläufig bezeichneten Regierungssitzes zu erreichen. An die ehemalige Turnhalle - nun Wandelhalle - wurde ein Plenarsaal für etwa 800 Personen angebaut, dessen Rohbau schon fünf Tage vor dem Beschluss über die Wahl fertiggestellt werden konnte. Am 8. Mai wurde das Grundgesetz angenommen und am 10. Mai 1949 war die knappe Entscheidung des Parlamentarischen Rates mit 33 zu 29 Stimmen über die Wahl des provisorischen Sitzes der leitenden Bundesorgane zugunsten Bonns ausgefallen sowohl unter Einflussnahme und Drängen Konrad Adenauers, der sich schon früh für Bonn eingesetzt hatte, als auch aus praktischen Erwägungen. Der Umbau musste nun dringend unter den schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit und unter großem Zeitdruck geplant und ausgeführt werden. Zusätzlich behinderten Zuständigkeitsüberschneidungen zwischen Landesregierung, Parlamentarischem Rat und den noch anwesenden Militärregierungen die Planungen. Im Zuge der parallel geplanten und ausgeführten Arbeiten wurden bis zur konstituierenden Sitzung des 1. Deutschen Bundestages und Bundesrates am 7. September 1949 neben Umbauarbeiten am alten Gebäude ein Nord- sowie ein Südflügel für Schreib- und Leseräume angefügt. Zwischen der ehemaligen Aula und der Turnhalle wurde ein zur Rheinaue orientiertes, flaches Großrestaurant an den Hauptflügel geschoben, als Verbindungsglied von Bundesratssaal (ehemalige Aula) und der aus der Turnhalle umgestalteten Wandelhalle, an deren östlicher Seite zur Rheinaue der Plenarsaal angebaut wurde. Neben der Dringlichkeit und den knappen finanziellen und materiellen Mitteln musste eine möglicherweise spätere flexible Nutzung des Saals für andere Veranstaltungen, eine Trennmöglichkeit von Saal und Restaurant sowie auch eine Umnutzung der Arbeitsräume berücksichtigt werden, da die Klärung der Hauptstadtfrage noch immer nicht abgeschlossen war.22

²⁰ Christian Kandzia: Begegnungen mit Julius Posener oder "Laßt mich doch Kinder, hier komme ich wahrscheinlich nie wieder her!", Beitrag für Posener-Buch 4/1997, AB

Zusammengefasst aus: Peter Blundell-Jones: Post on the Main, in: AR 6/1990, S. 38-47

²² S. dazu: Gisbert Knopp; Angela Schumacher: Das Bundeshaus Bonn. Geschichte Baugeschichte Architektur, Sonderdruck aus: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 35, Bonn, 1984







Bundeshaus Bonn 1948-1949, Hans Schwippert (und Bundesbaudirektion): 33-34 Oben: Eingangsbereich und Ansicht von der Rheinseite, Zustand 1952 35 Rechts: Ansicht der Anlage mit Erweiterungen vom Abgeordnetenhochhaus, Zustand 1987

Mit dem Umbau der Akademie zu dem nun als "Bundeshaus" bezeichneten Gebäude entstand einer der ersten Parlamentsbauten der Welt in der Tradition des Neuen Bauens. Der Bau eröffnete eine Reihe von Gebäuden, die eine neue demokratische Haltung des Staates nach 1945 verkörpern sollten (s. Werkphase 3). Jedoch stand er damit in einer Tradition von provisorischen Bauten, in denen sich demokratische Parlamente in Deutschland versammelten: So diente schon die klassizistische Frankfurter Paulskirche 1848 der ersten gesamtdeutschen Nationalversammlung als Versammlungsstätte, wenn auch nur für dessen kurze Bestandsdauer, und galt auch nach dem Wiederaufbau 1948 im Geist der "klassischen Moderne" durch Rudolf Schwarz als Symbol eines demokratischen Neubeginns, aber auch der Auseinandersetzung mit der Geschichte. Rudolf Schwarz' Wiederaufbau wurde auch als Beginn einer "fortan gültigen Gleichsetzung von transparentem und demokratischem Bauen"²³ angesehen, wie Dieter Bartetzko es formulierte.

Die Planungen Schwipperts waren geprägt von seinen Vorstellungen eines Parlaments als Haus der Offenheit und einem bewussten Verzicht auf repräsentative Gesten. Wie schon Rudolf Schwarz, so konnte auch Hans Schwippert sowohl zeitbedingt als auch in Anlehnung an die Haltung Martin Wittes nur an die Formensprache der "klassischen Moderne" anknüpfen, die sich bewusst und weit von der Architektur der jüngsten deutschen Vergangenheit absetzte. Von den ursprünglich vorgesehenen umfangreichen Planungen wurden jedoch nur Teile, insbesondere der Plenarsaal als Anbau realisiert, der den Prinzipien von Offenheit und Transparenz folgen sollte: Eine schlichte Konstruktion mit annähernd quadratischem Grundriss wurde beidseitig nördlich und südlich durch deckenhohe Glaswände geöffnet, die eine Verbindung zum Rhein und zum gegenüberliegenden Ufer aufnahmen. Die östlich zum Rhein gelegene Seite wurde als geschlossene Wand mit einer Stoffbespannung und den Wappen der Bundesländer als Rücken des Parlaments konzipiert.

Auch innerhalb des Hauses legte Schwippert Wert auf transparente Verbindungen und Durchblicke zwischen den verschiedenen Bereichen sowie Austrittsmöglichkeiten in den Garten und auf die angegliederten Terrassen, aber auch im Sinne einer demokratischen Gesinnung auf die gleiche Möblierung aller Büroräume unabhängig von der Position des Benutzers. In seiner Beschreibung des Bundeshauses 1949 spiegelt sich die seinem Bau zugrunde liegende Vorstellung des neuen Staates und die Ablehnung jeglicher repräsentativer Formen: "Ich habe gewünscht, dass das deutsche Land der parlamentarischen Arbeit zuschaut. So bekam der Saal zwei Fensterwände, jede 20 m lang, vom Boden bis zur Decke ausgedehnt. Man sieht durch sie den Rhein, das gegenseitige Ufer, man betritt durch ihre Fenstertüren die nördliche und die südliche Gartenterrasse." Und in Bezug auf die für alle Räume gleicheMöblierung schrieb Schwippert: "Und hier wieder nichts von 'repräsentativen Leihgaben der Vergangenheit, sondern leichte Geräte, die dienen und nichts verbergen, Raum lassen und die Bewegung des Menschen, der Gedanken und der Dinge erlauben. Ich wollte ein Haus der Offenheit, eine Architektur der Begegnung und des Gesprächs. Ich fürchtete, nicht verstanden zu werden. Ich wurde verstanden (…)"²⁴

Auseinandersetzungen um Baugestalt und Sitzordnung 1949

Konrad Adenauer (1876-1967) hatte aufgrund seiner politischen Laufbahn und seiner Position als Präsident des Parlamentarischen Rates großen Einfluss bei der Gestaltung des Gebäudes: Er war Mitglied des Zentrums, von 1917-1933 Oberbürgermeister der Stadt Köln, außerdem von 1920-1933 Präsident des Preußischen Staatsrates, und wurde von den Nationalsozialisten aus allen Ämtern entlassen. Nach 1945 trat er der neugegründeten CDU bei, deren Vorsitz er 1946 übernahm. Im September 1949 wurde er zum ersten Bundeskanzler gewählt und übte das Amt bis 1963 aus.

Adenauer war nicht der offizielle Bauherr, hatte jedoch gewichtige Gründe für sein starkes Engagement auch bei architektonischen Details.²⁵ Nicht nur die konsequente Öffnung des Gebäudes, auch die gleichartige Möblierung

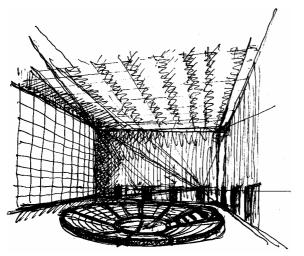
²³ Dieter Bartetzko: Ein Symbol der Republik, in: Ingeborg Flagge; Wolfgang Jean Stock (Hrsg.): Architektur und Demokratie, Ostfildern-Ruit ²1996, S. 124

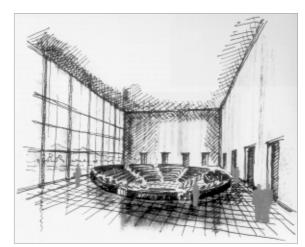
 ²⁴ Hans Schwippert: Das Bonner Bundeshaus (1949), in: Hans Schwippert: Denken Lehren Bauen, Düsseldorf/Wien 1982, S. 179ff
 ²⁵ Die Beauftragung Schwipperts erfolgte am 1.11.1948 durch das Kabinett Nordrhein-Westfalen vor der Entscheidung über die Wahl des provisorischen Regierungssitzes am 10.5.1949. Hintergrund ist verm. ein darin gesehenen Vorteil gegenüber dem Mitbewerber Frankfurt. S. dazu: Heinrich Wefing: Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses, Berlin 1995, S.165ff

wurde von Adenauer abgelehnt. ²⁶ Zwar konnte die deckenhohe Verglasung, nicht aber die Möblierung konsequent durchgesetzt werden, so u.a. beim Arbeitszimmer des Kanzlers: Adenauer lehnte den von Schwippert entworfenen Schreibtisch ab und bestellte beim eigenen Schreiner ein Möbel von "fragwürdiger Stilechtheit"²⁷. Die zurückhaltende, transparente Konzeption widersprach den davon sehr unterschiedlichen Vorstellungen Adenauers: Wollte dieser in der Bauaufgabe eine traditionsbezogene Anlehnung an die Vorkriegs-Vergangenheit durchsetzten, so suchte Schwippert im Gegensatz dazu eine Sprache für einen Neubeginn ohne Rückbezüge auf die unmittelbare Vergangenheit und als Ausdruck der neuen Gesellschaftsform. ²⁸

Vor allem die ursprünglich von Schwippert in verschiedenen Varianten in den Vorentwürfen geplante kreisförmige Sitzordnung innerhalb des quadratischen Grundrisses wurde von Adenauer als "Neuerung zu radikaler Art" und "nicht zumutbar"²⁹ abgelehnt. In dem von innen nach außen leicht ansteigenden, in Segmente unterteilten Rund ohne Rednerpult waren alle Plätze gleichwertig, keinem der Bundesorgane wurde ein Vorrang eingeräumt. Schwippert begründete 1961 im Zusammenhang mit dem Haus der Wissenschaften in Düsseldorf das Rund nicht als "das Ergebnis einer Addition von Funktionen. Es ist (…) gewollt aus einem geistigen Grunde. (…) Gewollt ist der Ausdruck einer Gemeinschaft, die miteinander spricht. Leider (…) wurde 1947/48 mein Vorschlag, dem Raum des neuen Deutschen Parlaments diese Form zu geben, zwar respektiert, aber nicht gewagt."³⁰

Adenauer favorisierte dagegen die dann auch realisierte "hierarchische" Ordnung im Stil eines Vortragssaales, die an die alte Sitzordnung des Berliner Reichstags angelehnt war: Der Form eines flachen Kreissegments mit den Plätzen für die Abgeordneten war ein erhöhter Bereich gegenübergestellt, in der Mitte der Platz des Präsidenten, rechts und links davon die Plätze der Regierung sowie des Bundesrates. Die Anordnung betonte deutlich das Gegenüber von Regierung und Abgeordneten. Schon wenige Jahre später jedoch geriet die von Adenauer durchgesetzte Sitzordnung in die Kritik und wurde zunächst dem Architekten angelastet: Eine erneute Umgestaltung des Saales wurde diskutiert und sogar über eine Änderung nach dem Vorbild des britischen Unterhauses nachgedacht. Trotz anhaltender Unzufriedenheit wurde jedoch zunächst die Ordnung beibehalten.³¹





36-37 Plenarsaal Bundeshaus Bonn, Hans Schwippert 1948: zwei Vorentwurfsskizzen mit runder Sitzordnung

Erweiterungen durch die Bundesbaudirektion 1951-1953

Die in den Jahren 1951 und 1953 erfolgten baulichen Erweiterungen, die nun der Bundesbaudirektion übertragen worden waren, folgten ebenfalls dem Grundgedanken des Provisorischen und orientierten sich nur an einem kurzfristig nötigen Bedarf. Für die beengten Platzverhältnisse der Abgeordneten wurde 1951 südlich das später so bezeichnete "alte" Abgeordnetenhochhaus und ein quergestellter Verbindungsbau zum Südflügel mit Sitzungssälen, Archiv und Bibliothek ergänzt. 1953 wurde der Plenarsaal durch eine um 6 m zurückversetzte Stirnwand und seitlich angelagerte Tribünen vergrößert, die allerdings auch die für Schwippert symbolisch wie funktional wichtigen seitlichen Glasflächen in ihrer ursprünglichen Wirkung zerstörten. Damit wurde der schon seit 1949 kurz nach der Fertigstellung geäußerten Unzufriedenheit entsprochen, die sowohl technische Mängel, aber auch die großen Glaswände und die erhöhte Regierungsbank beklagte. An der Seite zum Rhein wurde ein Anbau für den Präsidialbereich ergänzt. Die rückseitige, stoffbespannte Wand mit den Wappen der Bundesländer wurde umgestaltet und mit einer Stuckplastik des Bundesadlers nach einem Entwurf des Kölner Bildhauers Ludwig Gies sowie stillsierten Eichenblättern ausgestattet. Dies entsprach wohl dem Bedürfnis des Bundestages nach einer symbolhaften Darstellung. Ebenso wurde im Anschluss an den südlichen Flügel und das Abgeordnetenhochhaus ein L-förmiges Bauteil für die Fraktionsbereiche angefügt.

²⁶ Die auseinandergehenden Vorstellungen von Adenauer und Schwippert sind u.a. belegt in: Konrad Adenauer: Briefe 1945-1947, Berlin 1983, S. 46f; Jan Thorn-Prikker: Keine Experimente, in: Flagge; Stock (Hrsg.): Architektur und Demokratie, a.a.O., S. 246ff; Konrad Rühl: Für Hans Schwippert, in: Hans Schwippert: Denken Lehren Bauen, a.a.O., S. 185
²⁷ S. Thorn-Prikker, a.a.O., S. 250

²⁸ S. Thorn-Prikker, a.a.O., S. 249f

²⁹ Konrad Adenauer, zitiert nach Adolf Arndt aus einem Brief an den Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, 1963

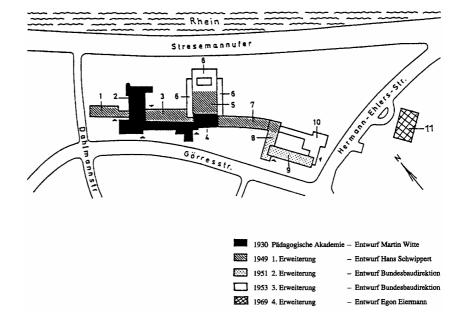
³⁰ Hans Schwippert: Denken Lehren Bauen, a.a.O., S. 187

³¹ S. zur Sitzordnungen und ihre Bedeutung als Element architektonischer Selbstdarstellung: Heinrich Wefing: Parlamentsarchitektur, a.a.O., S. 135ff, S. 162ff

Nach dem Mauerbau 1961 und damit einer wachsenden Notwendigkeit zum Ausbau Bonns, aber auch aufgrund der weiterhin anhaltenden Unzufriedenheit der Parlamentarier mit dem Plenarsaal und der Unterbringung, wurde 1962 eine Gutachterkommission von der Bundesregierung (Bundesschatzministerium) beauftragt, eine Gesamtkonzeption zu entwickeln. Mitglieder waren u.a. Paul Baumgarten, Max Guther, Werner Hebebrand, Rudolf Hillebrecht, Sep Ruf und Egon Eiermann. Damit sollte auch der zunehmenden Kritik am dauerhaften Provisorium entgegengewirkt werden. Jedoch verhinderte das anhaltende Bekenntnis zu einer Hauptstadt Berlin, das auch in der Öffentlichkeit forciert wurde, die Durchsetzung einer Gesamtkonzeption, obwohl durch den Mauerbau mit einem deutlichen Zeichen die Trennung besiegelt worden war. Die zunächst umfangreichen Planungen wurden auf den Bau eines neuen Abgeordnetenhochhauses (Egon Eiermann, 1965-1969) und den Kanzlerbungalow (Sep Ruf, 1963-1964) reduziert. Die Orientierung an dem weiterhin provisorischen Charakter Bonns und der Einfluss zahlreicher Zwänge und Vorschriften bestimmte das stark von der ursprünglichen Konzeption abweichende Ergebnis. Auf einem südlich den Gebäuden der Bundesregierung gelegenen, sehr beengten Grundstück sollte das neue Abgeordnetenhochhaus "Langer Eugen" - benannt nach dem zum Zeitpunkt der Erbauung amtierenden Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmeier - den dringenden Platzbedarf für die Abgeordneten beseitigen. Damit war die Reihe der am notwendigsten Bedarf orientierten Einzelbaumaßnahmen abgeschlossen, mit dem Ergebnis eines architektonischen Flickwerks, das den quantitativen und qualitativen Ansprüchen nur kurzfristig standhalten konnte. Im Zuge der kommunalen Neugliederung des Raums Bonn, Beuel und Bad Godesberg 1968/69 mit einer Zusammenlegung der Städte zu einem einheitlichen Planungsgebiet wurden die bisherigen Bebauungspläne offengelegt und durch eine Bürgerinitiative erste Kritik an den Verfahren laut. Im November 1969 wurden die bisherigen Planungen gestoppt, um den Bedarf zu überprüfen.

38 Situationsplan mit den Bauperioden 1930-1969:

- 1 Nordflügel
- 2 Bundesratssaal
- 3 Restaurant
- 4 Wandelhalle
- 5 Plenarsaal
- 6 Anbau mit Präsidialbereich
- 7 Südflügel
- 8 Zwischenbau
- 9 Altes Abgeordnetenhochhaus
- 10 Fraktionsbau
- 11 Neues Abgeordnetenhochhaus
- ("Langer Eugen")







39 Rückseitige Wand mit den Wappen der Länder und seitlicher Glasfassade bei der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages 1949, Hans Schwippert 1949

40 Rückseitige Wand mit dem Adler von Ludwig Gies nach dem Anbau von Tribünen und Präsidialbereich, Bundesbaudirektion 1953

Architektur und Demokratie - Inhaltliche und gedankliche Vorbedingungen

Unter dem Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel und der im Herbst des Jahres 1969 neu gewählten Regierungskoalition unter Willy Brandt wurde im gleichen Jahr ein Arbeitskreis "Bundesbauten Bonn" aus Bund, Land und Stadt gebildet, um den Baubedarf für Neubauplanungen zu ermitteln, Wettbewerbe auszuloben und weitere, damit zusammenhängende Planungsfragen zu klären. Ab Juni 1970 entwickelte ein Expertengremium Vorschläge und Empfehlungen zur Integration der Bauten des Bundes in die Stadt Bonn, die in den ersten, vom Arbeitskreis vorbereiteten Wettbewerb mündeten.³² Damit sollte begonnen werden, das seit 1949 bestehende Provisorium Bonn zu einem entsprechend "repräsentativen" und dauerhaften Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland entsprechend der Funktion einer Bundeshauptstadt zu machen. Es fehlten jedoch auch weiterhin umfassende, grundlegende Formulierungen des "öffentlichen Bauherrn", des Parlaments bzw. seiner Abgeordneten, welche Vorstellungen von architektonisch-ästhetischer Erscheinung dem Regierungssitz zugrunde gelegt werden sollten. Der dem Preisgericht angehörende Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid hatte jedoch geäußert, dass "die Neubauten die Bundesrepublik würdig, nicht im Gigantismus, sondern als Monument repräsentieren" sollten. "Die Bauten für den Staat sind letztlich ein Stück Selbstachtung der Demokratie."

Ein 10-seitiges, vom Bundesinnenministerium verfasstes Papier vom 30. April 1971³⁴ enthielt Aussagen und Hinweise, auf die Behnisch in seinen folgenden Wettbewerbsentwürfen, Überarbeitungen und Gutachten als die wenigen vorgegebenen Grundlagen häufig zurückgriff. Hierin wurde die besondere Bedeutung des anstehenden Ausbaus Bonns zum nicht mehr nur provisorischem Regierungssitz für die Selbstdarstellung des Bundes herausgestellt, jedoch Berlin nach wie vor die Aufgabe zuerkannt, "die Einheit der deutschen Nation zu repräsentieren, bis es eines Tages wieder alle Funktionen der deutschen Hauptstadt voll wahrnehmen kann"35. Die "bescheiden-provisorische Gestaltung" des Bundeshauses wurde als charakteristisch für die ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik angesehen, und sei insofern durch ein der Erfüllung der Funktionen dienendes Selbstverständnis gekennzeichnet. Die Frage nach einer nicht dem provisorischen Selbstverständnis unterliegenden Gestaltung der Bauten sei mit der Schwierigkeit verbunden, "dass dem Wesen einer freiheitlich und demokratisch verfassten Gesellschaft ein einheitlicher und ganzheitlicher Inbegriff geistig-politischer Wertvorstellungen, eine "Weltanschauung", widerspricht. Vielmehr ist die freiheitliche demokratische Staatsordnung wesentlich Ordnung der Vielfalt und Ordnung im Wandel."36 Als allgemeine, "vom demokratischen Konsensus getragene" Grundvorstellungen, die auch für eine bauliche Umsetzung geeignet erschienen, wurden "die Bürgerbezogenheit, die politische Öffentlichkeit, die Vielgliedrigkeit, die Überpersönlichkeit, die Möglichkeit eines repräsentativen Querschnitts des künstlerischen und technischen Leistungspotentials der Gesellschaft"37 aufgeführt und näher beleuchtet. Der Mensch gelte als "das Maß für alle Einrichtungen", dem das Gemeinwesen dienen müsse. Die daraus folgende Forderung nach einer - wenn auch eingeschränkten - "Zugänglichkeit des Regierungsviertels für eine allgemeine Besucheröffentlichkeit" wurde verbunden mit dem Hinweis auf Adolf Arndts Vortrag "Das zeitgerechte Parlamentsgebäude"38 und dessen Bemerkungen zur Öffentlichkeit des Parlaments, welche nicht durch eine Öffnung der Räume für die Besucher erreicht werde: "Öffentlichkeit erfordert eine Transparenz, eine Durchsichtigkeit des parlamentarischen Geschehens."39 Diese Formulierung Arndts wurde etwas später auch von Behnisch aufgenommen. Sein Verständnis von Transparenz und Öffentlichkeit spiegelte sich vor allem in den folgenden Konzepten des "Parlamentsplatzes" als direkte Begegnungsmöglichkeit, aber auch in dem sowohl symbolhaft als auch in Verbindung mit der Öffnung zur Landschaft zu verstehenden Begriff von Transparenz und Offenheit des Gebäudes wider.

Eine für Behnisch zentrale Passage behandelte die Parallelen zwischen der Vielgliedrigkeit der Demokratie und deren baulichem Ausdruck, auf die er auch in seinen Entwurfserläuterungen hinwies: "Das demokratische Gemeinwesen - und insbesondere das föderative der Bundesrepublik - ist durch eine vielfältige Gliederung seiner Struktur geprägt. Diese muss schon vom Funktionellen her und sollte auch sinnbildlich ihren baulichen Ausdruck finden. Daraus wird sich allein schon eine starke Aufgliederung der gesamten baulichen Struktur ergeben. Dabei wäre es denkbar, die Pluralität der Zentren politischer Willensbildung auch in jeweils eigenständiger architektonischer Konzeption der Einzelgebäude ihren Niederschlag finden zu lassen."40 Der Bundestag und seine zentrale Funktion als "Versammlung der Volksvertreter"41 wurde dabei deutlich hervorgehoben, ebenfalls in Anlehnung an Adolf Arndt, der in seinem Vortrag über die Parlamentsbauten die Bedeutung der Versammlung an sich, unabhängig vom Ort betont hatte. Auch diese Hinweise wurden von Behnisch aufgenommen in Form einer starken baulichen Differenzierung der Anlage und in der weiterentwickelten Vorstellung von der "Versammlung der Parlamentarier in der Rheinaue", dem Ideal einer frei sich bildenden Versammlung unter freiem Himmel entsprechend.

Weiter wies der Text darauf hin, dass die bauliche Gestaltung nicht nur zum Ausdruck bringen solle, dass "in der Demokratie der Mensch das Maß aller Entscheidung ist", sondern sie solle auch durch ihre Selbstdarstellung "die

³² S. dazu: Die Bauverwaltung 1/1971, S. 5-68

³³ Carlo Schmid nach H.-P. Oltmanns in: Die Bauverwaltung 7/1972, S. 319

³⁴ Schiffer; Jakob (Bundesministerium des Innern): Selbstdarstellung des demokratischen Staates in der baulichen Gestaltung der Bundeshauptstadt, 30. April 1971, AB

³⁵ Schiffer; Jakob, a.a.O., S. 2

³⁶ Schiffer; Jakob, a.a.O., S. 2-3

³⁷ Schiffer; Jakob, a.a.O., S. 3

³⁸ Hier in: Die neue Gesellschaft, 6/1962, S. 437

³⁹ Adolf Arndt zitiert nach Schiffer; Jakob, a.a.O., S. 5

⁴⁰ Schiffer; Jakob, a.a.O., S. 6

⁴¹ Schiffer; Jakob, a.a.O., S. 6

Eigentümlichkeit des Prozesses demokratischer Entscheidungsfindung ablesbar^{#42} machen. Ebenso solle "die Zukunftsoffenheit unseres Gemeinwesens manifestiert werden", verbunden mit "der Verwendung zeitgenössischer und zukunftsweisender Bauformen und Baumaterialien"⁴³, die als Ausdrucksmittel auch zukünftig Bestand haben könnten.

Gerade die Prozesshaftigkeit wurde eines der wichtigen Kennzeichen der architektonischen Arbeitsweise Behnischs, die sich auch durch die Beschäftigung mit der Bauaufgabe der Bundesbauten herausbildete und im Sinne von Behnischs Bemühen um eine Durchsichtigkeit der Prozesse während der Planung und im Umgang mit den Planungsbeteiligten am deulichsten "demokratische" Züge aufzeigte. Auch das hier angesprochene antizipatorische Element, auf das schon an anderer Stelle hingewiesen wurde, könnte eine Anregung für die weitere Entwicklung Behnischs gewesen sein.

Adolf Arndt und Carlo Schmid

Behnisch war schon einige Jahre zuvor, vermutlich im Zusammenhang mit den Bauten für München, auf die Vorträge und Schriften von Adolf Arndt aufmerksam geworden, die seit 1967 häufig in seinen Vorträgen und Schriften als Bezüge verwendet wurden. Ebenso ist anzunehmen, dass die Mitwirkung Carlo Schmids als Preisrichter im städtebaulichen Wettbewerb in seinem Amt als Bundestagsvizepräsident 1971/1972 Behnisch auf dessen Schriften und Aussagen zur "Vermenschlichung" der Demokratie aufmerksam machte, die jedoch erst ab 1982 nachweislich aufgenommen wurden. Adolf Arndt gab durch seine wenigen zur Architektur formulierten Beiträge, Carlo Schmid durch seine Formulierungen der demokratischen Grundrechte des Menschen als "demokratische Leitfiguren" wichtige Hinweise und Anhaltspunkte für den unbestimmten Begriff und die Gestalt einer "demokratischen Architektur", damit für die grundlegenden Gedanken zu den Entwürfen für die Bundesbauten und darüber hinaus für die gesamte architektonische Entwicklung von Behinsch & Partner.

Der SPD-Politiker Adolf Arndt (1904-1974) war Jurist und Verfassungsrechtler, arbeitete bis 1933 als Richter und wurde wegen seiner Herkunft 1933 aus seinem Amt entlassen. Nach 1945 war er als Oberstaatsanwalt tätig, von 1949-1969 Bundestagsabgeordneter und bis 1966 Geschäftsführer der SDP-Fraktion. Insbesondere der schon mehrfach erwähnte Vortrag "Demokratie als Bauherr"44 - gehalten 1960 an der Akademie der Künste in Berlin, aber erst später beachtet -, daneben auch sein Vortrag "Das zeitgerechte Parlamentsgebäude"45 - gehalten 1962 vor der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn - dienten Behnisch als häufig zitierte, inhaltliche Leitgedanken und gehören zu den wenigen, bis heute vielfach aufgegriffenen Dokumenten zur Bedeutung des Bauens aus demokratischer und politischer Sicht.

Im Folgenden werden die für Behnisch zentralen Aussagen Adolf Arndts herausgestellt, die 1976 in einer die wichtigsten gedanklichen Grundlagen zusammenfassenden Broschüre enthalten sind und die kurz nach der zweiten Überarbeitung des Bauwettbewerbs und des Scheiterns der Kooperation mit v. Wolff, v. Wolff und Schneble verfasst wurden.

Arndt hatte formuliert, das "aus politischer Sicht die Frage nach dem Bauen eine Frage nach dem Menschen"46 sei. "Wenn es einen Sinn haben soll, nach der Demokratie als Bauherr zu fragen und dadurch einen Zugang zu Lösungsmöglichkeiten zu finden, ob und wie es sich bewahrheiten könnte, dass Bauherr das souveräne Volk ist, so wird zunächst gesucht werden müssen, inwiefern Demokratie mehr ist als ein Wunschbild, mehr als eine Organisationsform, vielmehr, ob sie Maßstäbe bietet für eine Lebensweise aus einer ihr eigenen Schau auf wirkliche Menschen hin."47

Ebenfalls nahm Behnisch die Aussagen Arndts zur Frage auf, ob Bauen eine Aufgabe der staatlichen Bauverwaltung sei. Das auf Demokratie zielende Gleichgewicht zwischen Staat und Gesellschaft - so Arndt - sei nicht gegeben, wenn "ein Kollegium der Fachleute als öffentlichen Bauherrn autonom von Staats wegen" institutionalisiert werde. Arndt betonte damit die Bedeutung von der politisch personell zu verantwortenden Vergabe an freie Architekten, die "gerade nicht im Namen des Staates sprechen, sondern als sie selber im eigenen Namen als freie Bürger der freien Gesellschaft. (...) Die geistige Gestalt eines Bauwerks, das in demselben Maße schön wird, wie sich die personale Wirklichkeit eines individuellen Geistes darin bewahrheitet, bedarf eines gesamtverantwortlichen Baumeisters."48 Diese Problematik spiegelte sich wider in den später zunehmenden Schwierigkeiten des Büros Behnisch & Partner in der Abstimmung mit der Bundesbauverwaltung. (s. Kap. Verantwortlichkeiten und Kompetenzen, Kritiken)

1983 ergänzte Behnisch in einem skizzenhaft zum Thema "Demokratische Ordnungen" und deren Prinzip der Öffentlichkeit angefertigten Manuskript diese Hinweise von Arndt, der die Demokratie als abhängig von den darin lebenden Menschen, deren Lebensentwurf und Verhalten beschrieben hatte. Die Demokratie solle für die Menschen ein Angebot bereitstellen, so Arndt, welches das Bauen unterstützen müsse: "Ich meine, dass Demokratie als politische Lebensweise von ihrem Ansatz her auf den mündigen Menschen angewiesen und darum alles in ihr, auch das Bauen, darauf angelegt sein muss, dem Menschen zu einer Mündigkeit zu verhelfen und ihn sich in

⁴² Schiffer; Jakob, a.a.O., S. 7-8 ⁴³ Schiffer; Jakob, a.a.O., S. 9

⁴⁴ Adolf Arndt: Demokratie als Bauherr, Vortrag in der Akademie der Künste in Berlin 1960, in: Flagge; Stock: Architektur und Demokratie, a.a.O. ⁴⁵ Adolf Arndt: Das zeitgerechte Parlamentsgebäude, Vortrag vor der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn 1962, in: Adolf Arndt: Geist der Politik. Reden, Berlin 1965

46 Adolf Arndt: Demokratie als Bauherr, a.a.O., S. 56

47 Adolf Arndt, in: Broschüre "Entwurf für die Parlamentsbauten Bonn" 01/1976, AB, S. 1; Adolf Arndt: Demokratie als Bauherr, a.a.O., S. 56

⁴⁸ A.a.O., S. 6; Adolf Arndt: Demokratie als Bauherr, a.a.O., S. 63-64

dieser Welt bewusst werden zu lassen, dass er ein politischer Mensch ist, der zu seinem Teil (...) geschichtliche Mitverantwortung trägt. (...) Die demokratische Aufgabe des Bauens ist, dass ein jeder Mensch sich als Mensch für sich und als Mensch im Gefüge gewahrt.(...) Sollte es nicht einen Zusammenhang geben zwischen dem Öffentlichkeitsprinzip der Demokratie und einer äußeren wie inneren Durchsichtigkeit und Zugänglichkeit ihrer öffentlichen Bauwerke?" Arndt schloss diesen Absatz mit der Feststellung: "Demokratie fußt eben auf Menschen, die sich selber zu eigen sind. Sie achtet und schützt deshalb die Innigkeit des menschlichen Verschwiegenseins, während sie nach Durchsichtigkeit des Gemeinsamen strebt, um es einem jeden öffentlich zugänglich zu machen."49

Im oben genannten Manuskript kam auch Behnischs Ideal von Demokratie und demokratischer Architektur zum Ausdruck, deren wesentliches Prinzip er im Gegensatz zu totalitären Systemen darin sah, "dass alles in ihr in durchschaubarer, überprüfbarer Weise vollzogen wird; ein Prinzip, das sich eben als Durchsichtigkeit oder Transparenz, auch ihrer Architektur mitteilen muss (...)". Als weitere Stichworte nannte er in Anlehnung an Arndt eine "Öffentlichkeit, die sich architektonisch als Offenheit verwirklicht, (...) Öffentlichkeit des Gemeinsamen mit Korrelat in der Privatheit". Und weiter: "Architektonische Durchsichtigkeit, die sich aus dem Politischen ableitet, lässt sich definieren (...) als konstruktive Einsichtiakeit, das heißt vor allem Verzicht auf trügerische Verblendung und Verkleidung (...) Einfachheit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit (...)."50 Anders als Behnisch hatte Arndt in diesem Zusammenhang keine konkreten Aussagen über die mit der demokratischen Haltung verbundenen Baustoffe und Konstruktionen gemacht. Arndt hatte jedoch schon zu Beginn seiner Betrachtungen bemerkt, dass nicht das Material entscheidend ist für die Möglichkeiten und die Wertschätzung, welche die Bauten den Menschen einräumen, sondern es ginge um "von innen her politisch aufgefasste Gestalt und ihren Geist". Eine nach außen hin "ermüdende Fensterwand hochmütig abweisender Gleichgültigkeit" sei "keine Frage des Baugewandes oder der vermeintlichen Sachlichkeit der Baustoffe; man kann Langweiligkeit auch modisch auf das Allerneueste aus Stahl und Glas aufführen."51

Die hier angesprochenen demokratischen Hoffnungen einer Durchsichtigkeit des parlamentarischen Betriebs, einer Offenheit politischen Handelns und eines Einblicks in den Prozess der demokratischen Entscheidungsfindung, der Absprachen der Ausschüsse und Fraktionen können in der Architektur nur idealisiert dargestellt werden. Transparenz und Offenheit wurden auch bei Behnisch als Metapher verstanden, mit Hilfe von Stahl und Glas eine gewünschte Durchsichtigkeit parlamentarischer Aktivitäten zu symbolisieren im Sinne eines hoffnungsvollen "Vor-Scheins" für das Prinzip Demokratie, nicht aber im Sinne einer scheinbaren Offenheit tatsächlicher politischer Entscheidungsfindung der realen Institution Demokratie.

Der in Frankreich geborene und in Tübingen als Sohn eines Deutschen und einer Französin aufgewachsene Carlo Schmid (1896-1979) lehrte zunächst als Dozent für Völkerrecht, ab 1949 als Professor für öffentliches Recht in seiner Heimatstadt. Er wurde von der französischen Militärregierung für politische Aufgaben vorgeschlagen und gehörte als SPD-Mitglied und Vorsitzender des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates 1948/49 neben Konrad Adenauer und Kurt Schumacher zu den Persönlichkeiten, die wesentlich an der Gestaltung des Grundgesetzes beteiligt waren. Sein Amt als Bundestagsvizepräsident 1949-1966 und 1969-1972 war unterbrochen durch sein Ministeramt in der Großen Koalition Kiesinger / Brandt. Der vielbegabte Intellektuelle, Politiker und Literat erlangte aufgrund vieler Betätigungfelder, u.a. als Initiator und Koordinator für Deutsch-Französische Beziehungen, auf der europäischen Ebene, durch literarische Tätigkeiten und durch seine geistige Mitwirkung "im Hintergrund" großes Ansehen.

Behnisch bezog sich hauptsächlich auf Schmids Aufsatz "Demokratie - die Chance, den Staat zu vermenschlichen"52, der als Sonderbeitrag zum Stichwort Demokratie in Meyers Enzyklopädischem Lexikon erschienen war. Auch die erst später, um 1982 aufgegriffenen Gedanken Carlo Schmids sollen hier in Beziehung zu den eigenen Aussagen Behnischs betrachtet werden und damit weitere Hinweise liefern für den gedanklichen Hintergrund des Entwurfes und auf die Verbindung seines Bauens zur Demokratie.

Schon in einem Vortrag von 1982 - im Zusammenhang mit den zu diesem Zeitpunkt gerade abgebrochenen Planungen - kam eine Kernaussage zum Ausdruck: Solange auf der Ebene von Stilarchitekturen, Kategorien oder Begriffen, also vom Äußeren her gedacht sei, könne die Frage, was demokratische Architektur ist, nicht beantwortet werden, sondern erst durch die Art und Weise ihrer Entstehung. "Das Demokratische liegt also in den Prozessen, die - und hier zitiere ich Carlo Schmid - ihren letzten Sinn darin haben, das Zusammenleben der Menschen so in Verfassung zu bringen, dass der Würde aller Genüge getan wird und allen - auch Minderheiten institutionell die Möglichkeit gegeben wird, ihr Vermögen in Freiheit zu entfalten und dadurch Selbstverwirklichung und Wesensbejahung finden zu können. Was hierzu gehört, ist im Laufe eines langen geschichtlichen Prozesses als "Menschenrechte" in das politische Bewusstsein der Gesellschaft eingegangen. (...) Durch die Rezeption der Menschenrechte ist Demokratie neben einer politischen zu einer moralischen Kategorie geworden. "53

Schon 1971 war die Bedeutung der demokratischen Entscheidungsprozeduren in den Vorgaben des Innenministeriums betont worden. In dem umfassenden Vortrag zum Thema "Demokratie und Architektur", gehalten auf

 ⁴⁹ Adolf Arndt, zitiert u.a. in: Günter Behnisch: Demokratische Ordnungen, Manuskript, Sommer 1983, AC; und: Adolf Arndt: Demokratie als Bauherr, a.a.O., S. 56, 58, 59
 50 Günter Behnisch: Demokratische Ordnungen, a.a.O.

⁵¹ Adolf Arndt: Demokratie als Bauherr, a.a.O., S. 54

⁵² Schmid, Carlo: Demokratie – die Chance, den Staat zu vermenschlichen, Sonderbeitrag zum Stichwort Demokratie, Datierung unklar, hier:

Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Band 6, Mannheim 1972 53 Schmid, Carlo: Demokratie, a.a.O., S. 409-419, 413, zitiert von Günter Behnisch in einem Vortrag bei der Architektenkammer Freiburg, 1982,

einem Kolloquium des Bundesbauministeriums und des BDA in Bonn-Bad Godesberg am 22.6.1989 anlässlich des vierzigsten Jahrestages der Gründung der Bundesrepublik und danach mehrfach veröffentlicht⁵⁴, knüpfte Behnisch an seine 1982 von Schmid verwendeten Zitate an und verband sie deutlicher mit der eigenen Arbeit. Behnisch betonte nun die Bedeutung politischer Programme vor der Umsetzung und Ausformung in architektonische Formen, die entscheidenden Einfluss auf den Rahmen des Gestaltungsraumes hätten. Er betrachtete Architektur als insofern "vom Politischen bestimmt" und "politisch wirksam", wie Politik und Architektur als gemeinsame Aufgabe das "auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtete Verhalten und Handeln"55 zukomme.

Wie schon mit den Worten Adolf Arndts erläuterte Günter Behnisch auch anhand der Zitate Carlo Schmids seine Auffassung von Architektur als einer moralischen Komponente und als verantwortungsvolle Aufgabe mit Bedeutung für das Leben des Individuums. Die von Behnisch zitierten Passagen beschreiben Demokratie nicht ausschließlich als eine Staatsform mit verbindlichen Grundrechten, welche Menschenrechte, Würde, Minderheiten und freiheitliche Entfaltung des Einzelnen garantieren, sondern darüber hinaus sprechen sie auch eine damit verbundene, allgemeine Lebenshaltung und selbstverantwortliche Lebensauffassung an, die über die öffentlichen Bereiche hinaus bis in private und alltägliche Bereiche hineinwirken müsse. Ebenfalls kam hier - wie schon Arndt es beschrieben hatte - die Forderung nach einem dazu notwendigen, "mündigen" Bürger zum Ausdruck.

Eine für Behnisch weitere zentrale Stelle behandelte den instrumentellen Charakter der Demokratie, welche mit den zur Verfügung stehenden Mitteln den Menschen zu demokratischem Handeln befähigen sollte. Darin hieß es: "Demokratisches Bewusstsein setzt das Vertrauen des Menschen in ihn selbst und in die Nebenmenschen voraus, mit denen er in der staatlichen Gemeinschaft zusammenlebt. Demokratie ist kein Automat, der nur eingestellt zu werden braucht, um zu bieten, was man sich von ihr verspricht. Demokratie ist ein Angebot an uns alle, mit ihrem Instrumentarium so umzugehen, dass der Mensch auch im Staate immer in der Mitte steht. Sie ist noch nicht das reine Gefäß der Menschlichkeit; sie bietet uns aber Mittel an, mit deren Hilfe wir den Staat vermenschlichen können."56 Politisch verantwortete Architektur, so Behnisch, werde dadurch zu einer moralischen Angelegenheit, zu der sich der Architekt verpflichte, und die sich gerade im Engagement und in der Auseinandersetzung mit den großen Organisationen zeigen müsse. Angesprochen wurden hier wiederum die Verantwortung des Architekten sowohl für die Vorbedingungen der Entstehung von Architektur, als auch für die von ihm gewählten architektonischen Mittel, als auch für den Entstehungsprozess der Architektur selbst. Die Arbeitsmethode und die formalen Mittel als die wichtigsten gestalterischen Elemente erhielten in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung: Behnisch formulierte in Anlehnung an Carlo Schmid - auch übertragen auf die Architektur zu verstehen - die Prozesse der Lösungsfindung und die dazu eingesetzten Mittel als eigentliches Ziel einer Architektur. Auch Bertolt Brechts Gedicht "Über die Bauart langdauernder Werke"57, das Behnisch in diesem Zusammenhang erwähnte, sollte die Bedeutung des für ihn zentralen Prozesshaften, des lebendig in Arbeit befindlichen, des Schaffensvorgangs unterstreichen. "Wir vermenschlichen unsere Gesellschaft, wenn wir die Zeit, wenn wir die Wege, wenn wir die Mittel, deren wir uns bedienen, vermenschlichen. Beim Endprodukt Architektur können wir nicht anfangen. Vielleicht ist der Weg das Ziel? Wir werden die bei der Arbeit an Architektur gemachten Erfahrungen jedenfalls übertragen auf andere Bereiche." Und weiter: "Vorausgesetzt, das Können der Beteiligten ist vorhanden und demokratische "Verhältnisse" (in der von Carlo Schmid beschriebenen Konkretheit) sind vorhanden, dann könnten wir demokratische Verhaltensweisen und Praktiken einüben (Stichwort: "Der Weg ist das Ziel' und "Von lang dauernden Werken") und dann könnte eine demokratische Architektur entstehen."58 Behnisch selbst stellte damit in Bezug auf seine prozesshafte Arbeits- und Entwurfsweise und die Anwendung der

Mittel eine Verbindung zum Begriff des Demokratischen her, verbunden mit den persönlichen Fähigkeiten und Engagement der Beteiligten.

Städtebaulicher Ideenwettbewerb "Bauten des Bundes und ihre Integration in die Stadt Bonn" 02/1972, 1. Ankauf

Projektgruppe: Carlo Weber mit Frohmut Kurz

Mitarbeiter: Ulrich Zahn, Tina Häcker

Der auf der Grundlage der im Juni 1970 entwickelten Empfehlungen des Expertengremiums und von dem Arbeitskreis "Bundesbauten Bonn" vorbereitete Wettbewerb wurde im August 1971 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen als Vertreter der Bundesrepublik und der Stadt Bonn ausgelobt. Die Überlegungen standen im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Entscheidung, das Gebiet zwischen Bonn, Beuel und Bad Godesberg städtebaulich zusammenzufassen und aufzuwerten. Die Vorgaben für den Wettbewerb umfassten die Integration der Bundesbauten in das neu zusammengefasste Stadtgebiet, eine Verkehrsanbindung und Straßenplanung. Der Bauherr wünschte sich eine Ansiedlung der Ministerien in den freien Räumen der Rheinaue, der Gronau, mit 450.000 qm Büros zuzüglich 50% Reserve, die natürlich belichtet und belüftet sein sollten.

Aus dem im April 1972 entschiedenen Wettbewerb gingen die Architekten Stephan und Ursula Legge als Sieger hervor. Das Projekt schlug rechts und links des Rheins entsprechend des riesigen Flächenprogramms große

⁵⁸ Günter Behnisch: Demokratie und Architektur, a.a.O.

⁵⁴ Günter Behnisch: Demokratie und Architektur, Vortrag Bonn-Bad Godesberg am 22.6.1989, AB; teilweise gekürzt veröffentlicht u.a. unter dem Titel: Der Architekt und Bauen in der Demokratie, in: Der Architekt 10/1989, S. 497ff; Triumph der Form, Glanz der Dauer, in: Werk, Bauen + Wohnen 1-2/1992, S. 6ff; Bauen für die Demokratie, in: Flagge; Stock: Architektur und Demokratie, a.a.O., S. 70; Behnisch & Partner (Hrsg.): Behnisch & Partner. Bauten und Projekte 1987-1997, Stuttgart 1996, S. 124ff Günter Behnisch: Demokratie und Architektur, a.a.O.

⁵⁶ Carlo Schmid: Demokratie, a.a.O., S. 415, zitiert in: Günter Behnisch: Demokratie und Architektur, a.a.O.

⁵⁷ Berthold Brecht: Über die Bauart langdauernder Werke (1932), hier in: Gedichte III, Frankfurt 1961

Baumassen vor, welche Bundestag, Bundesrat und Ministerien aufnehmen sollten und durch ein Personentransportsystem (PTS) verbunden werden sollten. Das sogenannte "Legge-Gutachten" sollte als Grundlage für die weiteren Wettbewerbe dienen.⁵⁹ Das Projekt entsprach dem architektonischen und wirtschaftlichen Leitbild der Zeit, flexible und technisch perfektionierte Megastrukturen für eine durch Wachstumserwartungen und Technikgläubigkeit bestimmte Gesellschaft zu schaffen.

Der Vorschlag von Behnisch & Partner (1. Ankauf) zielte dagegen auf die schwerpunktmäßige Nutzung und bandartige Anordnung der Bauten im Bereich der städtischen Achsen des Verflechtungsbandes Bonn-Bad Godesberg, mit einer Mischung von Bundesbauten mit Wohn- und Dienstleistungsbereichen. Schwerpunkt des Vorschlages war schon hier die weitgehende Erhaltung der bestehenden natürlichen Freiräume der Rheinaue und Ansiedelung der Ministerien an der bestehenden Verbindungslinie der neu zusammenwachsenden Bereiche Bonn, Beuel und Bad Godesberg. Die bestehenden Auen des Rheins sollten mit den auszubauenden Grünbereichen entlang der Achsen verbunden werden. Bundestag und Bundesrat sollten ihrer Bedeutung entsprechend als Einzelbauten in der Aue platziert werden.

Das Preisgericht hob in seiner Beurteilung vor allem die naturräumlichen Vorzüge des Entwurfes hervor. In der Beurteilung hieß es: "Die Qualität des Entwurfes liegt in der konsequenten Zurückhaltung gegenüber den Rheinauen und in der genauso konsequenten Verdichtung im Raum zwischen der B 9 A und der Bundesbahn. Die Lösung ist aber abhängig davon, ob es gelingt, entlang der B 9 A mehr als eine optische Verbindung der hier aufgereihten Bauten zu erreichen und den Raum Godesberg auch an das Erholungsgebiet anzuschließen." Darin enthalten sah das Preisgericht aber ebenso auch die Nachteile: "Diesem Konzept zuliebe wird auf nahezu alle städtebaulichen, die landschaftlichen Vorgaben nutzenden Möglichkeiten verzichtet. Die Ausweisung von vornehmlich niedriggeschossigen Wohnbauten entspricht der Gunst der Lage nicht. (...) Der Entwurf sieht den Rheinauen-Park als einen übergeordneten Erholungspark ohne einen ausgeprägten Bezug zur gestellten Aufgabe. (...) Gestalterische Bezüge zur Umgebung sind nicht erkennbar. Die Rheinauen sind bei der Planung der Bundesbauten, bis auf den Versuch, Randbereiche der Legislative auf den Landschaftsraum zu beziehen, kaum berücksichtigt worden. "61

Die Regierungserklärung von Willy Brandt im Januar 1973 legitimierte die Umsetzung des riesigen Komplexes - auch als "Bollwerk am Rhein" bezeichnet -, welcher nun den weiteren Planungen zugrunde gelegt werden sollte. Die Entscheidung spiegelte jedoch auch die Konkurrenzsituation zu der nun als eigener Staat gefestigten, international anerkannten und weltpolitisch an Gewicht gewinnenden DDR wieder.





Städtebaulicher Ideenwettbewerb "Bauten des Bundes und ihre Integration in die Stadt Bonn" Februar 1972:

- 41 Entwurf Legge/Legge (1.Preis)
- 42 Entwurf Behnisch & Partner (1.Ankauf)

Realisierungswettbewerb Bundesbauten (Bundestag und Bundesrat) in Bonn 1973, ein 1. Preis

Projektgruppe: Fritz Auer und Carlo Weber (Partner), Christian Kandzia, Frohmut Kurz, Horst Stockburger, Dieter Herrmann

In Zusammenarbeit mit Günther Grzimek, Leonhardt + Andrä (Jörg Schlaich, Rudolf Bergermann) u.a.

Der Höhepunkt des wirtschaftlichen Aufschwungs zu Beginn der 70er Jahre veranlasste die Bundesregierung zu dem Beschluss, das alte Provisorium durch neue Gebäude für die Bundesbauten zu ersetzen. Auch das nun erfolgende Bekenntnis der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt zu Bonn als Bundeshauptstadt förderte die nun einsetzenden, umfangreichen Planungen. Der erste, im September 1972 durch das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ausgeschriebene Bauwettbewerb, unter Mitwirkung der seit Dezember 1972 amtierenden Bundestagspräsidentin Annemarie Renger, sollte bis zum Abgabetermin am 7.5.1973 auf der

61 A.a.O.

⁵⁹ Ergebnis veröffentlicht in: Die Bauverwaltung 7/1972, S. 319-329

⁶⁰ Aus der Preisgerichtsbeurteilung zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb Bonn 02/1972, AB

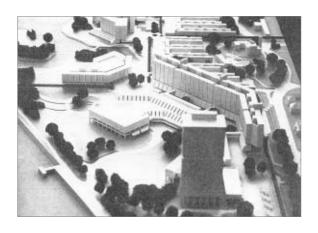
Grundlage des Legge-Gutachtens weitere städtebauliche Lösungsmöglichkeiten aufzeigen: U.a. sollten über eine Verflechtungszone als Bindeglied zwischen Stadt, Bauten für Legislative und Exekutive sowie dem Erholungspark Rheinaue diese Bereiche an die Stadt angebunden und eine Eingangssituation für den Erholungspark städtebaulich ausgeformt werden. Weiter sollten in dem Wettbewerbsgebiet konkrete Bauvorschläge für die wichtigsten Funktionen der Stadt als politisches Zentrum der Bundesrepublik mit den Gebäuden für Bundestag und Bundesrat, zwei Ministerien sowie zwei weitere Ministerien als Reserve geliefert werden. Es sollte jedoch kein neues städtisches Zentrum geschaffen werden, sondern alle weiteren Funktionen und Folgeeinrichtungen sollten von den umgebenden Bereichen abgedeckt werden, um die Aufgaben der städtischen Zentren von Bonn, Beuel und Bad Godesberg nicht zu beeinträchtigen. Ziel war, die wichtigsten Funktionen der Bundeshauptstadt an einem Ort zusammenzufassen.

Die unterschiedlichen Aufgaben von Legislative und Exekutive sollten insbesondere in der baulichen Gestaltung zum Ausdruck kommen, mit einer Forderung nach "Signifikanz" und "Öffentlichkeit" der Parlamentsbereiche, wobei Öffentlichkeit nicht im Sinne einer weitgehenden Zugänglichkeit verstanden wurde. Dazu hieß es im Wettbewerbsprogramm: "Von dem Bauwettbewerb werden Lösungen erwartet, die nach Lage und baulicher Gestaltung Bundestag und Bundesrat als zentrale Organe in unserem Verfassungsgefüge sichtbar und das im Grundgesetz festgelegte Prinzip der Öffentlichkeit ihrer Plenarberatungen sichtbar machen."62 Entsprechend ihrer Bedeutung sollte der Gestaltung der Plenarbereiche besondere Aufmerksamkeit zukommen: "Als Verfassungsorgane stellen sich Bundestag und Bundesrat in ihren Plenarbereichen dar, in deren Mittelpunkt die Plenarsäle stehen. Diesen Plenarbereichen gebührt daher nach Lage und baulicher Gestaltung der höchste Rang. Ihre Aufgabe und Bedeutung sollte mit den Mitteln moderner Architektur angemessen dargestellt werde."63 Ebenso sollte der Gestaltung der Fraktionsbereiche nicht eine Planung als übliches Bürogebäude zugrunde gelegt werden, sondern im Sinne der Bedeutung des Ortes der politischen Willensbildung entsprechend gestaltet werden: "Hier repräsentiert sich der Bundestag in seiner politischen Gliederung, die sich in den Fraktionszentralen akzentuiert. Der Fraktionsbereich stellt daher in einem gewissen Sinne das Pendant zum Plenarbereich dar. Dem sollte bei der baulichen Gestaltung Rechnung getragen werden."

Als Wettbewerbsgelände für Bundestag und Bundesrat war der südlich des Bundeshauses befindliche Streifen zwischen der Kurt-Schumacherstraße und dem Rhein beidseitig des baulich einzubindenden Abgeordnetenhochhauses von Egon Eiermann vorgegeben. Zusammen mit dem seit 1973 unabhängig von übergeordneten Planungen begonnenen Bau des Bundeskanzleramts und dem Bundespräsidialamt sollte daraus der eigentliche Bundesdistrikt entstehen. Die Verflechtungszone sollte diesen Gebäudebereich mit den Bauten für die Ministerien verbinden und im Anschluss daran südlich ein Ministerienkomplex für 4500 Mitarbeiter - im ersten Bauabschnitt für 2000 Beschäftigte - angeschlossen werden können. Die Gebäude der Pädagogischen Akademie von 1933 und die von Hans Schwippert 1949 geplanten Ergänzungen sollten als "Haus der Geschichte" weitergenutzt werden, die weiteren Anbauten sollten abgerissen werden. Den Programmvorgaben entsprechend sollte der Baumbestand des Parks so weit wie möglich erhalten werden.

Als Ergebnis der Preisgerichtssitzung vom 23.11.1973 unter dem Vorsitz von Friedrich Spengelin ergaben sich bei einer Beteiligung von 36 und davon 15 prämierten Arbeiten vier gleichrangig an 1. Stelle platzierte Entwürfe, die vom Preisgericht zu einer Überarbeitung empfohlen wurden: Behnisch & Partner, Stuttgart; Architektenpartnerschaft Brunnert, Mory, Osterwalder, Vielmo, Stuttgart; Hans-Dieter Hecker, Fred Wolf, Dieter Poppe, Freiburg; Wilhelm von Wolff, Friederike von Wolff, Eugen Schneble, Konstanz.

43-45 RealisierungswettbewerbBundesbauten Bonn 1973: Entwürfe von Brunnert, Mory, Osterwalder, Vielmo (rechts); Hecker, Wolf, Poppe (unten): v. Wolff, v. Wolff, Schneble (unten rechts)







⁶² Aus dem Auslobungstext 1972, S. 55, AB

⁶³ A.a.O.

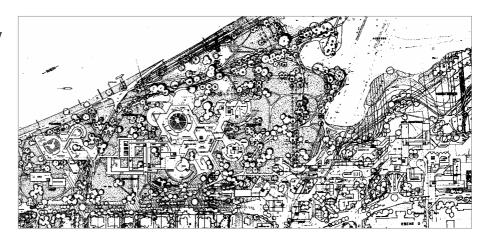
⁶⁴ A.a.O.





Realisierungswettbewerb 1973, Entwurf Behnisch & Partner:

46 Modell 47 Grundprinzipien der Planung (Zeichnung Carlo Weber)



48 Lageplan Ebene 0

Der Entwurf von Behnisch & Partner grenzte sich am deutlichsten von den Vorgaben durch das "Legge-Gutachten" ab. Die landschaftsräumlichen Schwerpunkte mit Erhalt der Landschaftsstrukturen wurden aus dem städtebaulichen Entwurf weiterentwickelt, wobei die städtische Anbindung durch das Hineinwachsen des Grüns in die Stadt und nicht durch bauliche Maßnahmen erfolgen sollte. Der Gebäudekomplex war gekennzeichnet durch ein differenziertes Geflecht von Einzelkörpern und markanten, runden Elementen für die Fraktionsbereiche als "Inseln" in der Aue, entsprechend dem landschaftsräumlichen Ansatz in die Landschaft einfügt. Die Plenarbereiche waren aber deutlich durch ihre spitzwinkligen Gebäudeumrisse als Einzelkörper in Sinne der Besonderheit der Aufgabe hervorgehoben.

Als Begründung für die starke Gliederung formulierte Behnisch in den Entwurfserläuterungen seine Ablehnung aller architektonischen Formen und Denkansätze, die Macht als etwas Absolutes demonstrieren. Er betonte seine Vorstellung von einer "geteilten" oder gegliederten Macht in der Demokratie, welche dieser Staatsform und der damit verbundenen Verantwortung gegenüber dem Einzelnen mehr entspreche und welche auch als Gestaltungsund Gliederungsform in der Architektur sichtbar werden solle: "Wir stehen vor der Aufgabe, die "zentrale Macht" der Bundesrepublik, des Bundestages, des Bundesrates baulich zu gestalten und mit der Umgebung - Stadt, Landschaft, Region - zu verknüpfen. (...) Diese Aufgabe - so umfangreich, einschneidend, folgenreich und mühsam in der Realisierung sie sein mag, ist vorwiegend ein qualitatives Problem. Eine 'deutsche Pforte' am Rhein kann dieser Aufgabe nicht entsprechen."65 Behnisch wollte den mit dieser besonderen Form der Macht verbundenen "verantwortungsbewussten Gebrauch" architektonisch zum Ausdruck bringen. "Nicht in einem Stück - wie die Macht an sich - jedoch als vielschichtiger, vielverzweigter, alle Teile dieser Aufgabe betreffender Aspekt, der dann - in allen Teilen berücksichtigt - als Ganzes zur Gestalt der Macht in Verantwortung werden kann. "66 Drei wichtige Bindungen wurden dazu formuliert: Rücksichtnahmen auf die Natur, selbstbewusste Auseinandersetzung mit der bereits gebauten Situation und der Ausdruck in den Baulichkeiten selbst. Die Forderung nach "Öffentlichkeit" des Auslobers wurde beantwortet mit der "Offenheit" der Architektur, die im Sinne einer Transparenz des parlamentarischen Betriebs nicht nur symbolisch in die Architektur übertragen, sondern mit ihrem Umgang direkt erlebbar werden sollte. "Die Demokratie als Bauherr ist verantwortlich für den Ausdruck ihrer Baulichkeiten. Die Öffentlichkeit der Kontrolle der Macht drückt sich darin aus, dass wesentliche Teile des Gebäudes für Außenstehende erlebbar und benutzbar sind. Wesentlicher aber ist, dass die gesamte Anlage einen offenen Eindruck macht. "67 Die zugrunde liegende Entwurfsidee war eine landschaftliche Gestaltung des Bereichs in Zusammenhang mit der Rheinaue, die eine weiche, fließende Verbindung bis in die Stadt hinein herstellen sollte. Ein wichtiger Kernsatz

wurde auch in den Entwurfserläuterungen der Überarbeitungen in den folgenden Jahren immer beibehalten: "Das Grün in der Rheinaue soll verstärkt und ausgebaut werden. Dieses Grün soll in die Stadt eindringen, nicht umge-

 $^{65}_{\dots}$ Aus dem Erläuterungsbericht zum ersten Bauwettbewerb Mai 1973, AB

⁶⁶ A.a.O.

⁶⁷ A.a.O.

kehrt der Stein in die Aue."68 Das Konzept wurde in Zusammenarbeit mit Günther Grzimek erarbeitet, der in ähnlicher Form Ideen in seinen Erläuterungen zum Landschaftsentwurf für die Olympiaanlagen in München formuliert hatte. Es sollte sich sowohl in den Plenarbereichen selbst als auch in der Gestaltung der differenzierten Bereiche des Geländes widerspiegeln, das in einer Mischung von "struppig und wild" und "sauber und gepflegt" den Charakter der Auenlandschaft und der städtischen Grünbereiche miteinander verbinden sollte.

Wesentliches Kennzeichen des Entwurfes von Behnisch & Partner war außerdem die geometrische Grundform des Kreises und das Kreismotiv mit seiner symbolischen Bedeutung: In Anlehnung an den Entwurf für das Europäische Patentamt 1970/71 wurden sich überlagernde Kreiskörper miteinander verwoben. Die Bedeutung der Kreisform, auch schon bei den Schulen von Oppelsbohm 1969 und Lorch 1973 als geometrisches Ordnungsmotiv angewendet, zeigte sich besonders in der runden Sitzordnung des Plenarsaals, die entgegen den Vorgaben der Ausschreibung nach einer U-förmigen Anordnung den Vorstellungen der Architekten von einem einprägsamen, festen und sicheren Ort mehr entsprach und auch der Unzufriedenheit der Abgeordneten mit der bestehenden Sitzordnung im Stil eines Vortragssaals entgegenkommen sollte. Auf die ursprünglich von Hans Schwippert 1948 vorgeschlagene runde Sitzordnung für das Bundeshaus wurde Günter Behnisch erst später aufmerksam.⁶⁹

Auch in der Beurteilung des Preisgerichtes wurde die Betonung des landschaftlichen und spielerischen Charakters des Entwurfes hervorgehoben, jedoch dessen Angemessenheit für die Aufgabe und dessen Realisierbarkeit angezweifelt: "Konzeptionsbestimmende Merkmale sind Parkcharakter und Unbeschwertheit. Alle formalen Mittel werden diesem Ziel entsprechend konsequent eingesetzt. Es ist umstritten, ob der angestrebte spielerische Charakter des Parlamentsbereichs dem Inhalt der Aufgabe angemessen ist. (...) Die Verzahnung mit Stadt und Landschaft erfolgt konsequent nach der Maxime: "Zurück zur Natur." Die Landschaft wird in die Stadt einbezogen. Mannigfaltige Bauformen bewirken zu starke Differenziertheit, wobei die Sonderform des Plenar- und Fraktionsbereiches sich deutlich abhebt. Es entsteht Gefälligkeit durch Unverbindlichkeit in der Planaussage, Teilprobleme werden heruntergespielt. (...) Die Realisierbarkeit der dargestellten "Verlandschaftlichung" wird bezweifelt. "70

Die zur Weiterbearbeitung empfohlenen Entwürfe kennzeichnete das Preisgericht insgesamt durch mangelnde Ablesbarkeit der Inhalte. Insbesondere auch der mangelnde bauliche Ausdruck der Plenarbereiche und die bauliche Integration der großen Baumasse konnten nicht überzeugen. Den Architekten von Wolff, von Wolff und Schneble wurde der Versuch bescheinigt "große bauliche Massierung und Dichte durch formale Differenzierung zu "humanisieren", wobei "die Inhalte jedoch nur bedingt ablesbar" seien und die Gesamterscheinung "durch Einheitlichkeit" gekennzeichnet sei. Der Entwurf von Brunnert, Mory, Osterwalder und Vielmo sei durch "geplante Urbanität" gekennzeichnet, wobei jedoch die "Dominanz der Bürogebäude (...) die Signifikanz der Plenarbereiche" einschränke und eine "Abriegelung von der Stadt" bewirke und weiter "die innere Vielfalt, Raumqualität und Maßstäblichkeit" hervorzuheben sei. Die Arbeit von Hecker, Wolf und Poppe sei geprägt durch stark signifikante, formal betonte einheitliche Baukörperformen mit der Folge, dass "für verschiedene Funktionen (...) keine differenzierte Darstellung unterschiedlicher Inhalte" entstehen könne.⁷¹ Auch in der Öffentlichkeit wurde eine Enttäuschung über das Ergebnis des Wettbewerbs geäußert, insbesondere wegen der großen Baumassen infolge des umfangreichen Programms, welches kaum in die Strukturen der Stadt Bonn integriert werden konnte. Das Preisgericht empfahl für die Weiterbearbeitung in der nächsten Stufe eine Veränderung und Reduzierung des Bauprogramms im engeren Gronau-Gebiet mit u.a. folgenden Einschränkungen: die Beschränkung auf Bundestag, Bundesrat und WDR; gesonderte Untersuchung für Ministerien (Standort Beuel) im Zusammenhang mit Entscheidungen über die Maßnahmen für den öffentlichen Nahverkehr; Wegfall der Verflechtungszone und des internen Personen-Transportsystems; Durchführung des Grünzugs entlang des Rheins und großzügige Eingangssituation zum Rheinauenpark.

Weiterbearbeitung Bundesbauten (Bundestag und Bundesrat) in Bonn (erste Überarbeitungsstufe Mai 1974, ein 1. Preis)

Projektgruppe: Fritz Auer und Carlo Weber (Partner), Christian Kandzia, Frohmut Kurz, Horst Stockburger, Dieter Herrmann, Rüdiger Kramm, Hans Beier, Monika Wintergerst

In Zusammenarbeit mit Günther Grzimek, Leonhardt + Andrä (Jörg Schlaich, Rudolf Bergermann) u.a.

Die aus dem ersten Wettbewerb hervorgegangenen vier Preisträger hatten für die Überarbeitung die genannten Änderungen der Programmvorgabe zu berücksichtigen. So wurde im Wesentlichen auf die umfangreichen Baumassen für die Ministerien verzichtet, die in kleinerem Umfang im Bereich nördlich der Brückenzufahrt an der Mittelstraße realisiert werden sollten. Ebenso wurden weitere untergeordnete Funktionen ausgelagert, wie u.a. Gebäude für die Parlamentarische Gesellschaft und Standorte für Läden und Geschäfte, und andere entfielen ganz, wie u.a. Hotel und Einkaufsmöglichkeiten im Bereich der Verflechtungszone. Die Aufgabenstellung konzentrierte sich nun hauptsächlich auf signifikante Bauten für die Plenarbereiche von Bundestag und Bundesrat, die gegenüber der größeren Masse der Fraktionsbereiche ihrer Bedeutung entsprechend betont werden sollten. Der

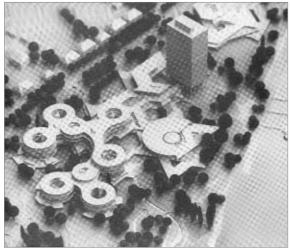
⁷¹ A.a.O., S. 656-674

⁶⁸ Sinngemäß und mit fast identischem Wortlaut in den Erläuterungsberichten von 1973-1979 verwendet, hier Wortlaut aus Erläuterungsbericht von Mai 1978, Gestaltungskonzept Bundesdistrikt Bonn, AB
⁶⁹ Günter Behnisch im Gespräch mit der Verfasserin am 25.11.2003

Aus der Preisgerichtsbeurteilung zur 1. Stufe, hier aus: wbwa 6/1974, S. 651

Wandel in der Auffassung zu dieser Frage hatte auch eine veränderte öffentliche Meinung bewirkt, die zunächst Fragen der Repräsentation eher zurückhaltend beurteilt hatte.

Parallel zur Wettbewerbsbearbeitung wurde im Auftrag des Bauherrn mit der Erarbeitung eines städtebaulichen Konzeptes durch die Gruppe Hardtberg begonnen, welches basierend auf deren Grundlagen für das Regierungsviertel die Integration des Distrikts und des Parlamentsbereiches in die Stadt zum Ziel hatte. Die im März 1974 herausgegebene Strukturuntersuchung empfahl u.a., die Funktion der B9 als repräsentative Regierungsallee zu stützen und die Bundesorgane als repräsentative Solitärbauten in die Parkzone der Adenauerallee und fortgeführt in den Rheinauenpark einzugliedern. Damit war auch hier eine stärkere Berücksichtigung der landschaftlichen Situation gefordert worden. Am 17. Mai 1974 wurden die Arbeiten eingereicht und am 18. Juni 1974 vom Preisgericht beurteilt - weiterhin unter dem Vorsitz von Friedrich Spengelin: Die Entwürfe von Behnisch & Partner und von v. Wolff, v. Wolff und Schneble wurden ausgewählt und zu einer weiteren Überarbeitung empfohlen, bei der die ausgewiesen Mängel beseitigt und eine Gliederung in Bauabschnitte dem Preisgericht in derselben Besetzung vorgelegt werden sollten.



Weiterbearbeitung Bundesbauten Bonn 1974, 1. Überarbeitungsstufe: 49 Behnisch & Partner, Modell von Süd-Osten



50 v. Wolff, v. Wolff, Schneble, Modell von Süden

Die konzeptionellen Unterschiede der Entwürfe zeigten sich vor allem in der städtebaulichen Auffassung: Bei v. Wolff wurde ein städtischer Raum als Begrenzung der südlichen Rheinaue vorgesehen, bei Behnisch die Konzeption der Architekturlandschaft präzisiert, welche die Rheinaue nach Norden mit der Stadt verbinden sollte. Zudem konkretisierten beide Entwürfe die Plenar- und Abgeordnetenbereiche.

Bei der Beruteilung des Entwurfes von v. Wolff, v. Wolff und Schneble wurde insbesondere sowohl für den Bereich des Bundestages wie auch bei der Baukörpergliederung des Fraktionsbereiches innen- wie außenräumlich ein "Übermaß an Vielfalt, das in der Wiederholung keine räumliche Bereicherung bringt" vermerkt, sowie eine "aus theoretischen Überlegungen abgeleitete Konzeption einer "Sekundärsignifikanz", die in "Raum, Form und Material eine gestalterische Überinstrumentierung schafft, die weitgehend willkürlich erscheint". Eine "allzu große Vielfalt der Einzelelemente" beeinträchtige "die Gesamtkonzeption stark". Besonders positiv wurde neben der günstigen Wirtschaftlichkeit die Idee eines öffentlichen Durchgangs unter dem Gebäude hervorgehoben.

Bei der Preisgerichtsbeurteilung des Entwurfes von Behnisch & Partner wurde die Konkretisierung und Weiterentwicklung der beiden Plenarsäle "zu formal unterschiedlichen und jeweils in sich formal überzeugenden Lösungen" anerkannt. Durch das organisatorische Konzept der Abgeordneten- und Fraktionsbereiche und ihre Verteilung auf zahlreiche Geschosse sei "der innenorganisatorische Zusammenhang zerrissen", biete jedoch trotz organisatorischer Probleme in den Grundrissvarianten "reizvolle innenräumliche Vielfalt und große Flexibilität", und lasse "eine Individualisierung und Humanisierung der Büronutzung und der Arbeitsatmosphäre erwarten. (...) Die Gliederung der Erschließungs- und Verkehrsflächen und vertikale Bezüge schaffen spannungsreiche Raumzonen und wechselnde Raumerlebnisse." Weiter wurde "das konzeptionsbestimmende Ziel der Verzahnung mit Landschaft und Außenraum" hervorgehoben, jedoch sei die lockere Einbettung der Solitärkörper in die Rheinaue "in der Überarbeitung durch die zu große horizontale Ausbreitung gegenüber dem 1. Entwurf abgeschwächt worden"⁷⁴. Daneben wurden als Kritikpunkte eine z.T. nicht konsequent entwickelte Haustechnik und insbesondere Überlagerungen und Engpässe bei der inneren Erschließung bemängelt, ebenso aber auch baurechtliche Verstöße bei den Abstandsflächen der Rundbauten, bei Rettungswegen und Brandabschnitten, sowie die von den vier beurteilten Entwürfen ungünstigste Wirtschaftlichkeit.

Mit dem schon im Bauwettbewerb zugrunde liegenden, nun auch verbal formulierten Begriff der "Architekturlandschaft" wurde an das Konzept der "Situationsarchitektur" von München angeknüpft, wiederum in Zusammenarbeit

⁷² S. dazu: Strukturuntersuchungen Regierungsviertel Bonn, Gruppe Hardtberg Bonn, März 1974, beauftragt durch das Planungsamt der Stadt Bonn, AB

⁷³ Aus der Preisgerichtsbeurteilung zur zweiten Stufe, hier aus: wbwa 6/1974, S. 656f

⁷⁴ Aus der Preisgerichtsbeurteilung zur ersten Überarbeitungsstufe, hier aus: wbwa 6/1974, S. 651f

mit Günther Grzimek. Auch der Plenarbereich sollte Teil dieser Landschaft sein. In Anlehnung an das Wettbewerbsprogramm hieß es dazu im Erläuterungsbericht: "Ein Schwerpunkt der Anlage liegt im Plenarsaalbereich. Damit übernimmt dieser Bereich auch die Aufgabe, die architektonische Konzeption 'Architekturlandschaft' akzentuiert darzustellen. Er ist in diese Situation eingebunden durch differenzierte Übergänge von 'Innen' nach 'Außen' über Terrassen, Dachvorsprünge, Sonnenschutz, Bäume, Sträucher, Immergrün, Wasser usw. Die trennenden Glaswände sind gefaltet und fein gegliedert. Sie ähneln eher dem Astwerk der umgebenden Bäume als geometrischen Rastern. Tag und Nacht, Sommer und Winter, Regen und Sonne sind mit einbezogen. (…) Die zentrale Dachpartie und die Seitenwände filtern das Tageslicht (Lamellen, Blenden, Vorhänge, Bepflanzungen). Die Unterseite des Dachschirmes bringt das charakteristische Reflexionslicht von Bäumen, Wiesen, Terrassen in den Saal." ¹⁵

Die Ideen der differenzierten Innen-Außen-Übergänge und des durchscheinenden Geästes der Bäume sollten im 18 Jahre später fertiggestellten Plenarsaal sowohl direkt durch transparente, mehrschichtige Fassaden und differenzierte Vorbereiche, durch die reflektierende Decke als "5. Fassade", wie auch ästhetisiert u.a. in Form der Vogelnesttreppe umgesetzt werden. Eine wichtige Übereinstimmung der Entwürfe für München und Bonn war der als "Mulde" konzipierte zentrale Versammlungsort, der nicht vorwiegend durch bauliche Maßnahmen bestimmt sein sollte, sondern durch seine Funktion der Parlamentsarbeit. Der in die Landschaft eingebettete Plenarsaalbereich war als Schwerpunkt der Anlage konzipiert, analog den Mulden der Sportstätten in München. Dazu im Erläuterungsbericht: "Der Raum des Plenarsaales entsteht aus einer Mulde, einer Galerie, aus Wandund Deckenschirmen. Er ist umgeben von Übergangsbereichen, die mit ihm verknüpft und dabei schon Teile der "natürlichen" Landschaft sind."⁷⁶ Und ergänzt durch die Formulierungen des Erläuterungsberichtes in der zweiten Überarbeitung: "Die "Mulde in der Architekturlandschaft" erleichtert das Zusammenkommen und das Gespräch. Die Galerie fasst den Raum, ohne ihn zu begrenzen. Die Dachschirme beschatten ihn. Die Wandelemente markieren den Raum ohne ihn abzuriegeln."⁷⁷

Auch das Ordnungsprinzip des Kontrastes von raumbildenden und raumbegrenzenden Elementen erinnerte an die Formulierungen von Jürgen Joedicke im Entwurf für München und wurde hier in ähnlicher Form beibehalten: Als raumbildende Elemente ("Gestaltformen", Sonderlösungen) wurden die Mulde des Saals in Verbindung mit der umgebenden Landschaft beschrieben. Dazu gehörten auch die später hinzukommenden, im weiteren Sinn zur "Landschaft" zählenden besonderen Orte. Als raumfassende Elemente ("Strukturformen", Minimierung von Sonderlösungen) wurden Galerie (und Tribünen) sowie Wandelemente und Deckenschirme benannt, also die Bestandteile der konstruktiven und klimatischen Ebenen. Joedicke nannte das Ergebnis dieser zwei überlagerten und kontrastierenden Systeme im Erläuterungsbericht von München eine "Architekturlandschaft" als "Antithese zum Begriff Bauwerk", die mehrere "Funktionsgruppen unterschiedlichen Inhalts" umfassen sollte. Diese Grundkonzeption wurde nun sowohl dem Plenarbereich als eigenständigem Glied als auch den anderen Bestandteilen der Planung zugrunde gelegt. Diese wichtigen Komponenten sollten sowohl an den Entwurf für die Olympischen Anlagen anknüpfen, als auch im 1992 fertiggestellten Gebäude wiederzufinden sein.

Die Abgeordnetenhäuser bestanden aus einem Geflecht von runden, ringförmig ineinander und nebeneinander angeordneten Gebäuden, jeweils mit kreisförmigen, von oben belichteten Hallen. Die Grundform des Kreises wurde ebenfalls bei dem oberen Dachabschluss des Plenarsaals wiederholt, nahm dadurch einen Bezug zu den Fraktionsbereichen auf, unterschied sich aber von ihnen durch seine Größe sowie durch die in den unteren Ebenen spitzwinklig in die Landschaft greifenden Dachformen.

Die Ausformung der Fraktionsbereiche wurde dem formalen Gesamtkonzept untergeordnet, obwohl die Rolle der Arbeit jedes Abgeordneten und dessen zentrale Aufgabe als wichtiges Glied im Gesamtorganismus betont werden sollte. Diesem Gedanken entsprach eine besondere Organisation der Bereiche, die, wie schon andere Bauten zuvor (s. z.B. die Vogelsangschule in Stuttgart), wie eine "Stadt-in-der-Stadt" organisiert waren: Die differenzierten, kreisrunden Gebäudeteile wurden zu einem Geflecht aus konkav und konvex geschwungenen Formen verknüpft, die nach außen mit der Umgebung und nach innen über gemeinsame Hallen verbunden wurden. Jeweils zwei Geschosse - Basisgeschoss und Galeriegeschoss - wurden in der Vertikalen zu einer räumlichen Einheit zusammengefasst und über Galerien mit kleineren Treppen verbunden. Die Hauptgeschosse wurden über größere Rolltreppen und -bänder miteinander verknüpft. Die Hallen dienten als "*Merkpunkte*", Zentren und Orientierungshilfen der kleineren, überschaubaren Einheiten, die sich in ihrer Ausgestaltung mit unterschiedlichen Fußböden, Möblierung, Farbgebung, Dachform und Höhe voneinander unterschieden. Sie sollten in Bezug auf ihre räumliche Wirkung und Wegeführung die Funktion von Plätzen einnehmen und - auch als "*Klimaoasen*" - als Übergänge zwischen Abgeordnetenzimmern, Versammlungsräumen, größeren Verbindungswegen, Plenarsaal und Außenbereich wirken. Um die von oben belichteten Hallen wurden Tageslichtbüros mit Außenbezug und natürlicher Belüftung je Zimmer angeordnet, zu den jeweiligen "Unterzentren" orientiert.

Die besondere Bedeutung der Abgeordnetenbüros - nicht als übliche Verwaltungs-, sondern als Lebens- und Arbeitsbereiche - wurde auch im Erläuterungsbericht hervorgehoben: "Die Person des Abgeordneten, sein Wirken, seine Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt der Überlegungen für die Gestaltung des Fraktionsbereiches. Organisatorische Zusammenhänge werden mit Vielfalt, Wohnlichkeit und persönlichem Freibereich verbunden. Die

276

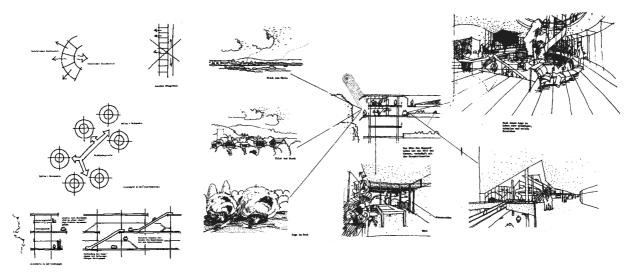
Aus den Erläuterungsberichten zur ersten Überarbeitungsstufe Mai 1974, und zur zweiten Überarbeitungsstufe Januar 1975, AB

Aus dem Erläuterungsbericht zur ersten Überarbeitungsstufe Mai 1974, AB
 Aus dem Erläuterungsbericht zur zweiten Überarbeitungsstufe, Januar 1975, AB

⁷⁸ S. dazu Kap. 3.3, konzeptioneller Ansatz, Zitat aus: Behnisch & Partner; Jürgen Joedicke: Olympische Sportstätten in München 1972. Architekturtheoretische Begründung des Entwurfs, in: Bauen + Wohnen 11/1968

Abgeordneten sollen hier sowohl für sich wie auch zusammen sinnvoll arbeiten und leben können. Das anonyme Bürogebäude ist hierfür ungeeignet."79 Die Formulierungen in der zweiten Überarbeitungsstufe ergänzten diese Darstellung, die auch die Abgeordnetenbereiche dem Gesamtkonzept der "Architekturlandschaft" zuordneten: "Das Büro des Abgeordneten ist ein Teil des Ganzen. Jeder Raum nimmt Anteil an der Gesamtsituation. Er ist verknüpft nach außen: durch seine Lage zum Rhein, zum Siebengebirge, zum Park oder zur Stadt; nach innen: durch seine Lage zu schmalen oder weiten, zu hohen oder niedrigen Bereichen. Er erhält so seinen zum Ganzen bezogenen individuellen Charakter. 480

Behnisch setzte die eigenen Formulierungen in den Erläuterungsberichten in Beziehung zu den im Wettbewerbsprogramm und in den Vorträgen Adolf Arndts formulierten Aussagen zur Bedeutung des Abgeordneten und schloss sich somit den Aussagen Arndts an, demzufolge "der zeitgerechte Parlamentsbau (...) mit dem eigenen Arbeitsraum eines jeden Abgeordneten" anfange. "Dieser Raum ist das Grundmaß und der Kern." Aus dem Gebot der Zeit- und Wegeersparnis folge das Postulat, "von der Grundform des einzelnen Abgeordneten und seinem Arbeitsraum als der Ureinheit des Hauses auszugehen (...). Die Gliederung des Bauwerks wächst sinnvoll aus dem Gang der inneren Ordnung für das parlamentarische Wirken."81 Auch noch 1983 war in einem Manuskript diese zentrale Bedeutung des Abgeordneten formuliert: "Im Gebäude müssen die Prioritäten klar erkennbar sein: Im Mittelpunkt steht der einzelne Parlamentarier als Repräsentant seines Wahlkreises. Danach folgen Ausschüsse, die Arbeitskreise, die Fraktionen und dann das Parlament."82

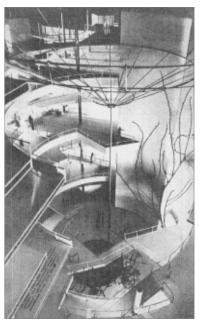


51-52 Weiterbearbeitung Bundesbauten Bonn 1974, 1. Überarbeitungsstufe: Organisation und Konzept der Abgeordneten- und Fraktionsbereiche

Die bandartig wirkenden Fassaden, welche in der zweiten Überarbeitung noch weitergehend detailliert wurden, waren jeweils zu zwei Geschossen zusammengefasst und zeigten mit technischen Elementen wie begehbaren Gitterrosten, feinen Brüstungen und unterschiedlichen Sonnenschutzelementen Gestaltmerkmale, die u.a. beim Progymnasium in Lorch eingesetzt worden waren und an für Egon Eiermann typische Fassadengestaltungen erinnerten. Im Erläuterungsbericht wurde aber ausdrücklich der Zusammenhang zwischen der noch festzulegenden technischen Ausstattung des Gebäudes und den damit abzustimmenden äußeren Elementen und Materialien betont. Der vorliegende Vorschlag ging von einer Zwischenlösung aus natürlicher Belüftung und Klimatisierung aus.







53-55 Weiterbearbeitung Bundesbauten Bonn Januar 1975, 2. Überarbeitungsstufe: Fassade und Modelle der Fraktionsbereiche

⁷⁹ Aus dem Erläuterungsbericht zur ersten Überarbeitungsstufe Bundesbauten in Bonn, Mai 1974, AB

⁸⁰ Aus dem Erläuterungsbericht zur zweiten Überarbeitungsstufe Bundesbauten in Bonn, Januar 1975, AB

⁸¹ Adolf Arndt: Das zeitgerechte Parlamentsgebäude. Vortrag vor der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn 1962, in: Adolf Arndt: Geist der Politik. Reden, Berlin 1965

Günter Behnisch: Demokratische Ordnungen, Manuskript, Sommer 1983, AC

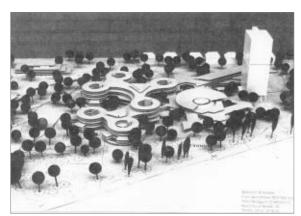
Weiterbearbeitung Bundesbauten (Bundestag und Bundesrat) in Bonn (zweite Überarbeitungsstufe, Januar 1975)

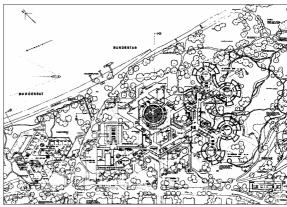
Projektgruppe: Fritz Auer und Carlo Weber (Partner), Christian Kandzia, Dieter Herrmann, Eberhard Bauer, Franz Eichhorn, Ulrich Kohlleppel, Joachim Schöpfer, Lothar Seidel

In Zusammenarbeit mit Günther Grzimek, Leonhardt + Andrä (Jörg Schlaich, Rudolf Bergermann) u.a.

Die Ergebnisse der zweiten Überarbeitung wurden am 19. Januar 1975 vorgelegt. Die Vorgaben beinhalteten entsprechend den Empfehlungen des Preisgerichts die Beseitigung der ausgewiesen Mängel und eine Gliederung in Bauabschnitte. Die Konzeption der Entwurfes von Behnisch & Partner blieb im Wesentlichen unverändert. Die Ergebnisse der Strukturuntersuchungen der Gruppe Hardtberg wurden auch der zweiten Überarbeitung zugrunde gelegt: Die Architekturlandschaft aus der Verknüpfung von städtischen Grünformen mit Landschaftselementen und Gebäuden sollte mit ihrem Grün in die Stadt hineingreifen und die Blickbeziehungen zu den angrenzenden Naturräumen aufnehmen. Die Anlage wurde zugunsten eines großzügigen Zugangs zum Rheinauenpark in die Rheinachse verschwenkt. Auch die in der ersten Überarbeitungsstufe ausgearbeiteten Plenarund Abgeordnetenbereiche blieben weitgehend unverändert.

Die schon in den zwei vorangegangen Entwürfen von Behnisch & Partner dargestellten konzeptionellen Grundzüge wurden präzisiert und im Erläuterungsbericht zur zweiten Überarbeitungsstufe 1974 zusammengefasst. Die Ähnlichkeiten zu den 1972 fertiggestellten Olympiaanlagen blieben ebenso deutlich erhalten wie die Grundgedanken, die bis zur Realisierung des unter neuen Voraussetzungen 20 Jahre später fertiggestellten Plenarsaals beibehalten werden sollten: "Das Bundestagsgebäude wird zum gebauten Schwerpunkt der Gesamtsituation. Der Charakter seiner Gestalt wird den des Ganzen wesentlich bestimmen. Besonders deutlich muss deshalb dieser Teil der Planung der Gesamtkonzeption folgen. (...) Mit der architektonischen Konzeption 'Architekturlandschaft' wird es möglich, - unter Wahrung der Eigenheiten der vielen verschiedenartigen Teile - eine architektonische Gestalt zu schaffen, die der Bedeutung der Aufgabe und der Situation entspricht. Gebautes und Landschaft, Vorhandenes und Hinzukommendes, Plenarsaal, Fraktionsbereich, Arbeitsraum und Erholungsbereich, langer Eugen und Rheinufer, Zufahrt und Fußwege - all das kann sich nach eigenen Gesetzmäßigkeiten entwickeln, verknüpft sich miteinander und formt sich zur architektonischen Gesamtgestalt. Symbol der Vielfalt in der Einheit." ⁸³





56-57 Weiterbearbeitung Bundesbauten Bonn Januar 1975, 2. Überarbeitungsstufe: Modell und Grundriss Ebene 0

Das Verfahren zur Beurteilung der Beiträge der zwei verbleibenden Teilnehmer wurde jedoch nicht wie empfohlen von der gleichen Jury weitergeführt, sondern sollte nach einer Entscheidung des Bauherren durch Jurymitglieder und neu eingesetzte Gutachter - u.a. waren Friedrich Spengelin, Wolfgang Pehnt, Rudolf Hillebrecht und Lucius Burckhardt beteiligt - nach sieben verschiedenen Kriterien getrennt erfolgen. So sollten Fachgutachten für die Bereiche innere Funktion (I), Baukonstruktion (II), Haustechnik (III), Gesetzliche Vorschriften (V), Investitions- und Folgekosten (IV), äußere Funktion / Städtebau (VI), Konzeption und Gestaltung (VII) erstellt werden. Aus den Ergebnissen der ca. 1000 Seiten umfassenden Fachgutachten des im März 1975 abgeschlossenen Verfahrens erstellte der Vorsitzende des Preisgerichts, Friedrich Spengelin, ein zusammenfassendes Gutachten⁸⁴, in dem bei den technischen, konstruktiven, funktionalen Gesichtspunkten keine für das Urteil ausschlaggebenden Unterschiede festgestellt werden konnten.

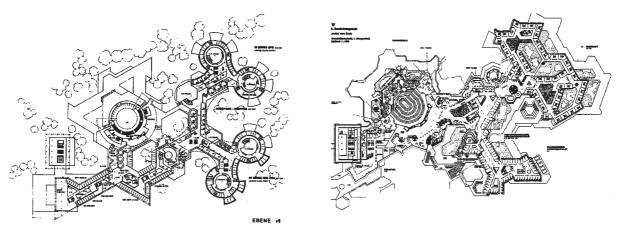
Die Unterschiede ergaben sich aus dem städtebaulichen Konzept, bei dem der Entwurf v. Wolff, v. Wolff, Schneble aufgrund des eindeutiger städtischen Konzeptes gegenüber dem Vorschlag von Behnisch bevorzugt wurde: Der auch in den baulichen Anlagen zur Stadt hin orientierte Entwurf von v. Wolff entsprach eher den Vorstellungen der Stadt und dem Strukturkonzept der Gruppe Hardtberg als der Entwurf von Behnisch, mit dem Ausbau der Parklandschaft als verbindendes Element und mit den als abweisend und hart beurteilten, spitzwinkligen Formen in den Übergangsbereichen. Auch in der Frage nach der allseitigen Ablesbarkeit der Plenarsäle wurde der Entwurf von v. Wolff, v. Wolff und Schneble als vorteilhafter beurteilt mit der Begründung, dass die Absenkung des Bundestagssaales bei Behnisch & Partner keine signifikante Erscheinung von der Stadtseite her biete, was u.a. durch die Verdeckung durch die Bibliothek bewirkt sei.

 $^{^{83}}$ Aus dem Erläuterungsbericht zur zweiten Überarbeitungsstufe Bundesbauten in Bonn, Januar 1975, AB

⁸⁴ Folgende Informationen aus dem zusammenfassenden Gutachten von Friedrich Spengelin, veröffentlicht in: Bauwelt 29-30/1975, S. 822-847

Im Bereich Konzeption und Gestaltung wurde der Plenarsaal bei Behnisch & Partner bzgl. der Raumidee und der konstruktiven Durchbildung deutlich bevorzugt. Wolfgang Pehnt betonte u.a. die verschiedenen, auf die Mitte bezogenen Maßnahmen wie die Neigung des Daches, Lichteinfall, Grundriss und Sitzanordnung als positiv für das Raumempfinden, aber auch den unaufdringlichen Charakter: "Symmetrie mit ihren inhärenten Assoziationen von Würde, Steigerung und Auszeichnung ist diesem repräsentativen Bereich durchaus angemessen, zumal sie hier nicht aufdringlich ausgespielt wird."85 Ähnlich wurde der Bundesratsbereich aufgrund seiner Raumform, Raum- und Lichtwirkung gegenüber der Lösung von v. Wolff, v. Wolff, Schneble bevorzugt, wie auch in Bezug auf die Abgeordnetenbereiche deren Unverwechselbarkeit, innovative Organisation, besondere Charakteristik und ihre hohe Raumqualität hervorgehoben wurde gegenüber einer aber ebenfalls positiv beurteilten Konzeption des Konkurrenten. Gerade die differenzierte, horizontale Schichtung und die spielerische Leichtigkeit der Fassaden überzeugte die Gutachter, während die Lösung bei v. Wolff als teilweise willkürlich und formalistisch bezeichnet wurde.86

Die von den Gutachtern im Bereich "Konzeption und Gestaltung" übereinstimmend festgestellte Annäherung des Entwurfes v. Wolff an den Entwurf von Behnisch - unter Berücksichtigung der chronologischen Entwicklung in den drei Stufen - veranlasste Spengelin zu dem Vermerk, "dass sowohl in den Gesprächen der Gutachter, als auch, wohl noch mehr, in Gesprächen eines erweiterten Personenkreises, der von den Ergebnissen Kenntnis genommen hatte, der Begriff "Plagiat" verwendet wurde"⁸⁷. Der Ursache für die deutliche Annäherung gerade in konzeptionellen und gestalterischen Bereichen und den "auffälligen Übereinstimmungen" konnte und wollte Spengelin nicht nachgehen, mit dem Hinweis, dass dies "ein unbefriedigendes als auch kaum objektiv durchführbares Unterfangen" sei, wertete er das Ergebnis sogar als "Erfolg der Methode"⁸⁸.



58-59 Weiterbearbeitung Bundesbauten Bonn Januar 1975, 2. Überarbeitungsstufe, Grundrisse Ebene 1 im Vergleich: links Behnisch & Partner, rechts v. Wolff, v. Wolff, Schneble

Die abschließenden Empfehlungen von Pehnt und Hillebrecht für das v. Wolff-Projekt und der übereinstimmend bevorzugten städtebaulichen Lösung standen eine bevorzugte konzeptionelle und signifikantere Lösung der Fraktions- und Plenarbereiche, deren Raumgestalt und Fassaden bei Behnisch & Partner gegenüber, die insbesondere von allen beteiligten Fachpreisrichtern vertreten wurde. Spengelin formulierte in seiner Empfehlung - mit dem Hinweis auf den großen Stellenwert der Bauaufgabe im Hinblick auf deren Dauerhaftigkeit, die internationale Bedeutung und die damit verbundenen Qualitätsansprüche - dann auch die Möglichkeit eines aus beiden Lösungen zu entwickelnden "Idealentwurfes", der die Vorteile beider Lösungen vereinen und zu einer engen Zusammenarbeit der Architekten mit einer starken Beteiligung des Bauherren führen sollte. Als Alternative und unter Berücksichtigung wesentlicher Änderungen sprach er sich für den Behnisch-Entwurf aus, mit der abschließenden Begründung, dass "im Entwurf B die architektonische Formensprache vorliegt, deren voraussichtlicher Bestand auch vor dem kritischen Ansatz der kommenden Generationen ausreichender gesichert ist. (...) Es kann also nicht darum gehen, auf Stiltendenzen oder Charakteristiken für ein bestimmtes Jahrzehnt abzustellen, sondern (...) auf die Erfahrungen aus der Baugeschichte zurückzugreifen. Hier kann nun festgestellt werden, dass ein gewisses Maß an Prägnanz und Rationalität, sowie die Verwendung einfacher geometrischer Grundformen, die erst durch ihre Kombination zur Vielfalt der Erscheinung führen, und Disziplin in der Verwendung des Details, die mit einem intellektuellen Witz in seiner Erfindung verbunden ist, eine wesentliche Voraussetzung für qualitativen Bestand darstellen."89

Der Empfehlung von Spengelin zur Zusammenarbeit der beiden Architektengruppen schloss sich am 4. Juni 1975 auch der Bauherr an, wobei das städtebauliche Konzept von v. Wolff zugrunde gelegt werden sollte und jeweils ein exemplarisches Teilstück des Fraktionsbereiches als M 1:50 Modell hergestellt werden sollte. In den unmittelbar folgenden, zahlreichen Kooperationsgesprächen zwischen den beiden Architektengruppen deuteten sich

⁸⁵ Pehnt, Wolfgang: Stellungnahme zu Bereich VII – Konzeption und Gestaltung, Zusammenfassendes Gutachten, a.a.O., S. 832f

Spengelin, Friedrich: Zusammenfassendes Gutachten, a.a.O., S. 841, 844
 Spengelin, Friedrich: Zusammenfassendes Gutachten, a.a.O., S. 843

⁸⁸ Spengelin, Friedrich: Zusammenfassendes Gutachten, a.a.O., S. 845

⁸⁹ Spengelin, Friedrich: Zusammenfassendes Gutachten, a.a.O., S. 847

schon im Juli Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit aufgrund der unverträglichen Architekturauffassungen und einer für die Beteiligten nicht zufriedenstellenden Vertragsgrundlage an. Die Kooperation scheiterte endgültig nach einer Anhörung am 9. Oktober 1975, nachdem aus der Sicht von Behnisch & Partner gemeinsam zu akzeptierende Bedingungen nicht gelangen. Am 26. Januar 1976 wurde das beauftragte Teilmodell der Fraktionsbereiche abgegeben.

In dem im März 1976 - kurz nach dem Scheitern der Kooperationsgespräche - von Heinrich Klotz geführten Interview fasste Günter Behnisch die auch von den Gutachtern anerkannten Stärken der Bonner "Architekturlandschaft" vor dem Hintergrund der Bedeutung des Prinzips der Öffentlichkeit und der Machtverteilung in einem demokratischen System zusammen: "Wir haben uns überlegt, was die charakteristischen Eigenschaften, die Merkmale unserer Staatsform, unserer Gesellschaftsform sein sollten oder sind, und diese Merkmale haben wir versucht der Architektur zugrunde zu legen." Nicht im Sinne einer "Deutschen Pforte" am Rhein, einer "Repräsentanz durch Größe" sollte die Architektur gestaltet sein, sondern durch das auch vom Bauherrn benannte Prinzip der Öffentlichkeit: "Öffentlichkeit, was ist das in der Architektur? Einige Leute haben das so ausgedrückt: man muss hineinlaufen können ins Bundeshaus, man muss durchgehen können. Ich meine, das ist eine sehr vordergründige Öffentlichkeit. Wir haben Öffentlichkeit eigentlich mehr als Offenheit gedacht. Unsere Staatsform sollte sich doch auszeichnen dadurch, dass sie offen ist für alle, auch für schwache Kräfte, offen ist für Anregung, dass sie nicht verkrustet."90

Behnisch verband das Prinzip der Offenheit für den Plenarsaal mit seiner Idealvorstellung von einem Ort der Versammlung in der Landschaft ohne den Einfluss von baulichen Einschränkungen, der dieses Idealbild eines offenen Miteinanders der Parlamentarier nach außen übermitteln sollte. "Die Abgeordneten sollen eigentlich nicht im Plenarsaal sitzen, sondern am Rhein. Sie sitzen in Parks, sie sitzen neben dem Langen Eugen, sie sitzen unter der Sonne, sie sitzen unter dem Regen, dem Wind, sie sitzen vor allem nebeneinander, sich gegenüber, sie sitzen im Plenum, und ich meine, dass so etwas durchführbar sein müsste. (...) Vielmehr sollte der Saal eigentlich der architektonisch gestaltete Knoten all dieser von außen und innen kommenden Kräfte sein."91 Dazu gehöre auch die Beachtung der unterschiedlichen Persönlichkeiten dieses Kreises, der sich in der architektonischen Wertschätzung und Gestaltung der Abgeordnetenzimmer niederschlage. Nicht "nach den Prinzipien der Verpackungsindustrie oder den Prinzipien des Stapelbaus" sollten die Volksvertreter untergebracht werden, sondern entsprechend der Situation im Plenarsaal: "Dass er wieder weiß, wo er ist, dass er nach außen Bezug hat, nach innen Bezug hat, dass er einen Nachbarn hat, dass er ein Gegenüber hat, dass er nicht linear in einer Reihe horizontal und vertikal aufgereiht ist, das war das Erste."92

Städtebauliches Gestaltungskonzept für den engeren Bundesdistrikt Bonn - Überlegungen mit "Grüner Mitte" Mai 1978 und Städtebauliches Rahmenkonzept "Vorschlag B" Februar 1979

Projektbearbeiter: Fritz Auer (Partner)

Mit Günther Grzimek

Nach dem Scheitern der Kooperation der beiden Architektengruppen im Oktober 1975 wurde in einem Gutachten der Architekten Hans Kammerer und Friedrich Spengelin vom März 1976 eine Aufteilung der Aufgaben vorgeschlagen, die sich als glückliche Entscheidung zeigen sollte: Der Plenarbereich sollte nördlich (Behnisch & Partner) und der Fraktionsbereich südlich (v. Wolff, v. Wolff, schneble) des Abgeordnetenhochhauses von Egon Eiermann platziert werden. Behnisch & Partner entwickelten zum 30. September 1976 Planungen nördlich des Abgeordnetenhochhauses für die Gebäude von Bundestag, Bundesrat und Bundestagsverwaltung. Der Schwerpunkt bezog sich nun nicht auf die Gebäude selbst, sondern auf die Gestaltung eines zentralen, als "Bundesplatz" bezeichneten Bereiches mit der Aufgabe, als eine Art Knotenpunkt der Architekturlandschaft die Anbindung an die Stadt zu unterstützen und Aufgaben der Repräsentation zu übernehmen. Das Gebäude für den Bundestag wurde zwischen dem Bundeshaus und dem Langen Eugen an der Rheinseite, der Bundesrat südwestlich davon platziert. Die konzeptionelle Planung der Plenarsäle wurde dabei nicht verändert, jedoch die Gebäudekanten und Nutzungen der veränderten Lage angepasst.

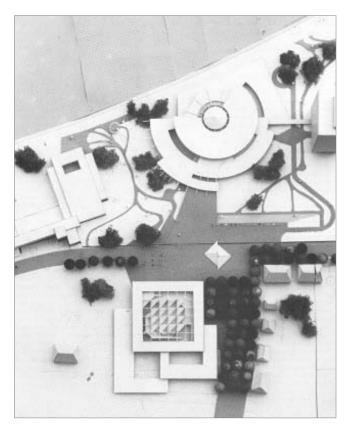
Behnisch & Partner erhielten am 10. Juli 1977 nach einem Beschluss der Unterkommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages - schon unter dem seit 1976 amtierenden neuen Bundestagspräsidenten Karl Carstens - den Auftrag für die weiteren Planungen des Plenarbereichs nördlich, v. Wolff, v. Wolff und Schneble für die Planung des Fraktions- und Abgeordnetenbereichs südlich des "Langen Eugen". Mit der Bürgeranhörung im Herbst 1977 wurde eine heftige Kritik an den geplanten großen Baumassen in der Gronau laut und ein Überdenken der umfangreichen Planungen ausgelöst. Die Stadt Bonn - nun in einer stärkeren Position aufgrund der Kompetenzschwierigkeiten zwischen den Gremien des Bundes - drängte auf verbindliche Aussagen über die weiteren Planungsabsichten des Bundes. Im Oktober 1977 wurde ein von der Bundesregierung direkt beauftragtes "Städtebauliches Gutachten zu Gestaltung des Bundesdistrikts" von den Architekten Rudolf Hillebrecht, Gerhart Laage und Walter Rossow vorgelegt, in dem erneut städtebaulich umfassende Rahmenbedingungen formuliert waren, die der öffentlichen Kritik an den umfangreichen Planungen und den großen Baumassen begegnen sollten.

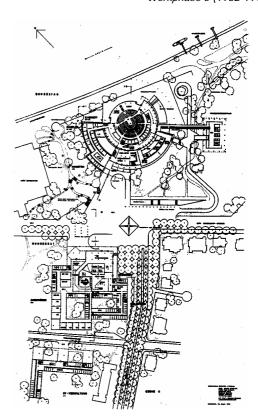
-

⁹⁰ Günter Behnisch, in: Heinrich Klotz: Architektur in der Bundesrepublik, Gespräche mit Günter Behnisch u.a., Frankfurt/Berlin/Wien 1977, S. 18

⁹¹ Günter Behnisch, in: Heinrich Klotz: Architektur in der Bundesrepublik., a.a.O., S. 21

⁹² Günter Behnisch, in: Heinrich Klotz: Architektur in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 22





60-61 Bundesdistrikt Bonn September 1976, Planungen nördlich des Abgeordnetenhochhauses, Planungsstand 30.9.1976: Bundesplatz mit Bundestag und Bundesrat, Modell und Grundriss Ebene 0

Auf der Grundlage des obigen Gutachtens wurden im Auftrag der Stadt Bonn weitere "Städtebauliche Gestaltungskonzepte für den engeren Bundesdistrikts" von vier Gutachtern erarbeitet - Behnisch & Partner, Gruppe Hardtberg, v. Wolff, v. Wolff und Schneble sowie Zlonicky / Hansjakob -, die im Mai 1978 vorgelegt wurden. In den Gutachten sollte u.a. der Bereich zwischen Heussallee und Bundeskanzleramt bzw. Kurt-Schumacher-Straße/Görresstraße und Adenauerallee im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung der Stadt Bonn (Strukturuntersuchung Regierungsviertel von 1974 der Gruppe Hardtberg) mit den zu errichtenden Bundesbauten des Bundesdistrikts sowie den landschaftlichen und städtischen Komponenten zusammengeführt werden. Aus den Ergebnissen, die bis zum 10. Oktober 1978 ausgewertet wurden und die übereinstimmend eine fast vollständige Freiräumung des Bereiches vorsahen, bildeten sich durch die unterschiedliche Neubehandlung der Parlamentsvorzone zwei alternative Gestaltungsmöglichkeiten: die Konzepte mit einem parkartigem Freiraum - der "Grünen Mitte" bei Behnisch und des "Bundesgartens" bei Zlonicky - auf der einen, sowie der "städtischen Platzfolgen" bei der Gruppe Hardtberg und v. Wolff, v. Wolff, Schneble auf der anderen Seite.

Der Entwurf von Behnisch & Partner, von Fritz Auer bearbeitet, sah entsprechend dem unverändert gültigen Konzept der "Architekturlandschaft" vor, die vorhandenen Landschaftselemente mit den städtischen Grünkomponenten, den vorhandenen Gebäudestrukturen und den neuen, als selbstständige Gebäude konzipierten Bundesorganen zu einem durchgrünten Gesamtgefüge zu verbinden. Es sollte ein architektonisches, naturräumliches und gesellschaftliches Zentrum entstehen, nicht im Sinne übergeordneter Repräsentation, sondern welches als vermittelnder Bereich zwischen Öffentlichkeit und den darum angeordneten Bundesorganen Behnischs Vorstellungen von Transparenz und Offenheit weitgehend entsprochen hätte. Damit eröffnete sich die bisher nicht durchzusetzende Möglichkeit, das seit 1973 bestehende Konzept großzügig und umfassend umzusetzen. Im Erläuterungsbericht hieß es: "Grün und Gebautes sollen in einer Architekturlandschaft so vereint werden, dass sie als Teile dieser Landschaft eigenständig Gestalt gewinnen. (...) Die "Grüne Mitte", ein weiträumiger, offener Bereich zwischen Bundeskanzleramt und Heußallee, wird zum Schwerpunkt der Architekturlandschaft und damit des Bundesdistrikts. (...) Die grüne Mitte gehört der Öffentlichkeit als Freiraum für Begegnungen, Meinungsaustausch und Kundgebungen in direkter Nachbarschaft der obersten Organe unseres Staates."93

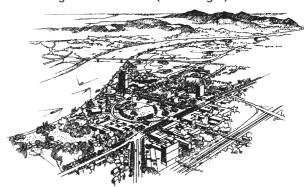
Diese Grundgedanken eines zentralen Grünraums oder auch Innenbereichs als öffentliches Kommunikationszentrum waren in ähnlicher Weise auch anderen, in den 70er Jahren entstandenen Bauten zugrunde gelegt, u.a. in dem 1979 fertiggestellten Studienzentrum der Ev. Landeskirche in Stuttgart-Birkach. Die "Grüne Mitte" sollte außerdem Fußgängerwege aufnehmen und von einer Vorfahrtsstraße umschlossen werden, die zugleich offizielle Vorfahrt und Besucherpromenade sein und an deren Endpunkt der nun als "Parlamentsplatz" bezeichnete "repräsentative" Höhepunkt liegen sollte. Als Übergangs- und Erschließungszone zwischen dem an der Rheinseite vorgesehenen Plenarbereich und dem parkartigen Bereich, mit einer Terrassenkante zum Rhein und von den

⁹³ Aus dem Erläuterungsbericht zum Gestaltungskonzept Bundesdistrikt Bonn, Mai 1978, AB

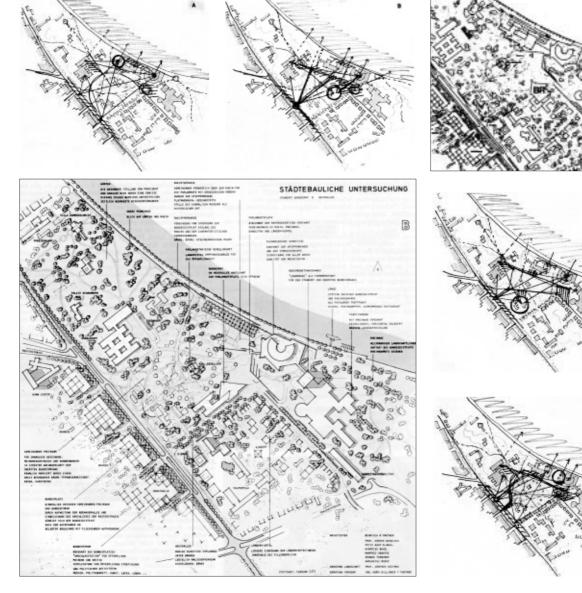
Parlamentsbauten begrenzt, sollte dieser als befestigter Platz für öffentliche Begegnungen und Veranstaltungen genutzt werden. Der Charakter des Platzes war nicht im Sinne eines baulich umschlossenen Stadtplatzes gedacht, sondern gekennzeichnet durch seine Lage in der Landschaft.

Die abschließende Empfehlung des gemeinsamen Hauptstadtausschusses von Bund und Stadt vom 19. Dezember 1978 beinhaltete nun - nachdem die Standorte der großen Bauten schon festgelegt waren - eine großzügige städtebauliche Gestaltung und Freiraumbildung des Bereiches zwischen den Parlamentsbauten, worin auch eine Zusage über die finanzielle Beteiligung des Bundes enthalten war. Die dazu von Behnisch & Partner bis Februar 1979 weiterentwickelte städtebauliche Untersuchung sollte nun insbesondere Varianten für die Standorte des Bundesrates aufzeigen und eine mögliche stufenweise Realisierung der Planung ermitteln. Dabei wurden zahlreiche unterschiedliche Lösungen von Fritz Auer erarbeitet: die Lage am alten Platz (Vorschlag A) - d.h. wie beim

Konzept der "Grünen Mitte" als Pendant zum Plenargebäude an der Rheinseite gelegen -, an der Heussallee (Vorschlag B), im Villenviertel (Vorschlag C), an der Ecke Heuss- und Adenauerallee (Vorschlag D) und angebunden an den Bundestagsneubau (Vorschlag E). Bei allen Lösungen wurde ein Abbruch des alten Plenarsaalgebäudes empfohlen, zwingend notwendig jedoch nur mit Lösung A verbunden. Ein Verbleib des Bundesrates in dem alten Gebäude war u.a. von Vertretern der Stadt gefordert worden, da ein Neubau wegen der extensiven Nutzung nicht notwendigerweise erforderlich sei.



62 Oben: Bundesdistrikt Bonn Mai 1978: Überlegungen mit "Grüner Mitte", Konzept mit Bundesrat am alten Standort (Zeichnung Carlo Weber)
63 Unten: Bundesdistrikt Bonn Februar 1979: Städtebauliche Untersuchung zum Standort des Bundesrates, Skizzen der Lösungsvarianten A-D
mit Bundeshaus; Städtebauliches Rahmenkonzept mit, Vorschlag B" ohne Erhalt des Bundeshauses



Am 1. Juni 1979 sprach der gemeinsame Hauptstadtausschuss eine Empfehlung für den "Vorschlag B" als städtebauliches Rahmenkonzept für die Gestaltung der Kernzone aus, der den weiteren Planungen zugrunde gelegt werden sollte - obwohl die zusammenfassende Untersuchung der vier Gutachten den baulichen Zusammenhang von Bundesrat und Bundeshaus empfohlen hatte. Zentrales Element der sonst unveränderten Konzeption war der nun so bezeichnete "gemeinsame Freiraum" - wohl um eine Nähe zu der im März 1979 gegründeten Partei "Die Grünen" zu vermeiden.

Mit diesem Vorschlag war der weitgehende Abriss der Bauten zwischen Bundeskanzleramt, Heussallee und den Bundesbauten verbunden - dazu gehörten u.a. Abgeordnetenwohnungen und Pressegebäude. Auch der Abriss des bestehenden Bundeshauses war in Erwägung gezogen worden, um eine bessere räumliche und optische Verbindung zu Rhein zu erhalten. Erhalten werden sollten die Ländervertretungen im Bereich der Adenauerallee und das mitten in der Grünzone befindliche Gebäude der Parlamentarischen Gesellschaft. Eine Variante dieses Vorschlags zeigte auch eine mögliche Erhaltung der Bauten im Bereich des "gemeinsamen Freiraums" sowie den Erhalt des Bundeshauses, den Behnisch als Möglichkeit nicht ausgeschlossen hatte. Die von Behnisch bevorzugte Lösung verdeutlicht eine im Juni 1979 veröffentlichte Stellungnahme zum "Vorschlag B": "Die Lösung gewinnt ihre eigentliche Qualität dann, wenn das heutige Parlamentsgebäude beseitigt würde und die Rheinterrasse sich besonders frei und markant entwickeln könnte. Hier wären dann Beziehungen zum Rhein und dem dahinter erkennbaren Siebengebirge und der Stadtsilhouette hin optimal. Eventuell könnte der alte Plenarsaal als Erinnerungsstätte erhalten bleiben."94 In den folgenden Modifikationen des auf dieser Lösung basierenden Städtebaulichen Rahmenplans vom 14. Mai 1979 wurde der Erhalt des Bundeshauses vorgesehen und u.a. mögliche neue Standorte für die Gebäude des WDR untersucht.

Die dieser Planungsphase zugrundliegenden Prinzipien entsprachen sowohl sehr weitgehend Behnischs eigenen Vorstellungen, waren aber auch in den Stellungnahmen 1977 von Hillebrecht, Laage und Rossow in ähnlicher Weise vorgeschlagen worden. Die Argumente für diese Lösung wurden von Behnisch in einem Referat zusammengefasst, gehalten anlässlich eines Kolloquiums zum Hauptstadtausbau am 23.10.1979, das vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau veranstaltetet wurde und bei dem Referate u.a. von Günter Behnisch, Alfred Grosser, Burkhard Hirsch, Heinrich Klotz, Gerhart Laage, Richard Stücklen, Herbert Weichmann und Rolf Zundel⁹⁵ zur Klärung der offenen Fragen beitragen sollten: "Erkennbar könnten sich im Bundesdistrikt die Organe der Verfassung gegenüberstehen, erkennbar, nicht demonstrativ! Sie könnten ihre eigene Funktion repräsentieren ohne über Gebühr Einfluss aufeinander nehmen zu wollen, jedoch zusammenwirken zu einer übergeordneten Einheit." Er bezog sich auch auf die an Adolf Arndt angelehnte "Vision des Künftigen", in dem Sinne, "dass die Planung ihre eigene Offenheit, unsere Offenheit und die uns, unserer Gesellschaft und unserem Staat gewünschte Offenheit widerspiegelt*. Damit verbunden sah Behnisch die Notwendigkeit einer "Möglichkeit zur langsamen und schrittweisen Veränderung", die dadurch zu erreichen sei, dass "die Gebäude einfach freistehen, sich also nicht in einen festen Verband einfügen müsser", also nicht im Sinne einer "zusammenfassenden Ordnung" organisiert sein sollten. 96 Behnisch wies auch auf die Gefahren seines "offenen Konzeptes" hin, "das besetzt werden muss vom politischen Willen der Zeit, in der es dann ausgeführt werden wird. Sollte dann der politische Wille nicht stark genug sein oder fehlen, so müsste das Ganze (...) austrocknen. (...) Offene Konzeptionen sind nun einmal offen auch für den Missbrauch. Deshalb müssen sie immerwährend verantwortet werden. Aber entsprechen sie nicht gerade dadurch unserer politischen Situation, in der wir immerwährend unsere Tätigkeit und unser Verhalten verantworten müssen, diese Verantwortung nie anderen abtreten dürfen, schon gar nicht den

Doch der Appell an die Verantwortlichen, dass die noch offenen Fragen nicht im Architektonischen, sondern im Politischen zu lösen seien, insbesondere bzgl. der Realisierung des Platzes und des Umgangs mit dem bisherigen Parlamentsgebäude, sollte folgenlos bleiben. Mangelnder Entscheidungswille, veränderte wirtschaftliche Bedingungen und auch die den Ereignissen der 70er Jahre folgenden Sicherheitserwägungen führten zur Einstellung aller bisher vorgelegten Planungen.98

Abbruch der Planungen im Juni 1981

1979 wurde Karl Carstens durch Richard Stücklen im Amt des Bundestagspräsidenten abgelöst. Aufgrund des Gutachtens von Hillebrecht, Laage und Rossow und dem Vorschlag von Behnisch & Partner wurde zunächst entsprechend den Forderungen der Stadt Bonn, die als genehmigende Behörde ihre Zustimmung für die Standorte der Bundesbauten von der Zustimmung des Bundes über die geplanten Maßnahmen für das Umfeld und deren Mitfinanzierung abhängig gemacht hatte, ein Bebauungsplan entwickelt. Nachdem im Oktober 1979 auch die vorgeschriebene Offenlegung und ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt worden waren, stand nach der Verabschiedung der Planung im Juni 1980 und damit der Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen einer Neubauplanung nichts mehr im Wege.

⁹⁴ Behnisch & Partner: Bundesdistrikt Bonn, db 6/1979, S. 48

⁹⁵ Alle Beiträge veröffentlicht in: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Bauen für die Demokratie, Kolloquium zum Hauptstadtausbau, Bonn 1980

⁹⁶ Günter Behnisch: Bundesbauten in Bonn, Referat anlässlich eines Kolloquiums zum Hauptstadtausbau am 23.10.1979, in: DAB 12/1979, S. 1508 97 Günter Behnisch: Bundesbauten in Bonn, a.a.O., S. 1509

⁹⁸ Beiträge der Teilnehmer zum Kolloquium und Kritiker in: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Bauen für die Demokratie, a.a.O.

Der weitgehende Abriss der Bauten zwischen Bundeskanzleramt, Heussallee und den Bundesbauten und der mit diesem Konzept verbundene Neubau der Bundesrates war in der Öffentlichkeit mit heftiger Kritik verbunden. So wurde von Burkhard Hirsch beklagt, dass dem Städtebau Gewalt angetan werde, die Entstehungsgeschichte der Stadt nicht mehr ablesbar sei und "das normale Leben im Parlamentsdistrikt weiter zurückgedrängt"99 werde. Max Bächer bezeichnete den Entwurf als "Stückwerk im wohlverdrahteten Freizeitpark", womit "allenfalls der modernen Langeweile, unter der die Welt in durchgrünter Schönheit langsam zu vereisen droht, ein Denkmal gesetzt" werde. 100 Wolfgang Pehnt sah eine "eigentümliche räumliche Unverbindlichkeit dieses stadtplanerischen Gedankens", in dem der "Parlamentsplatz" mit dem schräggestellten Bundesrat als ein "nach allen Seiten (...) undefinierter Freiraum" fließe, der "übergangslos in die Grünanlage über" gehe, ohne eindeutige Grenzen zu den benachbarten Plätzen und Schneisen und ohne überzeugenden Kontakt des Bundesrates zu den benachbarten Gebäuden. Er kritisierte aber ebenso die überzogenen Programme und Größe der Planungen, bei denen ihm besonders der "Darstellungsdrang des Bundesrates" nicht verständlich erschien. 101 Rolf Zundel verwendete gar den Begriff "imperialer Kahlschlag"102.

Neben dem Umfang der Programme, der Größe der Gebäude und des Plenarsaals war besonders die Notwendigkeit des Bundesratsneubaus umstritten, da die geringe Mitgliederzahl und die nur gelegentliche Nutzung einen Neubau dieser Größenordnung nicht rechtfertigten. Im Zusammenhang mit den nicht enden wollenden Diskussionen und der Entscheidungsunfähigkeit der Bauherren hatten sich viele Kritiker auch mit der Tauglichkeit der Demokratie als Bauherr sowie mit dem Begriff des Demokratischen und Transparenten sowie dessen Anwendbarkeit auf architektonische Formen und Prozesse beschäftigt. Dazu einige Stimmen:

Vittorio Magnago Lampugnani wies den Begriff einer demokratischen Architektur zurück und zeigte die Autonomie der Formen und Typen der Architektur auf, die nicht aus Politischem und Gesellschaftlichen abzuleiten sei. Jedoch lies er die Frage nach architektonischer Darstellung der Demokratie zu, die auch er verbunden sah mit der Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Planungsprozesses, der Standortfrage, dem Prozess der Formfindung und Konstruktionswahl, nicht aber mit der Forderung nach materieller Transparenz und Offenheit im Sinne von Zugänglichkeit für den Benutzer. 103 Auch Wolfgang Pehnt sah die materiell durch Glas erzeugte Durchsichtigkeit nur als "symbolische Geste" denkbar. Er erkannte als demokratische Kennzeichen einer Architektur keine verbindlichen Kriterien als die der "gestalterischen und funktionalen Qualität, die Freundlichkeit der Architektur gegenüber ihren ständigen und ihren gelegentlichen Nutzern und - eine bereits verspielte Chance - die Durchsichtigkeit und Überprüfbarkeit des Planungsgeschehens in jeder seiner einzelnen Phasen"104. Peter Conradi schrieb bezugnehmend auf Adolf Arndt, ob es eine Beziehung von demokratischer Gestalt eines Gemeinwesens und architektonischer Gestalt gebe, zeige "sich nicht in bestimmbaren, ablesbaren Formelementen eines 'demokratischen Stils', sondern drückt sich im Entwurfsansatz, in der Art des Planens, im Umgang mit der Form aus "105.

Neben der fachlichen Kritik wirkte sich nun auch die Unentschlossenheit der Planer in einem gewandelten architektonischen, politischen und wirtschaftlichen Klima auf die Planungen aus. In Folge der ersten Ölkrise 1973 löste die zweite 1979 einen weiteren Einbruch des Wirtschaftswachstums mit einem "Minuswachstum" in den Jahren 1981 und 1982 sowie eine angespannte Haushaltslage aus, was zur Überprüfung der Vorgaben und der Angemessenheit der bisher umfangreichen Planungen durch den Bundestag führte: Die Raumprogramme wurden Anfang 1980 nochmals reduziert und dazu auch veränderte Planungen der Architekten vorgelegt. Die Kritik der Öffentlichkeit an der nun an einem Ort versammelten großen baulichen Anlage hielt jedoch weiterhin an und wurde durch die von den geplanten Maßnahmen nicht unwesentlich betroffene Presse erheblich beeinflusst. Nicht nur die veränderte öffentliche Meinung stand der gesamten Konzeption nun ablehnend gegenüber, auch Vertreter des Bundes sowie der Bundestagspräsident Richard Stücklen hatten sich von den Planungen distanziert. Am 5.Juni 1981 wurde nach vorbereitenden Diskussionen um weitere Einsparungen in einer Debatte des Bundestages über die Angemessenheit und den Umfang der Neubauten beraten und nicht zuletzt auch in Folge des öffentlichen Drucks die laufenden Planungen eingestellt. In der Entschließung wurde festgelegt, bei den weiteren Planungen mit einem nochmals reduzierten Umfang von zuletzt 170.000 qm auf ca. 68.000 qm (für Alt- und Neubauten) den vorhandenen Plenarsaal weiter zu nutzen, die Altbauten des Bundeshauses zu erhalten und nur die unbedingt notwendigen Neubauten auszuführen. Behnisch & Partner blieben auch weiterhin an den Planungen beteiligt, v. Wolff, v. Wolff und Schneble gaben den Auftrag zurück.

In einer Nachbetrachtung 1982 - nach der Entscheidung des Bundestages zum Abbruch der Planungen - resümierte Behnisch die seinen Idealvorstellungen sehr nahen Vorzüge seines Konzeptes, und betonte besonders die symbolische Bedeutung und Qualität der "Grünen Mitte" als Synonym für die Position des Volkes und die Wertigkeit von Mitbestimmung innerhalb des Staatsgebildes. Auch die Bauten von Schwippert hätten erhalten werden können als "Dokument der 1. Stunde der Bundesrepublik": "Im Bereich der Parlamentsbauten sollte Raum sein für den direkten Kontakt zum Volke bzw. zu den Minderheiten. Zum anderen wollten wir dem Volke und jedem Einzelnen seinen Raum im Zentrum des Staates nicht absprechen. Wir meinten, dass es sinn- und würdevoll

⁹⁹ Burkhard Hirsch: Ein wenig mehr Bescheidenheit, Interview mit Ingeborg Flagge, in: Der Architekt 2/1980, S. 75

Max Bächer: Die Macht am Rhein, in: Der Architekt 2/1980, S. 73

¹⁰¹ Wolfgang Pehnt: Ab durch die grüne Mitte? in: Der Architekt 2/1980, S. 86f

¹⁰² Rolf Zundel: Kahlschlag und Prozentum, in: Der Spiegel , 31.12.1979

¹⁰³ Vittorio Magnago Lampugnani: Die Diskussion um die Chimäre. Fragmente zur Architektur in der Demokratie, in: Der Architekt 2/1980, S. 80-

<sup>82
104</sup> Wolfgang Pehnt: Ab durch die grüne Mitte? in: Der Architekt 2/1980, S. 84
The Par Architekt 2/1980 S. 88

wäre, das souveräne Volk in die Mitte zu stellen, das Volk in der Mitte zu sehen; tatsächlich und in gleicher Deutlichkeit wie in der Geschichte Souveräne das Zentrum beanspruchten." 106 Entscheidend sei, dass die Parlamentsbauten "nicht entrückt auf Sockeln" stehen, sondern dass sämtliche Verfassungsorgane außermittig darum angeordnet seien, bildlich gesehen: Um das im Zentrum des Staates stehende Volk herum seien die Verfassungsorgane angeordnet. "Tatsächlich ist so ein Bild unserer Verfassung, ihrer Wirklichkeit und ihrer Ideale entstanden, ein System, in dem die Elemente - also Gebäude, Freiflächen, Fluss, Straße, Wege, Bäume usw. - frei aus sich und ihrer landschaftlichen und städtebaulichen Situation heraus sich entwickeln in offenen Beziehungen zueinander, zurückhaltend, rücksichtsvoll, selbstbewusst, selbstverständlich, überschaubar, einsichtig und offensichtlich. Diese "Grüne Mitte" hat viele Probleme gelöst: Sie überwindet die Distanz zwischen der auch historisch bedeutenden Adenauerallee und dem Rhein, der als Schicksalsstrom die wichtigsten Verfassungsorgane an sein Ufer gezogen hat. Das Vorfeld wird würdig, nicht aber monumental. Das Zentrale, das Repräsentative liegt in der Grünen Mitte beim Volke selbst. Damit sind die Gebäude frei von überzogener Repräsentationspflicht." 107

Diese in einer langen Planungszeit erarbeitete Lösung, die Behnischs Vorstellungen einer Umsetzung von "demokratischer Architektur" sehr nahe kam, aufgeben zu müssen, enttäuschte Behnisch sehr. In einem Vortrag 1982 kamen die dafür aus seiner Sicht verantwortlichen Ursachen und Personen zum Ausdruck, welche in dem stärkeren Interesse an den Bauten selbst als an der Gesamtkonzeption zu suchen sei, vor allem aber in der Haltung der Öffentlichkeit, der Presse und der Verwaltung, die "sich wohl mit dem Gedanken, dass für das Volk in der Mitte ein Platz freigehalten werden sollte, nicht anfreunden konnte. Sicher aber lag es besonders daran, dass dort, wo die grüne Mitte entstehen sollte, heute die örtlichen Redaktionen der wichtigsten Zeitungen, Zeitschriften des Rundfunks und Fernsehens untergebracht sind. (...) Kaum einer von ihnen hat sich bemüht, das Wesentliche der Planung zu verstehen und darzustellen und die eigene Bequemlichkeit zurückzustellen. Vielleicht war es aber auch das Wort "grün allein, was irritierte. (...) Der Schwung, der politische Wille, das Interesse der Öffentlichkeit, das uns und unsere Planung für die Olympiaanlagen in München getragen hatte, in Bonn war davon nichts zu spüren."108 Er schrieb dem Einfluss der Presse einen offensichtlich sehr großen Anteil am Scheitern der Planungen zu, ebenso wie er die Nachteile der großen Bauherren, deren Zwang zur Bindung der Aufgabe an Vorschriften häufig große Nachteile für die Architektur habe. So schienen Mitte 1981 die umfassenden Planungen für Bonn endgültig gescheitert, letztlich daran, dass "die Bauherrschaft in Bonn überdeckt von Verwaltungen und Apparaten" sei. "Es scheint, als seien Größe - quantitative Größe - und Macht zwei Hauptübel. Macht macht unsensibel und hart, und Größe muss, um handhabbar zu sein, organisiert werden. "109

Verantwortlichkeiten und Kompetenzen

Immer mehr offenbarten sich Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den Behörden, die Behnisch schon 1976 bemerkt hatte: Die Frage, "wie unsere Gesellschaft, unser Staat, unsere föderalistische Organisation ein architektonisches Gesicht finden könnte", sei "vollkommen ins Leere gestoßen". Vor allem die verfahrenstechnische Seite einer Lösung der technischen, juristischen und funktionalen Erfordernisse sei im Vordergrund gestanden. "Aber die Frage, wie unsere Bundesrepublik sich architektonisch darstellt, ist überhaupt nicht behandelt worden, all die Jahre hindurch." Selbst nach drei Jahren sei es ihm nicht gelungen, so Behnisch, "mit einem politisch Verantwortlichen darüber zu sprechen, wie wohl nach deren Meinung Demokratie sich ausdrückt"¹¹⁰. Ebenso hatte Behnisch die Unklarheit über die Verantwortlichkeiten zu diesen Fragen bemängelt, so auch das Fehlen eines persönlich verantwortlichen Ansprechpartners, der aufgrund der Organisation und Aufgabenteilung der Bauherrschaft nicht vorhanden war. Als Ausnahme benannte er die kontinuierliche Beteiligung des Stuttgarter Architekten und SPD-Abgeordneten MdB Peter Conradi, der die Entwicklung der Arbeit als Mitglied und Sprecher der SPD-Fraktion in der Baukommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages als einziges Mitglied bis zur Fertigstellung unterstützend begleitet hatte.

Hauptauftraggeber und Bauherr war der Bund. Für die Baumaßnahmen der Verfassungsorgane war seit dem Zuständigkeitsgesetz vom 18.3.1975 das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau als politische Instanz mit wechselnden Entscheidungsträgern zuständig. Fachlich verantwortlich war die diesem unterstellte, ausführende Bundesbaudirektion als Partner der Architekten, der bei Projekten dieser Größenordnung jedoch Überforderung vorgeworfen wurde (Conradi)¹¹¹. Die schwierige Zusammenarbeit zwischen Architekten und Bundesbaudirektion - als Bauherrenvertreter auf der einen und ausführende Instanz auf der anderen Seite - wurde zudem durch den mangelnden Rückhalt, die fehlende Abstimmung und die Entscheidungsunfähigkeit bei den Parlamentariern erschwert. Zusätzlich zu der unbestimmten bzw. nicht wahrgenommenen Bauherrenrolle erschwerten die eigentlich als Entscheidungshilfen von Bundesregierung, Bundestag und der Stadt Bonn beauftragten zahlreichen Gutachten und Stellungnahmen unterschiedlicher Planer die Entscheidungsprozesse zusätzlich: Es gab mehrere einflussnehmende Ausschüsse, u.a. die für die Planung verantwortliche Unterkommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages sowie der gemeinsame Hauptstadtausschuss von Bund und Stadt, daneben weitere Planungsbeteiligte wie das Land Nordrhein-Westfalen als Aufsichts- und Genehmigungs-

 $^{^{\}rm 106}$ Günter Behnisch: Offenheit und Vielfalt, in: db 3/1982, S. 31

¹⁰⁷ Günter Behnisch, a.a.O.

¹⁰⁸ Günter Behnisch, Vortrag bei der Architektenkammer Freiburg 1982, AC

¹⁰⁹ Günter Behnisch, a.a.O.

¹¹⁰ Günter Behnisch, in: Heinrich Klotz: Architektur in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 28

¹¹¹ S. dazu u.a.: Peter Conradi: Die Bundesbaudirektion, in: Der Architekt 7-8/1988, S. 455-458; und ders.: Politik als Bauherr, in: db 4/1993, S. 22

instanz, die Stadt Bonn mit seiner Planungshoheit, mit unterschiedlichsten und sich teilweise widersprechenden Interessen.

Während der Ausführungsplanung 1989 äußerte Behnisch deutlich seine Unzufriedenheit und Kritik an der Zusammenarbeit und den Kompetenzstreitigkeiten mit der BBD, die behaupte, "praktisch allen Funktionen in solch einem Planungsprozess vorstehen zu müssen", und die verantwortliche Architekten und andere Planer als "Erfüllungsgehilfen" betrachte. Der Versuch, alle "Knotenpunkte" zu kontrollieren, behindere und unterbreche die Kommunikation zwischen den Planungsbeteiligten. Sie müsse scheitern, da sie "über alle Bereiche der Wirklichkeit" reiche und die "Ebene der Administration" und damit der für die BBD überschaubare Bereich verlassen werde, was dazu führe, dass "eine andere Wirklichkeit in Schreiben, Schriftstücken, Berichten" geschaffen werde. "Mit diesem Vorgehen werden die Planer ins Unrecht gesetzt. (…) Das Schlimmste dabei ist jedoch, dass damit das Entstehen einer Architektur verhindert wird, die dem Freiheitlichen, Vielfältigen, dem Humanen verpflichtet ist. (…) In der heutigen Konstellation wirkt die Bundesbaudirektion als Baukultur-Verhinderungs-Organisation. Innovation bezüglich Technik und Architektur werden von dieser Organisation im Entstehen verhindert."¹¹²

An dem Bemühen von Behnisch & Partner um eine reibungslose Zusammenarbeit mit der Bundesbaudirektion hatte Erhard Tränkner großen Anteil: Er kümmerte sich um die z.T. umfangreichen und komplizierten rechtlichen und vertraglichen Angelegenheiten und musste viele Probleme "zwischen den Fronten" klären. Schon zu diesem Zeitpunkt deutete sich die langwierige, arbeitsintensive Beschäftigung mit dem Projekt der Bundesbauten an, die für das Büro zwar eine weitere bedeutungsvolle Aufgabe mit hohem nationalem und internationalem Stellenwert in Aussicht stellte, jedoch auch ein großes finanzielles und wirtschaftliches Risiko bedeutete sowie dazu mit einem großen zeitlichen Druck verbunden war. Neben den Querelen um Abstimmungs- und Zuständigkeitskompetenzen zwischen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn beeinträchtigten funktionale - u.a. die Doktrin der kurzen Wege und überzogene Raumprogramme - und umfangreiche verfahrenstechnische Forderungen und Zwänge die Qualität der Planungen erheblich. So wurde mit der Haushaltsunterlage-Bau der Kostenrahmen in einem frühen Planungsstadium festgeschrieben, so dass spätere Änderungen kaum mehr möglich waren. Auch hier konnte Erhard Tränkner durch sein Einwirken Spielräume schaffen, die sich positiv auf die Planungen auswirkten. Die vom Preisgericht empfohlenen weiteren Überarbeitungsmaßnahmen wurden zudem beeinträchtigt von den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen seit Mitte der 70er Jahre. Als Folge der Ölkrise, des Wirtschafts- und Währungseinbruchs, der hohen Arbeitslosenzahlen und der daraus entstehenden Sparauflagen wurden die Planungsvorgaben mehrfach verändert und weitere Gutachten und Stellungnahmen beauftragt. Auch der Wechsel von Entscheidungsträgern, mangelnde Entscheidungsfähigkeit der Bundesbaubehörden und Desinteresse der Politiker verzögerten und beeinträchtigten den Verlauf maßgeblich. 113 Ebenso bewirkte auch der öffentliche Druck in einer wirtschaftlich angespannten Zeit eine Überprüfung der aufwendigen Planungen.

Alternatives Planungsverfahren zur Erweiterung der Bauten des Deutschen Bundestages an der Kurt-Schumacher-Straße in Bonn 1983 und 1984

Architekten: Behnisch & Partner, Auer + Weber

Mitarbeiter: Jutta Schürmann, Peter Schürmann, Ulf Decker

Landschaft: Hans Luz + Partner Ingenieure: Schlaich & Partner Gutachten 1. Stufe 1.7.1983 2. Rang Überarbeitungsstufe 18.1.1984 2. Rang

Aus der Entschließung des Bundestages, im alten Gebäude zu bleiben und die bestehenden Bauten nur soweit notwendig zu erweitern, ergaben sich jedoch ebenfalls umfangreiche Baumaßnahmen. 1982 wurde von den als Berater bestellten Rudolf Hillebrecht, Hans Kammerer, Gerhart Laage, Walter Rossow und Friedrich Spengelin zusammen mit der Bundesbaudirektion und der Stadt Bonn ein neues städtebauliches Rahmenkonzept erarbeitet, das auch nach dem Wechsel der Bundesregierung - seit dem 1.10.1982 die Koalitionsregierung aus CDU und FDP unter dem Bundeskanzler Helmut Kohl - als Grundlage für einen neuen Bebauungsplan Bestand hatte. Empfohlen wurde von den Gutachtern eine räumliche Öffnung der bisher zum Rhein hin orientierten Gesamtanlage zur Stadt, eine Betonung des alten Plenarsaals im Gesamtgefüge als erkennbare Institution "Bundestag" sowie eine Einbeziehung der Rheinauenlandschaft. Dazu sollte die Görresstraße nach Südwesten verschwenkt werden, um Raum für ein neu zu planendes Eingangsbauwerk und einen Parlamentsplatz zu erhalten, welche diese Aufgaben erfüllen sollten. Ebenso war der Abriss der Bauten zwischen dem Bundeskanzleramt und der Welckerstraße vorgesehen.

Weiter waren in dem Gutachten flache Erweiterungsbauten südlich der Hermann-Ehlers-Straße in Verbindung mit dem "Langen Eugen" vorgesehen, welche die Bundestagsbibliothek, den wissenschaftlichen Dienst, Verwaltung und weitere Abgeordnetenbüros aufnehmen sollten. Für diese Bauten wurde ab Dezember 1982 unter sechs eingeladenen Architekten ein alternatives Planungsverfahren (1. Stufe) durchgeführt, über das am 1.7.1983 ent-

286

¹¹² Günter Behnisch: Neubau Deutscher Bundestag (2. Fassung), September 1989, AC

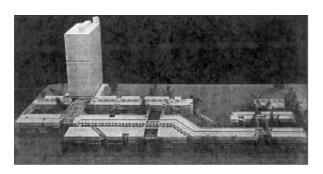
¹¹³ S. dazu u.a.: Peter Conradi: Bauherr Bundestag, in: Der Architekt 2/1980, S. 87-91; und ders.: Die Bundesbaudirektion, in: Der Architekt 7-8/1988, S. 455-458; und ders.: Bauherr in Bonn und Berlin, in: Baumeister 10/1993, S. 51-53

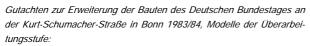
schieden wurde: Teilnehmer waren Joachim und Margot Schürmann, Behnisch & Partner mit Auer + Weber, Alexander Freiherr v. Branca, Fritz Novotny / Arthur Mähner / Volkhard Weber, Gottfried Böhm sowie Peter Busmann / Godfried Haberer, in Reihenfolge des Ergebnisses. Die ersten drei der beurteilten Arbeiten wurden von den schon zuvor tätigen fünf Gutachtern zu einer Überarbeitung aufgefordert, die am 18.1.1984 das Ergebnis bestätigte, so dass die Baukommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages die weitere Planung der südlichen Bereiche an Schürmann und Schürmann vergab.

Die Vorzüge des Schürmann-Entwurfs wurden vom Preisgericht in der städtebaulichen Gesamtkonzeption gesehen, in der "klaren Kontinuität des historisch gewachsenen Kontexts der Anlage", als das "Resultat der einfachen fast spartanischen Baukörper als auch ihrer Architektur", welche es verstehe, "gleichzeitig das vorgefundene behutsam aufzunehmen als es auch selbstbewusst in den Geist unserer Tage zu transformieren". Die Folge der übergeordneten, strengen Konzeption und der reduzierten Formensprache wurden in den räumlichen Mängeln gesehen, sowohl in Bezug auf die Ausrichtung zur Rheinaue, als auch innenräumlich zu Lasten "wenig erlebnisreicher Innenräume" und zu einer "teilhaften Unterbewertung insbesondere der räumlichen Ansprüche", welche der Bedeutung des Hauses nicht gerecht würden.¹¹⁴

Die Beurteilung des Behnisch-Entwurfes erhielt im Gegensatz dazu eine Bewertung, welche die "klare, auch die Orientierung 'durchsichtig machende' Organisation der Baumassen mit einer phantasievollen räumlichen Gestaltung" hervorhob, die ihre Qualität "mit ihren Raumverschmelzungen und Durchblicken in die Landschaft" habe, unterstützt durch die Heranführung der Auenlandschaft an das Gebäude. Als problematisch wurden die Proportion der über 3 "Luftgeschosse" schwebenden 2-geschossigen Bürokörper angesehen, die zwar "frei und spielerisch" geformt seien, jedoch zu einer "teilweise etwas willkürlich wirkenden Kontur" führten.¹¹⁵

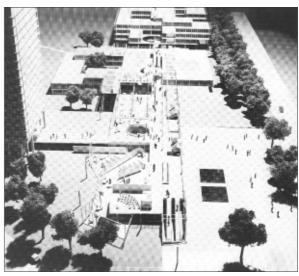
Der Schwerpunkt dieses Entwurfes war die Schaffung von bisher fehlenden, der Aufgabe angemessenen Innenräumen. Ebenso war auch hier die Einbeziehung der Auenlandschaft als Teil des Innenraums ein wichtiges Kriterium: Das "aufgelöste" Erdgeschoss sollte den Durchblick bis zur Rheinaue ermöglichen bzw. diese bis an die Straße heranführen. Die Gliederung der Baukörper war angelehnt an den Rhythmus "Baukörper - Grün - Baukörper" der bestehenden Bebauung an der Kurt-Schumacher-Straße. Es sollte ein zweiter Schwerpunkt als Gegenpol zum Plenarsaal-Bereich entstehen.





64 Oben links: Schürmann und Schürmann (1. Rang) 65 Oben rechts: Behnisch & Partner (2. Rang)





66 Rechts: Behnisch & Partner, geöffnetes Modell mit Innenraum

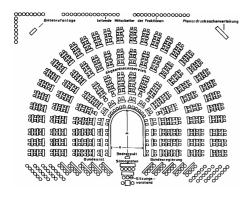
¹¹⁵ A.a.O., S. 349ff

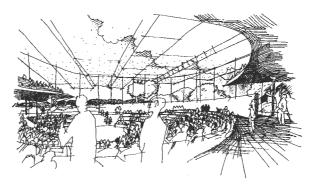
¹¹⁴ Aus den Preisgerichtsbeurteilungen zum Gutachten (1. Stufe), in: wbwa 5/1984, S. 349ff

Die kreisförmige Sitzordnung: Demokratisches Symbol oder funktionales Element?

Nach dem Abbruch der Planungen war die Form der Sitzordnung im Plenarsaal auch weiterhin offen. In der Auslobung für den Bauwettbewerb war 1972 in der schematischen Darstellung die Hufeisenform abgebildet und als Organisationsform vorgeschlagen, mit der Begründung: "Die Plätze für die Bundesregierung und den Bundesrat sollen auf die Abgeordnetenplätze zugeordnet werden, d.h. sie dürfen einerseits nicht in den Abgeordnetenbereich einbezogen, jedoch andererseits auch nicht frontal zu den Abgeordnetenplätzen angeordnet werden. "116 Nach dem Wettbewerbsentwurf von Behnisch & Partner im Mai 1973 mit dem Vorschlag einer runden Sitzordnung wurden bei der ersten Überarbeitung im Mai 1974 und im Januar 1975 weitere Varianten vorgelegt, die den von Behnisch als Kompromiss bezeichneten¹¹⁷, in den Plänen aber nach den Anregungen des Wettbewerbsprogramms aufgenommenen Vorschlag der Hufeisenform mit runder Tribünenumfassung beinhalteten. Auch von den anderen verbleibenden Teilnehmern war in den Entwürfen der ersten und zweiten Überarbeitungsstufe eine ähnliche Hufeisenform bevorzugt worden.

Noch bis Ende 1977 war die hufeisenförmige Sitzordnung in allen Planungen bevorzugt dargestellt. Erst im März 1979 wurde im Zusammenhang mit den Überlegungen zur "Grünen Mitte" und den Bestrebungen der Parlamentsreform-Kommission die kreisrunde Anordnung wieder aufgenommen, die vor allem Peter Conradi vorangetrieben hatte. Bundesregierung und Bundesrat sollten jetzt nicht mehr den Abgeordneten gegenüber sitzen, sondern wenn auch durch die geringere Anzahl der Sitzreihen vor der "Rückwand" gekennzeichnet - in die Kreisordnung ohne Unterscheidung der Sitzhöhe einbezogen werden. Günter Behnisch erklärte die Entstehung der Kreisordnung nicht nur aus dem Vorbild durch den Vorschlag von Hans Schwippert, sondern auch mit einer gewandelten Auffassung der Abgeordneten: "Im Laufe der Bearbeitung ist die spontane Debatte und nicht die offizielle Rede vor einem Publikum in den Vordergrund getreten. Daraus hat sich die Kreisform entwickelt."118

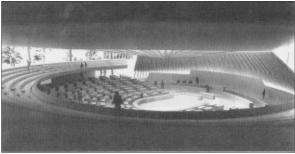


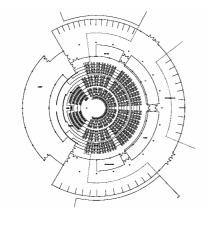


67 Oben: Schematische Darstellung einer hufeisenförmigen Sitzordnung für den Bundestag im Auslobungstext 1972 68 Oben rechts: Innenraumskizze des Plenarsaals mit runder Sitzordnung im Wettbewerbsentwurf Mai 1973 (Zeichnung Rüdiger Kramm)

69-70 Rechts und unten rechts: Modell mit Tribünen und hufeisenförmiger Sitzordnung, erste Überarbeitungsstufe, Mai 1974

71 Unten: Grundriss der kreisförmigen Sitzordnung ca. März 1979







 $^{^{\}rm 116}$ Aus dem Auslobungstext 1972, S. 65 und 77-78, AB

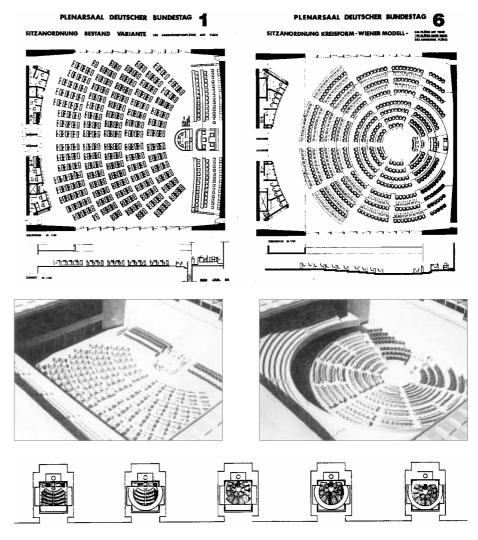
Aus defit Adsolutingstext 1972, 3. 55 drie 17 15,1.25

117 S. Behnisch & Partner: Arbeiten aus den Jahren 1952-1987, a.a.O., S. 70

118 Günter Behnisch: Offenheit und Vielfalt, in: db 3/1982, S. 18

Die Frage nach der von vielen Parlamentariern geforderten neue Sitzordnung war eng verbunden zum einen mit dem politischen Verständnis und der in der Verfassung verankerten Stellung der Regierung innerhalb des Parlaments, sowie auch mit der Frage nach dem Umbau des alten bzw. der Notwendigkeit eines neuen Saals. Die vorhandene Sitzordnung mit dem Gegenüber von Regierung und Parlament wurde vielfach als schulklassenähnlich bezeichnet und als nicht mehr zeitgemäß erkannt. Sie erschien nicht geeignet, Diskussionen vom Platz aus sowie der Fraktionen untereinander zu führen. Am 5. April 1984 wurde allen Abgeordneten ein Bericht zur "Verbesserung der Unterbringung des Deutschen Bundestages"¹¹⁹ vorgelegt, in dem u.a. dazu von der Bundesbaudirektion in Zusammenarbeit mit Behnisch & Partner entwickelte Vorschläge zusammengefasst waren. Insbesondere waren hier zwei favorisierte, von Behnisch & Partner weiterentwickelte Alternativen für eine mögliche Sitzordnung gegenübergestellt: die bisher im alten Plenarsaal bestehende sowie eine abgesenkte, runde Sitzordnung, die auch schon in ähnlicher Form vorgelegt worden war, hier vorgestellt nach dem "Wiener Modell" mit Einzeltischen. Bei dieser Lösung musste aus Platzgründen für etwa ein Drittel der Abgeordneten auf feste Tische verzichtet werden.

Die ergänzenden Studien für die Sitzordnungen erhielten nun jeweils drei Varianten: die bestehende Sitzordnung mit rückwärtiger Galerie, die kreisförmige Anordnung ebenfalls mit der bestehenden oder mit einer neuen, kreisförmigen Galerie. Zur Wiederaufnahme der runden Sitzordnung erklärte Behnisch im Erläuterungsbericht: "Die Argumente und Anregungen für eine neue Sitzordnung im Plenarsaal kamen vom Parlament. (...) Die Sitzordnung der Kreisform, als Symbol für die Geschlossenheit des Parlaments, ist als Raumkonzeption sicher stärker und eindrucksvoller als die bestehende. (...) Schon im Wettbewerbsprogramm vor 10 Jahren wurde eine hufeisenförmige Sitzordnung angeregt und in unserem Entwurf eine runde Sitzordnung vorgeschlagen."¹²⁰



Erweiterung der Bauten des Deutschen Bundestages in Bonn, April 1984:

72 Grundrisse und Modellaufsichten des Plenarsaals mit bestehender (Variante 1) und runder, abgesenkter Sitzordnung (Variante 6)

73 Skizzen zu Varianten mit unterschiedlichen Galerieformen (von links nach rechts): bestehende Sitzordnung mit bestehender Galerie, bestehende Sitzordnung mit kreisförmiger Galerie, kreisförmiger Galerie und versetztem bzw. gleichem Mittelpunkt

¹¹⁹ Bundesbauverwaltung (Hrsg.): Verbesserung der Unterbringung des Deutschen Bundestages, April 1984, AB

¹²⁰ Günter Behnisch: Erläuterungen zum Planungsstand April 1984, in: Bundesbauverwaltung (Hrsg.): Verbesserung der Unterbringung des Deutschen Bundestages, April 1984, AB

Besonders der Stuttgarter SPD-Abgeordnete und Architekt Peter Conradi hatte sich schon seit Jahren für eine neue runde Sitzordnung nach dem Vorschlag von Behnisch & Partner ausgesprochen. Die positiven Argumente wurden sowohl auf der praktischen, wie auch auf der symbolischen Ebene geführt: So sollte die Stimmung bei den Debatten verbessert (Conradi), statt gegeneinander miteinander geredet werden und man erhoffte sich insgesamt eine offenere Atmosphäre der Debatten. Der von Conradi geprägte Begriff "Arbeitsparlament" war eine oft zitierte und die erwünschte Funktion treffende Bezeichnung. Andererseits wurde aber ebenso die symbolische Bedeutung des Kreises angeführt. Besonders an der Positionierung des Bundesrates darin mit seiner besonderen Stellung in der Verfassung und Funktion entzündeten sich die Diskussionen. 121

Als Beispiele für kreisförmige Sitzordnungen waren bislang u.a. die Plenarsäle des Europaparlaments in Straßburg 1972-1977, der UNO-City in Wien 1973-1979 sowie des Landtags von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf 1990 bekannt, der auch insgesamt große Ähnlichkeit mit dem Entwurf von Behnisch & Partner von 1973 zeigt. Diese Beispiele wurden auch den Abgeordneten in dem o.g. Bericht der Bundesbauverwaltung 1984 vorgelegt, als Diskussionsgrundlage für die Entscheidung über die Sitzordnung. Daneben erhielten auch das Abgeordnetenhaus für Berlin und der sächsische Landtag in Dresden eine runde Sitzordnung, die dann auch in der Ausschreibung für die Neugestaltung des Berliner Reichstagsgebäudes 1993 gefordert wurde.

Nach einer Beratung und Abstimmung der Fraktionen am 2. Mai 1984 ergab sich eine große Mehrheit der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion für die Sanierung des Saals mit der neuen, kreisrunden, abgesenkten Sitzordnung nach dem "Wiener Modell" und kreisrunder Galerie, die daraufhin am 7.Juni 1984 vom Ältestenrat beschlossen und damit in die schon verabschiedeten Sanierungsplanungen einbezogen wurde. Am 7. November 1985 wurde der Beschluss des Ältestenrates vom 7. Juni 1984 geändert und zugunsten eines gleichen Sitzes mit Tisch für jeden Abgeordneten auf das bisherige "Wiener Modell" verzichtet und nach dem Vorbild der Bestuhlung im alten Saal mit je einem Tisch für zwei Abgeordnete das "Bonner Modell" beibehalten.

Waren noch vor der Einbeziehung der Denkmalfrage in die Diskussionen die Mehrheiten für eine neue Sitzordnung eindeutig, so hatte sich nach 1986 das Meinungsbild verschoben. Auch noch ein Jahr nach dem Neubaubeschluss und der namentlichen Abstimmung über die kreisrunde, abgesenkte Sitzordnung am 5. Juni 1987 wurde am 13. Oktober 1988 aufgrund eines Antrag von CDU/CSU und FDP auf Änderung der Sitzordnung erneut diskutiert, der Beschluss vom Juni 1987 jedoch bestätigt.

Im weiteren Verlauf der Planungen wurden zahlreiche Varianten untersucht, die u.a. die Hervorhebung von Bundestag und Bundesrat, Plätze von Gästen und den Weg des Präsidenten zu seinem Platz beinhalteten. Daneben wurden verschiedene Formen wie u.a. verlängerter oder überzogener Halbkreis, Zweidrittelkreis und Dreiviertelkreis untersucht. Im März 1989 wurden dem Ältestenrat Varianten mit einem Dreiviertelkreis mit Mittelgang vorgestellt, wobei die Bundesregierung und der Bundesrat seitlich des Präsidiums und die Abgeordneten in einem umschließenden Dreiviertelkreis mit dem Innenkreis auf gleicher Höhe platziert wurden.

Für die um ca. 150 Plätze nach der Wiedervereinigung zu erweiternde Sitzordnung wurden im Februar und März 1990 verschiedene Lösungen untersucht, wobei u.a. auch das "Bonner Modell" mit den Zweiertischen aufgegeben wurde: Die ersten sechs Reihen wurden mit durchgehenden Tischbänken, die hinteren fünf Reihen ohne Tische ausgestattet, so dass der Mittelpunkt des Saals und die bestehende Saalumrandung unverändert belassen werden konnten. Diese Lösung wurde übernommen, weitere Varianten behandelten nur noch durch eine Trennung der Fraktionen, die dann durch eine bewegliche Bestuhlung im Bereich des Mittelgangs flexibel zu gestalten war. (Abb. s. Baubeschreibung)

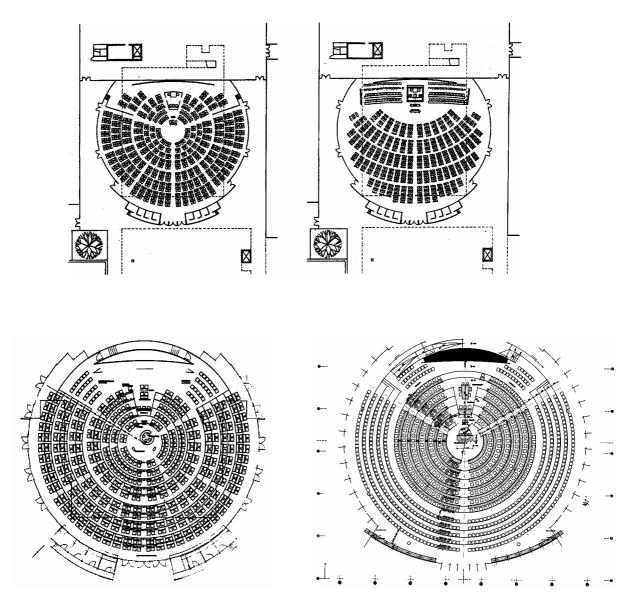
Die Bedeutung der kreisförmigen Sitzordnung gegenüber Ordnungen, bei denen Parteien sich frontal gegenüber sitzen, oder bei denen die Plätze der Regierung hervorgehoben sind, ist die der annähernd gleichwertigen Plätze aller Parlamentsmitglieder. Ein Ausrichtung auf die Mitte betont die Position des Redners, auf den die Konzentration der Mitglieder optisch und akustisch gerichtet ist, und je nach Anordnung der Plätze auch auf den Parlamentspräsidenten, nicht jedoch die Position der Regierung. Ein weiteres Argument liegt in der erhofften Wirkung als ein Diskussionsparlament, das den Mitgliedern die spontane Rede von Platz aus ermöglichen und damit eine neue Qualität der Debatten ermöglichen soll. Insofern könnte eine Sitzordnung mit der Orientierung auf eine nicht besetzte Mitte und damit auf eine (annähernde) Gleichberechtigung aller Mitglieder am ehesten auf eine Auffassung des Staatsgebildes schließen lassen, das nicht die gewählten Volksvertreter als bestimmende Macht ansieht, sondern aus dem gemeinsamen, einvernehmlichen Zusammenwirken und der Verständigung der beteiligten Organe ihre Entscheidungen trifft. Auch innerhalb des Kreises ergeben sich Hierarchien: Die der Mitte nahen Plätze sind gegenüber den äußeren bevorzugt und u.U. haben bestimmte Kreissegmente durch ihre Abgrenzung oder Hervorhebung eine besondere Stellung. In der realisierten Lösung wurden zudem die Position des Präsidiums sowie die des Bundeskanzlers und Bundesratsvorsitzenden durch erhöhte Rückenlehnen hervorgehoben. Jedoch entsteht im Kreis keine Konfrontation von Macht habender und oppositioneller Partei, wie es noch die Sitzordnung des alten Saales vermittelte. Daneben gibt es auch Meinungen, die einen gerichteten Raum in dem Gegenüber von Redner und Zuhörer als der Praxis des parlamentarischen Lebens näher empfinden als den

Die doppelte Bedeutung des Kreises liegt jedoch nahe: In der Orientierung der Parteien zueinander im Kreis wird eine gleichberechtigte Haltung am ehesten auch optisch und symbolisch verdeutlicht, sie ist in gewisser Weise das Bild einer Idealvorstellung und die Voraussetzung für die Anregung zur spontanen Diskussion, jedoch keine

¹²¹ S. zur Diskussion um die Sitzordnung 1972-1992: Heinrich Wefing: Parlamentsarchitektur, a.a.O., S. 173ff; Anmerkung: Dessen Vater Heinrich Wefing war als Mitarbeiter der Bundesbaudirektion an der Entstehung des Plenarsaals beteiligt. 122 Z.B.: Falk Jaeger: Gehäuse des Föderalismus, in: Flagge; Stock, a.a.O., S. 99

Garantie für tatsächlich demokratisches Handeln. Insofern impliziert der Kreis auch Vorstellungen, Wünsche und Hoffnungen auf ein zukünftig wirksames demokratisches Miteinander, das in der Demokratie zwar angelegt, aber nicht (vollständig) vollzogen ist. Der Kreis könnte damit auch in einem von Behnisch schon mit anderen Mitteln und in anderen Bauten angestrebten antizipatorischen Sinn als Symbol für Vorstellungen und Ideale gesehen werden und als ein Mittel, um einen erhofften Gesellschaftszustand bzw. eine Lebensform zu erreichen. Die weitergehende Betrachtung der Frage, ob der Kreis als eine ideologisch und symbolisch taugliche Metapher für Demokratie gelten kann, soll hier nicht abschließend geklärt werden. Die Vermutung liegt nahe, dass der Kreis zumindest im Sinne eines antizipatorischen Übermittlers von demokratischen Idealen und Handlungsanweisungen zu verstehen ist und damit im Sinne Behnischs als weiteres architektonisches Mittel zur Umsetzung seiner Haltung gelten kann.

Obwohl von einigen Politikern neben der praktischen häufig auch die symbolische und ideologische Bedeutung des Kreises als Metapher für Demokratie angeführt wurde, betonte Günter Behnisch vor allem dessen praktische Funktion im Sinne der Aufgabe einer demokratischen Verfassung: "Wir haben den Kreis nie favorisiert in der Absicht, damit demokratische Architektur oder Symbole für Architektur schaffen zu können. Im Plenarsaal des Bonner Bundeshauses haben wir die Sitzordnung kreisförmig angelegt. Die Abgeordneten wollten ein Diskussionsparlament, nicht ein Vortragsparlament. (...) Die kreisförmige Ordnung unseres Plenarsaals ist nicht zuerst Symbol (selbst wenn dieses schließlich so gelesen werden sollte)."123



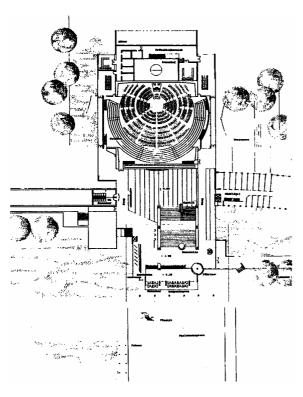
74 Erweiterung der Bauten des Deutschen Bundestages in Bonn, Juni 1986: Geplante kreisrunde Sitzordnung mit abgesenktem Saalboden und alternative Sitzordnung mit ebenem Saalboden je nach dem "Bonner Modell" mit Zweiertischen

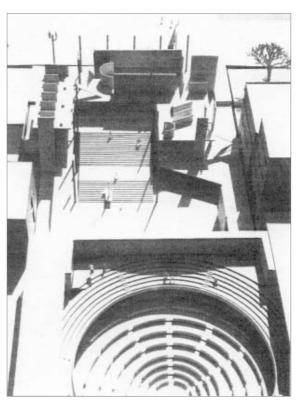
75 Links: Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn, Planungsstand 14.3.1989: Variante der Sitzordnung mit Mittelgang und Zweiertischen 76 Rechts: Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn, realisierte Lösung mit den 150 zusätzlichen Abgeordnetenplätzen, mit durchgehenden Tischbänken in den ersten sechs Reihen und den hinteren fünf Reihen ohne Tische

¹²³ Günter Behnisch: Verwerfungen des Alltags, Interview mit Klaus-Dieter Weiß, in: Werk, Bauen, Wohnen 9/1990, S. 2-11

Planungsphase 1983-1987 - Eingangsbauwerk, Diskussionen um Erhalt oder Abriss

Nach dem Beschluss über den Erhalt der Altbauten im Juni 1981 war seit 1983 von der Bundesbaudirektion eine Überprüfung zur Sanierung der Bausubstanz und entsprechend den Empfehlungen der Gutachter die Planungen für das Eingangsbauwerk und den Parlamentsplatz von Behnisch & Partner durchgeführt worden. Diese Punkte waren neben den Varianten zur Sitzordnung die Diskussionsgrundlage in der oben erwähnten, den Abgeordneten vorgelegten Unterlage zur "Verbesserung der Unterbringung des Deutschen Bundestages" vom April 1984¹²⁴. Behnisch & Partner hatten im September 1983 - Rainer Barzel war inzwischen seit dem 28. März Bundestagspräsident - den Auftrag zur Erarbeitung von Vorschlägen für das Eingangsbauwerk erhalten. Die bisher als Rückseite betrachtete Seite zur Görresstraße sollte aufgewertet und eine signifikante, den Plenarsaal hervorhebende Ergänzung erhalten, die einen eindeutigen Haupteingang mit Orientierung zur Stadt schaffen sollte. Zu berücksichtigen waren die verschiedenen, zum Rhein abfallenden Terrassenebenen der Görresstraße, wo das Eingangsgebäude in axialer Verlängerung des Plenarsaals "angesetzt" werden sollte, sowie die tiefer gelegenen Ebenen des Plenarsaals und der Promenade am Rhein. Außerdem sollten die Foyer- und Lobbybereiche erweitert und umgestaltet, die Besuchereingänge im Eingangsbauwerk berücksichtigt und der Zugang für den Bundestagspräsidenten - neben dem weiterhin bestehenden Zugang an der Rheinseite - ebenfalls im Bereich des Haupteingangs neu organisiert werden. Die vorgestellten Vorschläge variierten in der Darstellung mit bestehender Sitzordnung und bestehender oder kreisförmige Galerie bzw. mit kreisförmiger Sitzordnung und kreisförmiger

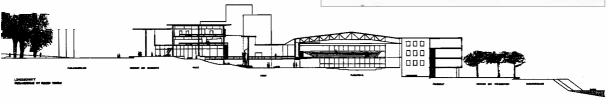




Erweiterung der Bauten des Deutschen Bundestages in Bonn, April 1984, aus der Unterlage zur "Verbesserung der Unterbringung des Deutschen Bundestages", Vorschlag mit runder, abgesenkter Sitzordnung und runder Galerie:

- 77 Grundriss Eingangsebene
- 78 Modellaufsicht des geöffneten Modells
- 79 Modellansicht Eingangsbauwerk
- 80 Schnitt





¹²⁴ Bundesbauverwaltung (Hrsg.): Verbesserung der Unterbringung des Deutschen Bundestages, April 1984

Die vorgelegten Planungen mit der kreisrunden, abgesenkten Sitzordnung waren die Grundlage für die später realisierte Version. Die dafür bestimmenden, und auch später wiederzufindenden Kennzeichen formulierte Behnisch in seinen zu den Vorschlägen vorgelegten Erläuterungen: "Man betritt das Eingangsbauwerk über eine Eingangshalle, deren Fußboden aus den Gegebenheiten des Geländes heraus ein Geschoss über dem Plenarsaal liegt. Diese Bedingungen ergeben einen guten Überblick über das Foyer und die Möglichkeit, die Besucher auf einer Ebene zu den Emporen des Plenarsaales zu führen. Von dieser Ebene her wäre auch der repräsentative Zugang zum Bereich des Präsidenten anzulegen. Die Abgeordneten, die vom Haupteingang her zum Plenarsaal wollen, steigen auf einer breiten, flachgeneigten Treppe ein Geschoss zum Foyer hinab."125

Die Besucher wurden schon hier über eine schräge Galerie und einen Steg im nord-westlichen Teil der Eingangshalle ebenengleich auf die Tribünen geführt, ebenso wie der Steg an der östlichen Seite auf gleichem Niveau in den Präsidialbereich hineinreichte. Für die äußere Gestaltung wurde eine Übernahme der Architekturelemente der bestehenden Bauten vorgeschlagen, der architekturgeschichtlich bedeutsamen "weißen" Architektur, die sich später aber stärker auf die Vorbilder von Egon Eiermann bezog: "Das Eingangsgebäude wird also auch Teil der "weißen" Architektur sein müssen. (…) Mit diesem Ansatz müsste es möglich sein, aus den bestehenden Gebäuden und der existierenden Architektur heraus eine angemessene, repräsentative Lösung zu entwickeln. (…) Es sollte eine ästhetisierte, bürgerliche Architektur sein wie sie in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen in der "weißen" Architektur angelegt, später jedoch nicht weiterentwickelt wurde." 126

Auch für den Parlamentsplatz wurden Vorgaben formuliert, die sich im realisierten Gebäude wiederfinden. Er wurde dabei verstanden als landschaftliches Element ohne den städtischen Charakter einer baulichen Einfassung. Insbesondere die terrassenartige Schichtung des Geländes sollte in das Gebäude hinein durch eine enge Verbindung mit der Eingangshalle fortgesetzt werden: "Es wäre sinnvoll, einen Platz anzulegen, der einerseits der Vorplatz der Gebäude des Bundestages ist, zum anderen ein Schwerpunkt in der vorhandenen Situation. (...) In den beiden südlichen Sektoren münden die Fußwege. Dort ist auch die Durchfahrt für Fahrzeuge und Anfahrt zum Eingangsbauwerk. (...) Der östliche Sektor ähnelt einer Terrasse. Er könnte durch Bäume charakterisiert werden. Der vierte Sektor ist die Eingangshalle. Sie könnte so gestaltet werden, dass zwei Seiten der Glaswände weit geöffnet werden könnten. Wenn der innere Betrieb so organisiert werden könnte, dass die Kontrolle erst am Übergang zu den Emporen bzw. am Abgang zum Foyer läge, wäre der Bereich der Eingangshalle ein Teil des Parlamentsplatzes und ebenso wie dieser der Öffentlichkeit zugänglich."¹²⁷

Der hier vorgesehene Abriss der Wohnhäuser wurde jedoch in der späteren Ausführungsplanung nicht berücksichtigt, ebenso wie die Vorstellungen von einer inneren Begegnungszone aus Sicherheitsgründen zur Trennung von Besuchern und Abgeordneten vor dem Gebäude führte.

Die seit 1983 von der Bundesbaudirektion durchgeführte Untersuchung der Bausubstanz hatte umfangreiche Mängel sowohl in funktionaler wie in bautechnischer Hinsicht ergeben. Es zeigte sich, dass eine Eignung als Arbeits- und Versammlungsstätte infrage gestellt war und umfangreiche Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahren des mangelnden Brandschutzes nötig waren. Insbesondere die Mängel des Plenarsaals wurden hervorgehoben: Sowohl das konstruktive Dachtragwerk mit der abgehängten Saaldecke, der Fußboden, die Ummantelung der Tribünenstützen als auch die Umfassungswände entsprachen nicht den Brandschutzbestimmungen. Im Zusammenhang mit den umfangreichen Eingriffen in die Bausubstanz wurden auch gestalterische Verbesserungen vorgeschlagen. Am 28. September 1983 wurde daraufhin vom Ältestenrat die Beseitigung der Mängel sowie aufgrund der akuten Gefährdung der Abgeordneten das ehemalige Wasserwerk als Ersatzplenarsaal für die vorübergehende Unterbringung des Bundestages beschlossen.

Die Sanierung des Plenarsaals erwies sich jedoch als zunehmend schwierig, da der seit 1949 mehrfach veränderte Saal nicht nur technisch unbrauchbar sondern auch architektonisch problematisch war und weil er auch in seiner Funktion und Größe als parlamentarischer Versammlungsort den veränderten Ansprüchen nicht mehr genügen konnte. Bei den laufend aufgestockten Anforderungen und zusammen mit der beschlossenen runden Sitzordnung war es kaum möglich, den alten Plenarsaal sinnvoll umzugestalten und machte den Erhalt immer fragwürdiger: Aufgrund des "katastrophalen Zustandes" (Behnisch) hätten umfangreiche Teile abgerissen und erneuert werden müssen, um die technische Modernisierung zu gewährleisten, so u.a. eine sinnvolle Klimatisierung, Raumakustik, Aufnahmetechnik und Belichtung im Zusammenhang mit der Bedeutung der Fernsehübertragungen, die auch die Innenraumgestaltung infrage stellten. Im Januar 1985 wurden Baukommission, Präsidium - seit dem 5. November mit Philipp Jenninger als Bundestagspräsident - und Fraktionsvorsitzende darauf hingewiesen, dass die Verwirklichung der laufend erweiterten Anforderungen einen Abbruch des Saals zur Folge hätte. Hinzu kamen im Juni und Dezember 1985 weitere Beschlüsse des Ältestenrates zur Neugestaltung des Restaurants und der Küche. Am 7. November 1985 wurden die schon erwähnte Veränderung der runden Sitzordnung anstelle des "Wiener Modells" mit Einzeltischen war das "Bonner Modell" mit Zweiertischen vorgesehen - und eine natürliche Belichtung des Saals von oben in die nun als Neubau vorgesehenen Planungen aufgenommen und beschlossen. Die am 12. November 1985 genehmigte Haushaltsunterlage "Bau" enthielt damit Planungen, die von einem vollständigen Neubau des Plenarsaals ausgehen. Am 30. Januar 1986 wurde ebenfalls vom Ältestenrat - angeregt durch einen Vorschlag von Wolfgang Pehnt - die Einbeziehung des Präsidialbereiches in die Sanierungsmaßnahmen beschlossen, um die Möglichkeit zu schaffen, die ursprünglichen städtebaulich-architektoni-

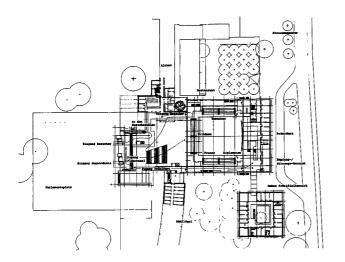
¹²⁵ Günter Behnisch: Erläuterungen zum Planungsstand April 1984, in: Bundesbauverwaltung (Hrsg.): Verbesserung der Unterbringung des Deutschen Bundestages, April 1984

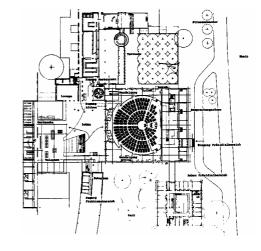
¹²⁶ Günter Behnisch, a.a.O. 127 Günter Behnisch, a.a.O.

schen Lösungen mit der Beziehung zum Rhein wiederherzustellen. Daneben sollte die Form der Galerie nun nicht mehr rund, sondern rechteckig ausgeführt werden. Im Mai und Juni 1986 wurden die genannten Ergänzungen in zwei Nachträgen genehmigt.

Die Konzeption war gegenüber dem Planungsstand vom April 1984 nahezu unverändert. Durch die Neuplanung des Präsidialbereichs und ein zusätzliches separates Gebäudeteil konnte im Plenarsaal die ursprünglich im Saal von Schwippert vorhandene Beziehung zum Rhein wieder aufgenommen werden. Der zum Rhein gelegene Präsidialbereich wurde in den Baukörper des nun freigestellten Plenarsaals integriert, über seitliche verglaste Wandelgänge angebunden und beide unter einem gemeinsamen Dach zusammengefasst. Damit konnte der Plenarbereich auch zur Rheinseite hin sichtbar gemacht und das ursprünglich beabsichtigte Konzept der Durchgängigkeit vom Parlamentsplatz bis zum Rhein umgesetzt werden. Ebenso konnten die Charakteristika der landschaftlichen Situation und der Terrassen weit in das Gebäude einbezogen werden. Die Besucherebene im Foyer erhielt nun eine geschwungene Form und die Treppe für die Abgeordneten wurde schräg in Richtung Plenarsaal gestellt. Die Sitzordnung war als "Bonner Modell" und mit rechteckiger Tribüne geplant. 128

Der nun den Planungen zugrunde liegende Abriss von Teilen des Ensembles Bundeshaus löste jedoch heftige öffentliche Diskussionen, Proteste des inzwischen aufmerksam gewordenen Denkmalschutzes und einer Gruppe gegen die Abrisspläne votierender Abgeordneter aus. Im Februar 1986 wurden Teile des Bundeshauses in die Denkmalliste der Stadt Bonn eingetragen, so auch der Plenarsaal. Obwohl baulich mehrfach verändert und kaum noch im Originalzustand erhalten, wurde mit der besonderen symbolischen Bedeutung des Saals als Anschauungssymbol der Geschichte und der Geburtsstunde des demokratischen Deutschland seit 1949 argumentiert, der als historisches Denkmal erhalten werden müsse. Daneben wurde die Akademie als architektonisches Zeugnis sowohl der Bauhausarchitektur der Weimarer Republik als auch der 50er Jahre betrachtet, der zudem durch ihren besonders hervorgehobenen Ortsbezug ein Denkmalwert zukomme. Ein Neubau könne auch an anderer Stelle Platz finden, so der Vertreter der Denkmalschutzbehörde. Zudem wurde die im Verhältnis zu den Altbauten zu große Höhe des Eingangsbauwerks bemängelt. 129





Erweiterung/Neugestaltung der Bauten des Deutschen Bundestages in Bonn, Planungsstand Juni 1986, aus der "Dokumentation der Planung für den Plenar- und Präsidialbereich des Deutschen Bundestages":

- 81 Grundriss Eingangsebene
- 82 Grundriss Saalebene
- 83 Längsschnitt
- 84 Perspektive Eingangsgebäude (Zeichnung Claudio Novello)
- 85 Modell des Innenraums mit geplanter kreisrunder Sitzordnung





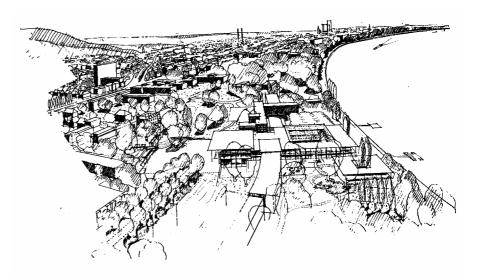
¹²⁸ S. dazu: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau; Behnisch & Partner (Hrsg.): Dokumentation der Planung für den Plenar- und Präsidialbereich des Deutschen Bundestages, Bonn/Stuttgart Juni 1986; Unterlage wurde an alle Parlamentsmitglieder verteilt
129 S. dazu: Dieter Spiegelhauer: Der geplante Abriss des Plenarsaales des Deutschen Bundestages, in: Bausubstanz 7/1986, Nr. 4, S.7f

Im Zuge dieser Überlegungen und der Unklarheit darüber, ob und in welchem Umfang tragende Bauteile erhalten werden könnten, veranlasste der Bundestagspräsident Philipp Jenninger im Juni 1986 eine Überprüfung der Bausubstanz mit dem Hintergrund einer möglichen Erhaltung als "Baudenkmal", aufgrund dessen die bisherigen Planungen stillgelegt wurden. Behnisch & Partner wurden im Dezember 1986 beauftragt, auf der Grundlage eines von Schlaich, Bergermann und Partner erstellten Gutachtens über die Tragfähigkeit der Saalkonstruktion ein Sanierungskonzept zu erstellen und eine mögliche "baukonservatorische Lösung" zu untersuchen.

In dieser Situation, in der sich auch Behnischs Erfahrungen der vergangenen Jahre zu wiederholen schienen, verwies er auf die politische Dimension der Architektur und den Einfluss der zugrunde liegenden, personellen Machtverhältnisse und Entscheidungsprozesse, die sehr stark die Besonderheit der Aufgabe mitprägen: "Heute wird die Auffassung vertreten, eine politische Architektur gäbe es nicht. Wir sind da anderer Meinung und haben andere Erfahrungen. Und wenn es noch eines Beispiels bedurft hätte (...) die Planung für die Bundesbauten hätten dieses Beispiel abgegeben. Jeder Strich hat hier politische Dimensionen, hat verfassungspolitische, parteipolitische und auch ganz persönliche tagespolitische Bedeutung; und wird auch so, genauer: vorwiegend so von den Betroffenen gewertet und beurteilt. 1130

Obwohl Günter Behnisch sich der historischen Bedeutung des Saals bewusst war, hielt er unter Berücksichtigung der gegebenen Planungsanforderungen und des Anspruchs an eine funktionierende, moderne und würdige Arbeitsstätte den Saal für nicht funktionsfähig. Er erinnerte aber an die verworfenen Lösungen von 1973-1981, bei denen sowohl den Ansprüchen an ein funktionstüchtiges Parlament als auch dem Wunsch nach Erhaltung als Baudenkmal hätte entsprochen werden können: "Wenn man will, dass der Saal auch in Zukunft so aussieht wie bisher, muss man ihn neu bauen, Stück für Stück. Das wäre dann der neu gebaute, alte Saal. Aber auch dann wäre die Frage noch nicht beantwortet, ob man denn wirklich in Kauf nehmen will, dass unser Parlament in einem technisch und architektonisch veralteten, problematischen Gebäude tagen soll. (...) Mit diesem Ansatz (den Entwürfen von 1973-1981 mit neuem Saal, Anm. d. Verf.) waren die Probleme ,Baudenkmal' und ,funktionstüchtiges Bundestagsgebäude' entflochten. "131 Behnisch verband die Frage nach dem Erhalt als Baudenkmal mit einem "lebendiger gefassten Denkmal-Begriff" und betrachtete sie als eine Frage nach dem Erinnerungswert, dem Bezug zu Ort, Situation und Landschaft als ein Teil des geschichtlichen Bildes der Gesamtanlage, dessen Charakter und Bedeutung er als wesentlich und nicht durch den Abriss des Saales gefährdet ansah.

Nach der Vorlage der zwei Lösungen am 13. April 1987 - der "baukonservatorischen Lösung" und der Neubauplanung - wurde trotz heftiger Meinungsverschiedenheiten am 5. Juni 1987 in einer Bundestagsdebatte mit 314 zu 44 Stimmen endgültig für die Fortsetzung der Neubaulösung mit einem kleineren Eingangsbauwerk und die Weiterführung der schon beschlossenen Umbaumaßnahmen entschieden - gegen den Widerstand des Landeskonservators und des Vertreters des Denkmalschutzes. Am gleichen Tag wurde auch die Entscheidung über die Sitzordnung getroffen: Eine knappe Mehrheit von 178 zu 175 Stimmen entschied in einer namentlichen Abstimmung zugunsten der kreisrunden, abgesenkten Lösung, hauptsächlich getragen von der SPD-Fraktion mit dem Abgeordneten Peter Conradi, der sich auch weiterhin nachdrücklich für den Neubau mit der runden Sitzordnung ausgesprochen hatte. Am 17. September wurde die bauaufsichtliche Zustimmung und denkmalrechtliche Erlaubnis zum Abbruch erteilt. Zugrunde gelegt wurde dem Beschluss ein vorausgegangenes, verfassungsrechtliches Gutachten von Jürgen Salzwedel, welches den Bauherren und Nutzern bestätigte, dass die Interessen des Bundes gegenüber denen des Landesdenkmalschutzrechtes Vorrang haben und machte damit den Weg zum Beginn der Abbrucharbeiten am 12. Oktober 1987 frei.



86 Neugestaltung der Bauten des Deutschen Bundestages in Bonn, Planungsstand Juni 1986: Perspektive der Anlage (Zeichnung Gerald Staib)

¹³⁰ Günter Behnisch: Planung für den Plenar- und Präsidialbereich des Deutschen Bundestages, in: Bauwelt 5/1987, S. 150; s. dazu auch: Günter Behnisch, zitiert nach Werner Strodthoff, in: Flagge; Stock: Architektur und Demokratie, a.a.O., S. 264 ¹³¹ Günter Behnisch: Planung für den Plenar- und Präsidialbereich des Deutschen Bundestages, in: Bauwelt 5/1987, S. 152

Neugestaltung des zentralen Bereiches der Bauten des Deutschen Bundestages in Bonn (Plenar- und Präsidialbereich) - Baubeschreibung (1983/87-1992)

Projektarchitekt und Projektpartner ab 1984: Gerald Staib

Projektarchitekt bis 1984: Claudio Novello

Weitere Projektarchitekten: Hubert Eilers, Matthias Burkart, Eberhard Pritzer, Arnold Erhardt, Alexander von

Salmuth, Ernst-Ulrich Tillmanns

Unter Mitwirkung von Christian Kandzia

Landschaft mit Hans Luz + Partner

Gegenstand der Baumaßnahmen waren nun im Herbst 1987 der Neubau des Plenarsaals und des Präsidialbereiches, das Eingangsbauwerk, Räume für den Besucherdienst, Lobby, Neubau des Restaurants mit Einrichtung einer neuen Küche und den dazu notwendigen baulichen Maßnahmen an der alten Bausubstanz sowie die Sanierung des Zwischenflügels der denkmalgeschützten Pädagogischen Akademie von 1930 mit den Fraktionsräumen. Die parallel zu den Baumaßnahmen durchgeführte Studie zur Optimierung der Wegeführung zwischen Plenarsaal und Eingang VI (Südflügel) im Juni 1987 (Behnisch & Partner), der Ideenwettbewerb zu Parlamentsvorzone im September 1988 und die weiteren Überlegungen zur Neuordnung des Südbereichs zwischen Plenarsaal und Neubauten an der Kurt-Schumacher-Straße im April 1990 wurden nicht weiterverfolgt.

Mit den Bauarbeiten wurde Anfang 1988, mit dem Rohbau im Juni 1988 begonnen. Auch jetzt ergaben sich weitere Änderungen der Planung, die in vier Nachträgen jeweils neu genehmigt werden mussten und jeweils wieder neue Architektenverträge zur Folge hatten: die Tieferlegung des Plenarsaals und Änderungen am Eingangsbauwerk (3. Nachtrag Mai 1988), Stabilisierungsmaßnahmen für den Altbau (4. Nachtrag Juli 1988), Ergänzungen am Restaurant, an den hinzugenommenen Räumen für den Präsidialbereich und die dazu notwendige Weiterführung der Wandelgänge in den Präsidialbereich (5. Nachtrag Oktober 1988), Mehrkosten (6. Nachtrag März 1990)¹³². Unter der seit November 1988 amtierenden Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth wurden ebenfalls die durch die deutsche Wiedervereinigung notwendig gewordenen etwa 150 zusätzlichen Parlamentssitze vorgesehen. Die Einweihung der Anlage war am 30. Oktober 1992, eine Nachbesserung der elektroakustischen Anlage wurde von November 1992 bis September 1993 vorgenommen.

Konzept

Schon 1972 war im städtebaulichen Wettbewerb die Erhaltung der natürlichen Freiräume und die Berücksichtigung der landschaftlichen Charakteristika von Behnisch vorgeschlagen worden: der Rhein im Übergang zum Kölner Becken, geprägt durch die Rheinterrassen mit der parkartigen Rheinaue und auf der gegenüberliegenden Seite durch die Ausläufer des Siebengebirges. Dazu kamen die 1972 vom Bauherrn formulierten Forderungen an die Bundesbauten, "das im Grundgesetz festgelegte Prinzip der Öffentlichkeit ihrer Plenarberatungen sichtbar" 133 zu machen, verbunden mit der Forderung nach einer "Signifikanz" ihrer Lage und Gestaltung, der die zentrale Bedeutung der Plenarsäle im Mittelpunkt der baulichen Anlage entsprechen sollte. Behnisch hatte diese Forderungen im ersten Bauwettbewerb 1973 verbunden mit einer Vorstellung von der geteilten bzw. gegliederten Macht der Staatsorgane und deren "verantwortungsbewusstem Gebrauch"¹³⁴, der das differenzierte Gebäudekonzept entsprechen sollte. Seit 1973 wurde in Anlehnung an das Konzept der Olympiaanlagen von München der Begriff der "Architekturlandschaft" 135 verwendet, der unabhängig vom Gebäudekonzept der baulichen Anlagen eine "gebäudelose Architektur" umschrieben hatte: Diese sollte ihre Signifikanz aus der inhaltlichen Übereinstimmung mit den in der Verfassung formulierten Zielen und aus der Charakteristik des Ortes beziehen, nicht aber aus materieller Dominanz und Baukörpermassen. Dem sollte die Symbolik der Transparenz des parlamentarischen Betriebs nach außen entsprechen - wie schon Hans Schwippert sie in seinem ursprünglichen Saal von 1949 realisiert hatte - und die auch schon 1973 verwendete Symbolik des Kreises und der runden Sitzordnung. Die Vorstellung von der Versammlung der Parlamentarier in der Rheinaue¹³⁶ war verbunden mit einem muldenartig vertieften Versammlungsort als Zentrum der Anlage, der nicht durch bauliche Maßnahmen, sondern durch die landschaftliche Charakteristik des Ortes und seine Funktion als Arbeitsstätte bestimmt sein sollte. Diese 1972 und 1973 entwickelten inhaltlichen Grundlagen des Entwurfs blieben bis 1992 erhalten.

Auch die architektonischen Grundkomponenten, bestehend aus dem Kontrast der wichtigen, raumbildenden "Landschaftselemente" bzw. "Orte in der Landschaft" innen und außen und den klimatisch und funktional notwendigen, raumbegrenzenden, minimierten Strukturformen, wurden schon 1973 formuliert und sollten unverändert gelten: Die Systeme der rationalen, praktisch-funktionalen Ordnung des Tragwerks und der Fassade erfüllen die Notwendigkeiten des Tragens, des Klimaschutzes und der Sicherheit. Sie sind gekennzeichnet durch ein klares, kühles und statisches Erscheinungsbild nach außen und einer zurückhaltenden Erscheinung im Inneren. Die einheitlichen Gestaltungsmerkmale werden erreicht durch minimierte Materialmenge und -vielfalt sowie durch wenige Farben: schwarzer Stahl, weiße konstruktive Teile und Glas. Weitere technisch notwendige Installationskanäle z.B. erhalten durch eine glänzend verspiegelte Verkleidung einen immateriellen Charakter.

¹³² S. dazu: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Deutscher Bundestag Bonn. Neubau des Plenar- und Präsidialbereiches, Bonn 1993

¹³³ Aus dem Wettbewerbsprogramm 1972, AB

¹³⁴ S. Erläuterungsbericht zum Bauwettbewerb Mai 1973, AB

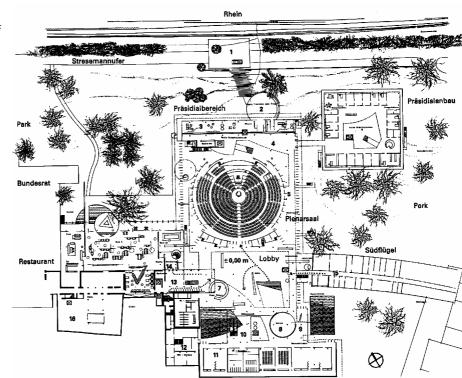
¹³⁵ A.a.O.

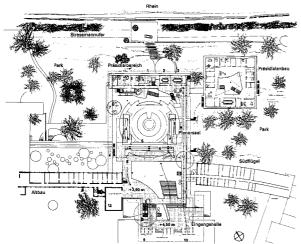
¹³⁶ Gedanken geäußert im Gespräch mit Heinrich Klotz, 1977, a.a.O.

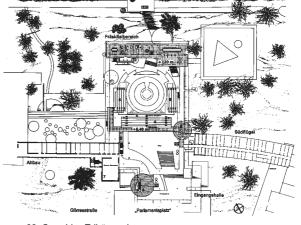
Plenar- und Präsidialbereich des Deutschen Bundestages 1992:

87 Grundriss Saalebene:

- 1 Vorfahrt Präsidialbereich
- 2 Empfangsterrasse
- 3 Sitzbereiche
- 4 Halle Präsidialbereich
- 5 Wandelgänge
- 6 Dolmetscher, Regie
- 7 Wissenschaftlicher Dienst
- 8 Lounge
- 9 Trennung Abgeordneten-/
- Besucherbereich
- 10 Wartebereich Besucher
- 11 Besucherdienst
- 12 WDR
- 13 Zugang aus dem Altbau
- 14 Zugang in das Restaurant
- 15 Zugang Fraktionsbereich
- 16 Küche





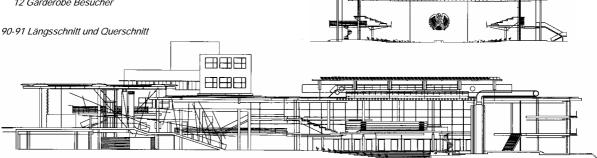


88 Grundriss Eingangsebene:

- 1 Präsident/Präsidentin
- 2 Empfangsraum
- 3 Sitzungsraum
- 4 Tribüne Besuche
- 5 Ehrengäste und Diplomaten
- 6 Presse
- 7 Rückzugsebene
- 8 Ausgang Besucher
- 9 Eingang Besucher
- 10 Eingang Abgeordnete
- 11 Zugang Präsidentin/Präsident
- 12 Garderobe Besucher



- 1 Speisesaal
- 2 Aufenthalt Presse
- 3 Zugang Besucher
- 4 Tribüne Besucher
- 5 Ehrengäste und Diplomaten
- 6 Presse
- 7 Ältestenrat
- 8 Ausstellungsebene



Die nichtrationalen, collage-ähnlichen Ordnungen bestimmen vorwiegend die Erscheinung im Innern. Farben, Formen, Material und individuelle Gestaltungsvielfalt variieren, so dass Bereiche unterschiedlicher Qualität entstehen. Die frei platzierten Elemente oder "Orte" kennzeichnen den Raum, nehmen Beziehung zum Außenraum auf, dessen Naturelemente ebenfalls als Bestandteile dieser Ordnung verstanden werden und über das Trennende der Fassade hinweg die Aufhebung von innen und außen unterstützen und den Raum weiten sollen. Dazu gehören u.a. die Besucherebene, die das Kreisthema aufnehmenden Inseln der Ausstellungsebene im Eingangsbauwerk, dem Presseaufenthaltsbereich auf der Tribünenebene, der Lounge auf der Saalebene und der Rückzugsebene im hinteren Foyer zum Präsidialbereich, die teilweise die Außenfassade durchdringen bzw. von den Stützen der Grundstruktur durchdrungen werden.

Die dynamischen Komponenten von Licht und Bewegung wirken als drittes System entscheidend im Zusammenhang mit den oben verwendeten Materialien, Farben und Formen, verstärken oder schwächen deren Wirkung und lassen ein dynamisches, sich ständig veränderndes Gefüge entstehen. Die zeitlich variierenden unterschiedlichen Lichtstimmungen steigern die Raumwirkungen und die Dynamik der Bewegung. Deren Bedeutung im Gebäude wird außerdem durch die entsprechend ihrer Funktion und ihrem Ort unterschiedlichen Geländer betont, die zusammen mit Treppen und Bodenübergängen als Orientierungs- und Führungslinien dienen und Grenzen bestimmen. Der schon in früheren Bauten häufig verwendete Gegensatz einer einfachen Grundstruktur mit den vielfältig gestalteten Orten und der zeitlich veränderlichen Lichtwirkungen ist in diesem Gebäude besonders ausgeprägt und vor allem durch eine Vielzahl unterschiedlicher, kontrapunktisch eingesetzter architektonischer Mittel unterstrichen: Gegensätzliche Stimmungen von hart und weich, kalt und warm, ruhig und aufgeregt, sinnliche Bearbeitung und Verfremdung von Material sowie immaterielle Wirkungen wechseln sich ab oder verschwimmen.

Die gebäudekonzeptionelle Ausformung hatte sich - mit Ausnahme des seit 1973 bestehenden Plenarsaalrunds und der Sitzordnung - wie beschrieben schrittweise seit 1983 entwickelt. Ab 1986 konnte durch die Einbeziehung des Präsidialbereichs in die Baumaßnahmen auch die Durchlässigkeit vom Parlamentsplatz bis zur Rheinaue umgesetzt werden.

Die entwickelte Gliederung in die Bereiche Parlamentsplatz mit Eingangsgebäude, Plenarsaal mit Lobby und Wandelgängen, Restaurant mit Terrasse, Präsidialbereich und Vizepräsidentenanbau spiegelt sich auch im konstruktiven Aufbau wieder. Die innere Organisation ist ebenfalls gegenüber dem Entwurf vom Juni 1986 fast unverändert: Die Besuchersäle sind nun aufgrund des geforderten kleineren Eingangsbauwerks nicht mehr im Obergeschoss, sondern unter dem Eingang auf der Saalebene untergebracht, wo sich ebenfalls das Restaurant aufgrund der nachträglichen Ergänzungswünsche neu organisiert - und ein Schnellrestaurant unter dem Akademiegebäude befinden. Entsprechend dem Konzept der "Orte in der Landschaft" sind einzelne Bereiche deutlich differenzierter ausgeformt und individueller ausgeprägt, gegenüber den vorwiegend orthogonal bestimmten Grundrissen vom Juni 1986: Ebenen und Galerien haben weichere und geschwungene Konturen, Treppen sind schräg gestellt - vor allem im Präsidialbereich -, geometrische Kreiselemente prägen Orte unterschiedlicher Funktion für Presse, Ausstellungen und als Rückzugsinseln, Wasserflächen im Bereich des Eingangs durchdringen Innen- und Außenraum. Dazu ist der Plenarsaal stärker freigestellt.

Die stufenweise Entwicklung und Beauftragung des Projektes und seine Beziehung zum alten Saal ist an der fertigen Anlage ablesbar, entspricht aber gleichzeitig der prozesshaften Arbeitsweise des Büros. Als Ergebnis ist ein Gefüge mit den Besonderheiten der zeitlich aufeinanderfolgend geplanten Bereiche entstanden, welches die Spuren der unterschiedlichen Beteiligten, die Konsequenzen aus politischen Entscheidungen, die aus der ständigen Überprüfung des Gebauten sich ergebenden Änderungen und Ergänzungen aber auch bewusste formale Entscheidungen mit Hilfe des architektonischen Mittels der Collage zu einem Ganzen vereint. Die wichtigsten Bestandteile der Collage und, soweit nachvollziehbar, auch deren Entstehungshintergrund sind in der Gebäudebeschreibung aufgeführt.

Konstruktive Grundstruktur

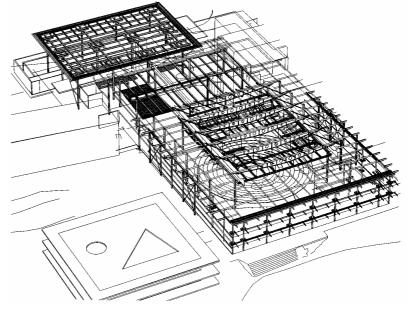
Grundlegend für die Entwicklung des Tragwerks ist entsprechend der Grundidee dessen untergeordnete Bedeutung, die über die Minimierung von Material, Form und zurückhaltenden Farben erreicht wird, so dass das Tragwerk gegenüber allen übrigen Bestandteilen möglichst zurückhaltend bleibt. Entsprechend der Baukörpergliederung besteht das Gebäude aus voneinander statisch unabhängigen, orthogonalen Konstruktionsstrukturen: Der Plenarsaal und der Präsidialbereich, der Präsidialanbau, das Restaurant und das Eingangsgebäude sind konstruktiv voneinander getrennt. Das Dach des Eingangsbauwerkes ist zum Plenar- und Präsidialbereich höhenversetzt. Der Plenarsaal und der Präsidialbereich wirken als einheitlicher Baukörper mit gemeinsamem Dach. Dessen Dachtragwerk mit einer Gesamtfläche von 6300qm besteht aus einem Stahl-Trägerrost mit einer Höhe von 45cm und einem Achsmaß von 3,00m bzw. 3,60m, welches von geschweißten, H-förmigen Stützen bzw. Rundstützen im Präsidialbereich getragen wird. Die Stützweiten sind unterschiedlich: 6,00m im Präsidialbereich, 7,20m in den Wandelgängen und 12,00m im Eingangs- und Foyerbereich. Eine wichtige Voraussetzung für diese schlanke Konstruktion und die Optik der "unbehandelten" Stahlstützen ist die Verringerung der Brandschutzbestimmungen von F90 auf F30, die nach umfangreichen Überprüfungen und langen Verhandlungen mit der genehmigenden Behörde erreicht werden konnten. Die Stahlstützen sind mit Beton ausgegossen und mit einem speziellen, mehrfach aufgetragenen und geschliffenen Schutzanstrich versehen. Die Dachdeckung besteht aus Trapezblech mit einer aufgebrachten Stahlbetonplatte, Dämmung und Gitterrostbahnen im Randbereich. Über dem stützenfreien Plenarsaal ist der Rost an der weitgespannten Trägerkonstruktion des darüber befindlichen Lichtdaches aufgehängt. Für die Aussteifung sorgen diagonal gespannte Edelstahlseile. Das Stützenraster ist im Bereich der großen Treppe unterbrochen und durch einen schmalen, hohen Abfangträger ersetzt, weil eine Stütze in der Lauflinie zum Plenarsaaleingang gestört hätte. Die zwei Untergeschosse sind mit der 80 cm dicken, fugenlosen Bodenplatte als wasserdichte Stahlbetonwanne ausgebildet, um den Hochwasser- und Auftriebsschutz sowie die Aussteifung zu gewährleisten.

Die feingliedrige, elegant dunkel-anthrazitfarbene Konstruktion ist an verschiedenen Stellen, hauptsächlich im Außenbereich sichtbar und nachvollziehbar: Der Trägerrost ist als Deckenuntersicht des weit auskragenden Vordaches am Eingangsbauwerk ganz freigelegt. Die außenstehenden Stützen und auskragenden I-Profile des Trägerrostes, bei denen zu den Rändern hin durch Abschneiden des unteren und oberen Flansches nur noch der Steg sichtbar ist, verdeutlichen die klare Konstruktion auf den ersten Blick.

Im Innern treten die konstruktiven Elemente weitgehend nicht in Erscheinung. Die Deckenuntersicht wurde in dem höhenversetzten Eingangsgebäude mit Streckmetallelementen verkleidet. Die übrigen Decken bestehen - mit Ausnahme des Bereiches unter dem Lichtdach, auch über den eingestellten Bürotrakt des Präsidialbereiches hinweg bis zur Fassade an der Rheinseite - aus einheitlich gelochten Metallpaneelen, die vor Ort lackiert wurden. Die matt-silbrige Oberfläche mit der ruhigen, "entmaterialisierenden" Wirkung reflektiert Licht und Umgebungskonturen und verstärkt die Idee des Landschaftskonzeptes sowie die fließende Beziehung zwischen Innen- und Außenlandschaft. Die mögliche strukturierende Wirkung der Stützen (und aller mit der Tragstruktur und Klimahülle zusammenhängenden Elementen), wie u.a. in der Lobby und im Bereich der seitlichen Verbindungsstege und Wandelgänge, ist durch weitere Maßnahmen verhindert: Die senkrechten Elemente, so die Installationsschächte und die Stützen der eingestellten Konstruktionen, haben durch eine entsprechende Oberflächenbehandlung einen dem perfekten, schlichten Tragwerk entgegenwirkenden, immateriellen Charakter. Farbanstriche - wie schon in früheren Bauten unvollendet erscheinend -, reflektierende Materialien und besonders die dicken, glänzend verspiegelten senkrechten Säulen der Installationen verdeutlichen diese Absicht. Die Konstruktionen für die Presseund Ausstellungsplattform, die Tribünen, der Verbindungsstege und der Büros im Präsidialbereich sind eingestellt.



92 Eingangsgebäude mit weit auskragendem Vordach und sichtbarer Konstruktion



93 Isometrie des Tragwerks

Fassade.

Auch die Detaillierung der Fassade unterstreicht das in alle konstruktiven und technischen Bereiche hinein wirkende Konzept der Architekturlandschaft. Die große Bedeutung der Fassadengestaltung bezieht sich zum einen auf die Außenwirkung des Gebäudes in der Landschaft, aber auch auf den Anspruch an die Transparenz von Innen- und von Außenraum: Beachtung des Ortes, Symbol für die Aufgabe, dem Idealbild des Architekten von einem demokratischen System, mit dem zentralen Bild von der Versammlung der Parlamentarier in der Rheinaue. Diese Idee bestimmt trotz der strengen Sicherheitsbestimmungen an das Gebäude die Konzeption der Fassade.

Um das Grundkonzept einer möglichst engen und übergangslosen Verbindung von Landschaft und Versammlungsort herzustellen, ist die technische Fassade weitgehend schichtweise differenziert und im Material minimiert: Die äußere Schicht besteht aus gliedernden und strukturierenden horizontalen Sonnenschutzelementen als feststehender, abschattender Sonnenschutz aus Metall und Rankhilfen aus unbehandeltem Holz sowie Fluchtstegen und -treppen, die dem Äußeren eine zurückhaltende, technisch-elegante Erscheinung verleihen. Die Jalousien der vertikalen Schicht gliedern die Fassade durch die horizontalen Lamellen. Die äußere Schicht des Präsidialbereiches an der Rheinseite und der vier Seiten des zweigeschossigen Präsidialnbaus sind durch die Auskragungen der Konstruktion bzw. ebenfalls durch feststehende, horizontale Metallgitter gegliedert, in der Vertikalen sind ebenfalls Lamellenjalousien als Sonnenschutz montiert. Die umlaufenden Fluchtbalkone aus Betonplatten

sind auf auskragenden Stahlschwertern gelagert, mit Metallrosten abgedeckt und haben Brüstungen aus dünnen Rundrohren und Spannseilen.

Die zweite Schicht ist eine als Klimahülle wirksame aufgehängte Glasfassade, ausgestattet mit Öffnungselementen und unterschiedlichen Sicherheitsgläsern verschiedener Klassen im Brüstungs- bzw. oberen Fassadenbereich sowie je nach Nutzungsbereich. Die kaum mehr feiner zu konstruierenden Profile und großen Scheiben gewährleisten eine größtmögliche Transparenz. Aufgrund der hohen Sicherheitsanforderungen sind unterschiedlich starke Gläser verwendet. Durch die Wahl eines eisenoxidarmen Weißglases wird eine aufgrund der dicken Glasstärken störende Grünfärbung vermieden, welche auch das Tageslichtkonzept des Saales beeinträchtigt hätte. Entsprechend den Anforderungen an das Glas sorgt eine speziell entwickelte Pfosten-Riegel-Konstruktion mit Fensterprofilen aus besonders leistungsfähigem, stranggepresstem, mehrfach gezogenem Stahl dafür, trotz der Scheibengröße und -stärke ein filigranes Fassadenbild zu erreichen. Die Oberflächenbehandlung der schwarzen, feinen Profile und Abdeckleisten aus Aluminium ist entsprechend der Bearbeitung der Stützen der konstruktiven Grundstruktur ausgeführt und verdeutlicht die Zusammengehörigkeit der Elemente der minimierten Tragund Klimaschicht mit einem eleganten, klaren und auch kühlen äußeren Erscheinungsbild. Die Lasten aus dieser Schicht werden in der inneren, tragenden Schicht aufgenommen, ablesbar in weiße, horizontale und vertikale Lastsammler differenziert, die an dem Trägerrost aufgehängt und an die Außenstützen angeschlossen sind. Die Fassade wird beheizt durch im Boden befindliche Kollektoren, in den oberen Fassadenbereichen durch senkrechte Heizrohre und horizontale Aluminium-Rippenrohre.

Eine weitere Schicht hat als zusätzliche Innenfassade die Aufgabe, Sonneneinstrahlung sowie Lichteinfall zu regulieren, die hart wirkende Vorhangfassade von innen zu proportionieren, Bereiche abzuteilen, Ausblicke zu erlauben und Einblicke zu verhindern. Die Präsidialbereiche an der Rheinseite und die Büroräume des Anbaus sind dazu mit vielfältig zu verändernden Elementen aus unterschiedlichen Materialien ausgestattet: transluzente, japanisch anmutende Kirschholz-Schiebeelemente mit Scobalit-Füllung und Raffrollos aus Stoff, deren Deckenanschluss hinter horizontalen Lamellen versteckt ist. Auch in anderen Bereichen dienen Textilien, Schiebeelemente, Rollos aus unterschiedlichen Materialien, Holzgitter und Lamellen als Sichtschutz und Begrenzung, die mit dem weit einfallenden Licht sich ständig verändernde Licht- und Schatteneffekte mit fast ornamentalen Strukturen und Mustern als eine zusätzliche, nicht-materielle Schicht hinzufügen.





94-95 Gesamtanlage in der Rheinaue: Blick vom "Langen Eugen" und transparenter Einblick in den Saal von der Nordwestseite

Unter "Fassade" werden hier nicht nur deren materielle Bestandteile und die immateriellen Wirkungen, sondern ebenso die tief in das Gebäude oder in den Außenraum greifenden Übergangszonen verstanden, die dazu dienen sollen, eine intensive Verknüpfung von innen und außen über die Glasscheibe hinweg zu schaffen: Mit der Akzentuierung von Bäumen durch ihre Beleuchtung im Dunkeln sollen diese als Bestandteile des Innenraums wahrnehmbar und umgekehrt farblich und formal betonte Innenelemente wie u.a. Wände und Treppen auch außen sichtbar sein. Licht und Farbe werden zur Verwischung der Innen-Außen-Grenzen eingesetzt. Das Zusammenwirken dieser differenzierten Bestandteile der Fassade mit Innen- und Außenelementen - den von Behnisch so bezeichneten "Individuen in der Landschaft" - erzeugt neben der materiellen und funktionalen Auflösung der verschiedenen Fassadenfunktionen ebenso in Abhängigkeit von zeitlich wechselndem Lichteinfall und im Zusammenwirken mit Oberflächen, künstlichem Licht und Farbe unterschiedliche Lichtstimmungen, Schatten, Spiegelungen und Reflexe. Die Auflösung in Linien, Flächen, Muster und Reflexionen als eine zusätzliche "immaterielle Schicht" überlagert die unterschiedlichen Materialien und Bestandteile der Fassade und lässt die Übergänge von der harten, linienartigen, orthogonalen Grundstruktur zum immateriellen Schatten verschwimmen.

Behnisch selbst beschrieb diese bewusst erzeugten Wirkungen als "poetisch wirkende, beiläufige Erscheinungen", die auch hier die technisch notwendigen Elemente von Konstruktion und Fassade überspielen sollten: "Aus den zunächst einzeln bedachten und separat gefertigten Dingen wird eine neue Welt geschaffen, eine Welt,

die nicht mehr aus nebeneinander bestehenden, spezialisierten Einzelnen zu sein scheint, eher umfasst sie alle und alles und berührt uns in allen Bereichen der Wirklichkeit. Wasserflächen spiegeln das Licht und die Stimmung des Himmels auch in die Tiefe der Räume. Alle Bereiche werden davon berührt. Tages- und Jahreszeiten, Licht und Schatten gehören zu dieser neuen Welt. Hin und wieder lösen die Gegenstände sich auf unter dem Spiel von Licht, Schatten und Farben. Dinge, die gelöst werden von ihren praktischen Aufgaben - und sei dies nur scheinbar - knüpfen und zeigen ein neues Netz von Beziehungen."¹³⁷

Schon Egon Eiermann hatte solche gestaffelten, tiefen Fassaden entwickelt, insbesondere für die Bauten der Weltausstellung in Brüssel 1958 mit Sep Ruf, für sein eigenes Haus in Baden-Baden und für die Deutsche Botschaft in Washington 1964. Die im Zusammenhang mit anderen Bauten schon mehrfach erwähnten Bezüge und geistige Verwandtschaft zu Egon Eiermann sind bei den Fassaden in Bonn, besonders am Präsidialbereich und anbau an der Rheinseite deutlich. Behnisch selbst erwähnte diese Vorbilder, wobei ihn besonders die Fassaden der Deutsche Botschaft beeindruckten. (s. Zitat von 1978 in: Kap. "Verbindungen zu Egon Eiermann", 3.6., Werkphase 3) Für deren zweischichtige Fassade wurde ein feines Stahlgestänge vor die Umläufe aus Gitterrosten geblendet, im Bereich des Vortragssaals sind Sonnengitter aus Holz angebracht, innen ergänzt durch Vorhänge (vgl. Präsidialanbau). Auch die räumliche Nähe zu Egon Eiermanns Abgeordneten-Hochhaus und Sep Rufs Kanzlerbungalow legen diese Vorbilder nahe. Aber ebenso findet sich eine Ähnlichkeit zu der kühlen, technische Leistungsfähigkeit und Präzision zeigenden Formensprache der Architektur Mies van der Rohes, die wohl ebenfalls beim Entwurf von Tragwerk und Fassade bedeutsam waren.

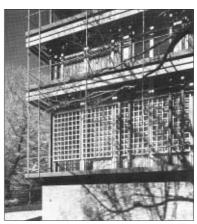






96-98 Plenarsaal in Bonn: Nordwestfassade, Südostfassade mit Übergang zum Präsidialbau, Fassade des Präsidialbaus an der Rheinseite





99-100 Deutsche Botschaft in Washington 1958-1964, Egon Eiermann: Ostecke, Südecke mit außen befestigten Holzgittern vor dem Vortragssaal

Eingangsbauwerk und Foyer

Beim Annähern an das Gebäude fällt zunächst der für ein Haus dieser Funktion und Bedeutung relativ kleine Vorplatz mit den gegenüberliegenden Wohnhäusern an der Görresstraße auf. Der ursprünglich größer geplante Parlamentsplatz wurde nicht in der vorgesehenen Form realisiert, sondern der Bereich zwischen dem Eingangsbauwerk und den Einfamilienhäusern, von der FDP-Fraktion genutzt und ursprünglich zum Abriss vorgesehen, hat den Charakter einer provisorischen Parlamentsvorzone. Der Belag - zunächst als glatte Betonfläche geplant - ist grob kugelgestrahlt, um die Zuschlagstoffe an der Oberfläche sichtbar zu machen. Das aus den verbleibenden Restflächen des schlangenlinienförmigen Bearbeitungsvorgangs zunächst zufällig entstandene, blattartige Muster wurde spontan belassen. Der kugelgestrahlte Betonboden zieht sich bis in die obere Ebene des Eingangsbereiches hinein, ebenso wie das zwischen Eingangsgebäude und Akademie liegende und scheinbar durch die Glasfassade übergangslos nach innen greifende Wasserbecken im Untergeschoss die Übergänge zu ignorieren scheint.

Das in Material und Größe sehr zurückhaltend wirkende Eingangsgebäude ist gekennzeichnet durch sein weit auskragendes, nur noch als dünne Kante erscheinendes schwarzes Vordach. Der hier sichtbare Dachrost ruht auf schlanken, außenstehenden Stützen, über denen sich jeweils ein Oberlicht befindet. Trotz der Stützen scheint die

¹³⁷ Günter Behnisch: Der lange Weg zum neuen Plenarsaal, Manuskript, AB; veröffentlicht in: Behnisch & Partner (Hrsg.): Deutscher Bundestag – Neuer Plenarbereich: Acht Fotographen sehen den neuen Plenarbereich des Deutschen Bundestags in Bonn, Heidelberg 1996

schwarze "Platte" über dem darunter liegenden, zweischichtigen Glasbau zu schweben, der durch die horizontal durchlaufenden, transparenten Glaslamellen und den gleichmäßigen Rhythmus der darunter liegenden, wiederum schwarzen Zugangstüren gekennzeichnet ist. Die oberhalb der äußeren Türfront des Windfangs aufgehängte, feststehende Glaslamellenkonstruktion aus Verbundsicherheitsglas dient als gestalterisches Element, um ein kastenartig wirkendes Erscheinungsbild von Windfang und Pförtnerlogen zu vermeiden, sowie als Sonnenschutz gegen die tiefstehende Sonne. Sie gliedert zusätzlich die horizontal ausgerichtete Fassade, akzentuiert durch eine einzelne blaue unter sonst farblos-transparenten Lamellen. Die tragende Schicht der Fassade ist an dem Deckenträgerrost aufgehängt und nur noch als feines weißes System aus Zug- und Druckstäben oberhalb der Eingänge wahrnehmbar.

Der Eingangsbau ist als Kopfgebäude zwischen die versetzt zueinander stehenden Teile der Pädagogischen Akademie im Norden (Martin Witte) und des südlichen Flügels (Hans Schwippert) eingefügt, ist deshalb in der anderen Achse zum Foyer und zum Plenarsaal ebenfalls versetzt. Aus diesem Hintergrund erklärt sich auch die Anordnung der schräg gestellten Treppe und des bogenförmig geschwungenen Grundrisses der in die Lobby hineingreifenden Besucherebene. Ursprünglich war die Eingangshalle als Teil des offenen Parlamentsplatzes geplant, an dem Abgeordnete und Besucher zusammentreffen. Aus Sicherheitsüberlegungen erfolgt die Trennung von Besuchern und Parlamentariern nun direkt vor dem Gebäude: An der rechten Seite befindet sich der Eingang für die Abgeordneten, links der Besucherdienst und der Zugang für die Besucher mit Sicherheitsschleusen, dazwischen die Pförtnerlogen mit einer durchschusshemmenden Sicherheitsverglasung der Klasse C.

Die Besucher werden unter der als rundes Element eingestellten und nach außen durch die Fassade geschobenen Ausstellungsebene hindurch in das Gebäude geführt. Schon bei Betreten der oberen Eingangsniveaus eröffnet die transparente Gestaltung der verschiedenen Ebenen und die entsprechend des Geländeverlaufs aufgenommene terrassenartige Anordnung einen Überblick über fast die gesamte Anlage, bis hinein in den Plenarsaal und zur Rheinaue. Die durchlässige Struktur unterstützt neben der Verbindung der verschiedenen Bereiche auch die Außen-Innen-Übergänge. Schon hier wird der deutliche Gegensatz zwischen der kühl-eleganten und zurückhaltenden Präsentation des Hauses nach außen und der Vielfalt an Farben, Formen und Materialien im Inneren deutlich. Die Ordnung im Innern bewahrt der klare, orthogonale Grundriss, aufgelockert durch einfache, geometrische, vor allem kreisförmige Ebenen, die teilweise auch nach außen dringen.

Entsprechend der terrassenartigen Anordnung der Ebenen im Gebäude führen beide Wege zunächst hinunter auf eine geschwungene Zwischenebene, die etwas tiefer als die Eingangshalle auf dem Niveau der unteren Ränge der Besuchertribüne liegt. Die Besucher gelangen von der geschwungenen Besucherebene links über eine Treppe hinauf auf die Zuschauertribüne oder hinunter zu den Bereichen des Besucherdienstes mit den Vortragsräumen, Garderoben und WC. Der Ausgang führt über das untere Tribünenniveau zurück auf die geschwungene Zwischenebene. Die Parlamentarier werden entweder rechts über einen Steg auf dem gleichen Niveau entlang der südlichen Außenfassade zum Präsidialbereich oder in der Mitte hinab über die schräg zum Zentrum gerichtete breite Treppe in die zweigeschossige Lobby geführt. Schon in den ersten Planungen zum Umbau des alten Plenarsaals 1983 befanden sich die unteren Tribünenränge auf dem Niveau der Parlamentsvorzone. Ebenso waren hier schon die Ideen des auf dem Eingangsniveau in den Präsidialbereich geführten Stegs und der großen zentralen Treppe vorhanden und die umlaufenden Wandelgänge angedeutet (s. Planungen 1983/84).

Die architektonischen Elemente unterstützen das Thema der Bewegung in diesem Bereich, das schon durch die zueinander versetzten Baukörper vorgegeben ist: Der diagonale Weg durch die Eingangsbereiche und die Lobby wird betont durch die diagonal gerichtete Haupttreppe und die darüber schwebende, von der Decke abgehängte gelbe "Lichtlinie". Der naturbraune Teppich, ursprünglich ein Sisalteppich zur Abdeckung der scharfkantigen Treppenstufen, ist ebenfalls vom Eingang aus schräg in Richtung Plenarsaalzugang über die Treppe gelegt. Weitere Führungselemente sind die schiefwinklig zur Treppenkante verlaufenden schrägen Geländer aus Holzplanken und rechtwinklig geschnittene Brüstungen aus Glas. Auch im übrigen Bereich hat die Gestaltung der Geländer und Brüstungen in dem sonst hauptsächlich durch die schmalen vertikalen, technischen Elemente und die horizontalen Deckenflächen ohne Randbegrenzung bestimmten Raum eine besondere Bedeutung. Sie dienen als Orientierungs- und Bewegungslinien (entlang dem Präsidentensteg), als Umlenkungen (bei der großen Treppe zum Foyer), formulieren Orte (Besucherebene, Ausstellungsebene), überspielen "Schwachstellen", bilden Raumkanten und Abgrenzungen (Besucherebene). Die Detaillierung dieser Bereiche ist sorgfältig ausgeführt: Auffällig ist - wie schon in der Bibliothek in Eichstätt und im Postmuseum in Frankfurt - die Verwendung hauptsächlich von feinen Stäben, Seilen, schmalen Streifen und Lochblechen bei deren Gestaltung sowie auch die unterschiedliche, aber dezente Farbgebung. Die Materialminimierung und Auflösung in Linien und transparente Strukturen soll auch hier eine Durchsichtigkeit erzeugen, die, wie schon bei o.g. Gebäuden beschrieben, auf eine materielle Auflösung hinweist: Der dicke Installationskanal ist verspiegelt, der Aufzug in linienartige Elemente aufgelöst.

Die geschwungene Ebene wird umspielt von einem aus pastellfarbenen Stangen und Stäben zusammengehaltenen "Mikadogeländer" sowie von farbig-transparenten, scheinbar schwebenden Streifen aus gefärbtem Glas in Violett, Blau, Rot und Gelb, die Lichtreflexe über Boden und Wände wandern lassen. Diese streifen- und linienartigen Elemente greifen entlang der Besucherebene bis in den Luftraum der Lobby. Das aus einzelnen, schrittweise gekippten, hochglänzend verspiegelten und polierten Blechen zusammengesetzte Brüstungsband unterstützt diese Wirkung. Dieser Empfangspunkt für die Besucher kennzeichnet einen besonderen Ort im Gesamtgefüge, setzt Akzente in dem großen, zunächst nur durch die orthogonale Ordnung bestimmten Raum und be-

gleitet den diagonalen Weg in die Lobby. Die Entscheidung über die Notwendigkeit dieser Gestaltungsmaßnahme entstand ebenfalls während des Bauvorgangs durch die Überprüfung direkt an der Baustelle und wurde von der Gruppe um Eberhard Pritzer entwickelt.



101-102 Eingangsbauwerk: Obere Ebene der Eingangshalle von der Ausstellungsplattform aus betrachtet



103-104 Besucherebene und Lobby mit Hauptzugangstreppe und Theke des wissenschaftliches Dienstes

Die im Innern funktional notwendige Trennung der Bereiche und Wege ist optisch aufgehoben: Die transparente Struktur erlaubt Blickbeziehungen. Der Bodenbelag des Parlamentsplatzes aus Beton zieht sich durch das Eingangsgebäude bis zur Treppe hinunter, mit immer feineren Abstufungen der kugelgestrahlten Oberfläche. Auf dem Niveau des Eingangs sind zwei große, mit unterschiedlichen Steinen und farbigen Mosaiken ausgestattete Steinplatten eingelassen, die ursprünglich als Bodenbelag vorgesehen waren aber aufgrund ihres Gewichtes und des fortgeschrittenen Bauablaufs nicht mehr eingebracht werden konnten. Die einheitliche Deckenuntersicht des Eingangsbaus ist mit lichtdurchlässigen Streckmetallelementen verkleidet, hinter denen abstrahlende Lichtleisten in "freier" Ordnung montiert sind, die teilweise die Fassade durchstoßen und bis nach außen unter das weit auskragende Vordach greifen. Auch hier wurde die Anordnung der bereits geradlinig eingebauten Leuchtstoffröhren nachträglich verändert, einschließlich der neu zu verlegenden Anschlüsse. Weitere Belichtungselemente sind die Strahler an den Stützen der Eingangshalle, die Lichtflecken auf dem Boden erzeugen. Indirekte Strahler werfen Lichtstreifen auf die Decke und heben den groben Charakter des Streckmetalls hervor. Der Übergang zur tiefer liegenden, reflektierenden Metallpaneeldecke der Lobby ist mit einem Oberlichtband geschlossen.





105-106 Blick von der oberen Eingangsebene hinunter in die Lobby:

links: Verspiegelte Brüstung der Besucherebene vor der Schmalseite des Altbaus mit Zugang zum Restaurant rechts: Streckmetalldecke, Lichtleisten und Lichtlinie der oberen Eingangsebene und Blick auf die rückseitige Wand des Plenarsaals

Lobby und Wandelgänge

Die große Vielfalt von Elementen, Farben, Materialien und Bewegung im Eingangsbereich wirkt bis in die Lobby hinein, die in ihrem Material- und Formencharakter deutlich zurückhaltender gestaltet ist. Auch hier wird der Raum vorwiegend durch lineare Elemente bestimmt. Selbst die in die Lobby hineingeschobene Schmalseite des Baukörpers der Pädagogischen Akademie bzw. des Restaurantflügels ist teilweise aufgelöst. Unter dem Eingangsbauwerk befindet sich die große Theke des wissenschaftlichen Dienstes, gestaltet von Martina Nadansky, welche mit ihrer Rundform ebenfalls das Thema Kreis aufnimmt. Mit Ausnahme der geschlossenen Dolmetscher- und Regiekabinen sind auch die Verbindungen in den Plenarsaal hinein durchlässig. Auf der Galerie an der Tribünenrückseite zur Lobby, oberhalb rechts und links des Zugangs verdecken vier verschiebbare Holzgitter die unter den geradlinigen Tribünenabschluss greifenden Rundungen der Saalfassade, die unschöne dreieckige Restflächen ergeben.

Die zentrale untere Ebene der Lobby, auf dem Niveau des Plenarsaals auf der mittleren Rheinterrasse gelegen, ist Ausgangs- bzw. Knotenpunkt für verschiedene Funktionen und Wege: für die Zugänge zum Fraktionsbereich im Südflügel, zum Besucherdienst unter dem Eingangsgebäude, zum Restaurant als Bindeglied zum Akademiegebäude mit den Räumlichkeiten des Bundesrates, zum Plenarsaal, zu den Wandelgängen und zu den Präsidialbereichen. Das Akademiegebäude schiebt sich in die neuen Gebäudeteile, eine Schmalseite des alten wirkt körperhaft in die Lobby hinein und die Nutzungen greifen ineinander. Der Südflügel ist dagegen deutlich durch eine verglaste Fuge mit Erschließungselementen vom Neubau abgesetzt und mit einem gewölbten Dach nach oben abgeschlossen.

Der Plenarsaal ist allseitig umgeben von den Wandelgängen und kleineren Hallen, wie z.B. der Halle zum Präsidialbereich, in denen als Übergangsbereiche zum Außenraum besonders der Gedanke des fließenden Raums durch die Verbindung von Innen- und Außenelementen wahrnehmbar ist. Verschieden gestaltete Sitz- und Rückzugsbereiche schaffen Orte unterschiedlicher Qualität. Sie unterscheiden sich durch ihre Möblierung, die Plattformen auch durch die unterschiedlichen Geländer und Brüstungen. Die große runde Plattform für die Presse mit einer Brüstung aus Lochblech scheint an der rechten Seite über dem Steg zum Präsidialbereich zu schweben. Sie liegt auf dem Niveau der oberen Tribünenränge und greift ebenfalls in den Außenraum, in den Südflügel und in den Plenarbereich hinein.

Auffälligstes Element im hinteren Bereich ist die sogenannte "Vogelnesttreppe", welche die Verbindung der Amtsräume der Präsidentin mit der höher gelegenen Speisesaalebene markiert. Das Gebilde aus schraubenlos zusammengefügten Ahornstäben und -leisten entstand aus der Notwendigkeit, den später hinzu gekommenen Präsidialbereich in die bereits fortgeschrittene Planung des Plenarbereichs einzufügen und den Übergang zu akzentuieren. Zudem entspricht die Treppe als Metapher für das Geäst der außenstehenden Bäume der Konzeption als gebäudeloser Versammlungsort. Insbesondere an diesem Planungsbestandteil wird die prozessartige Arbeitsweise des Büros deutlich bzw. kommt ihr entgegen: Die Treppe wurde am Modell, dann am Ort selber von Armin Kammer entwickelt und zusammengefügt. Durch ein ständiges Überprüfen der Lösung am Modell und wechselweise am Ort wurden Probleme und Schwachpunkte sichtbar und konnten dann mit Hilfe weiterer Modelle gelöst werden.

Die runde Rückzugsplattform an der anderen Seite mit der Brüstung aus feinen, dicht angeordneten Metallstäben und einem balkonartigen Austritt mit Blick auf den Restaurantgarten auf der Ebene der unteren Tribüne ist über eine Wendeltreppe zu erreichen und ist ausgestattet mit ausladenden, auffällig gemusterten Armlehnsesseln (Modell 400 Zebra Lounge Chair) von Alvar Aalto. Darunter befindet sich eine Sitzgruppe mit runden, roten und schwarzen Bibendum-Ledersesseln und Chrom-Glas-Tischen E.1027 von Eileen Gray. Weitere Orte werden durch ihre besondere Möblierung und durch verschiedene, überwiegend von den Architekten gestaltete Teppiche eingerichtet. Einige Beispiele für das Möbelkonzept von Bettina Maier: Auf der oberen Eingangsebene rechts des Zugangs zum Präsidialbereich sowie auf der Saalebene im Bereich der Haupttreppe stehen u.a. schwarze Ledersitzmöbel von Le Corbusier (LC2, LC3). Neben der Wasserfläche auf der Saalebene hinter der Theke des wissenschaftlichen Dienstes und an der Grenze zum Besucherdienst ergänzen lindgrüne und dunkelblaue, durch ihre gitterförmige Sitzschale transparent wirkende Sessel von Harry Bertoia (Diamond Chair) die wellenförmig geschwungene Holzbrüstung. Vor der blauen Wand des Restaurants und der Reihe von Spiegelsäulen stehen weitere Armlehnsessel von Alvar Aalto (Modell 41 Paimio Chair). Im linken hinteren Bereich der Lobby unterhalb des Bildes von Sam Francis ist u.a. die Sitzskulptur Woush von Zaha Hadid platziert. Daneben wurden weitere Klassiker u.a. von Marcel Breuer, Charles und Ray Eames, Egon Eiermann, Arne Jacobsen, Le Corbusier, Ludwig Mies van der Rohe und Eero Saarinen verwendet. Obwohl sämtliche Möbel ausdrücklich in der Erklärung zum Denkmalschutz als unverzichtbarer Bestandteil der Anlage aufgeführt wurden, sind diese nach dem Auszug des Parlaments entfernt worden.







107-109 Lobby vor dem Zugang zum Plenarsaal, Wasserbecken im Wartebereich für Besucher, Wandelgang an der südöstlichen Seite





110-111 Vogelnesttreppe und Zugang zum Präsidialbereich an der Südseite, Wandelgang und Rückzugsebene an der nordwestlichen Seite

Deutlich wärmere Farben und Materialien wie z.B. Holz bestimmen den Charakter des Bereiches um den Plenarsaal. Im gesamten Gebäude wurden ausschließlich vier unterschiedliche Hölzer für die verschiedenen Funktionsbereiche verwendet: Kirsche für Möbel und Fassaden-Schiebeelemente in den Präsidialbereichen, Ahorn für Wandverkleidungen und für die Vogelnesttreppe, Buche für die Handläufe und die Bestuhlung im Restaurant sowie Eiche für die Parkettböden. Unterschiede bestehen in der Oberflächenbehandlung: roh, gebeizt, lackiert oder versiegelt. Der Wechsel der Bodenbeläge erfolgt entweder mit den Raumbegrenzungen oder fließend über Raumgrenzen hinweg. Der Wechsel auf dem Weg der Abgeordneten erfolgt am Fuß der Haupttreppe. Der ursprünglich als Terrazzobelag geplante Boden in Lobby und Wandelgängen ist einheitlich als stumpf gestoßener, nahezu fugenloser Kunststein ausgeführt, in den Linien unterschiedlicher Richtung und Farbe eingelassen sind. Er verläuft bis an den Rand der Plenarsaalfassade. Hier entspricht der Bodenwechsel der Raumbegrenzung.

Plenarbereich

Der Plenarsaal ist als zentraler Ort in die orthogonale, hier aber stützenfreie Struktur eingefügt. Zuständig für die Planung und insbesondere für die Sitzordnung war hier Hubert Eilers. Wie schon in den zahlreichen Entwürfen der Vorstufen vorgesehen, sind die Sitzreihen des Plenarsaals absteigend zur Mitte hin um ca. 1,80 m abgesenkt, um den Saal stärker als Bestandteil der Landschaft wirken zu lassen, die Verbindung des Plenums mit der Rheinaue zu verstärken, und als wesentliches Element das Ereignis der Versammlung der Parlamentarier und nicht die Architektur selbst erscheinen zu lassen. Diese konzeptionelle Grundlage ist - wie oben schon erwähnt - an die "Situationsarchitektur" der Münchener Olympiaanlagen angelehnt. Entscheidend für diese Wirkung ist aber nicht nur die muldenförmige Absenkung, sondern sind vor allem die Lichtwirkungen in dem fast allseitig mit Tageslicht versorgten Saal: Mit Ausnahme der Adlerwand und einiger Akzente im Bereich des Präsidialbereiches sind mehrere Fassadenschichten von der Görresstraße bis zur Rheinaue für Blickbeziehungen durchlässig. Ähnlich waren auch die beiden Seiten des alten Plenarsaals von Hans Schwippert durch große Glasfassaden gekennzeichnet. Zu der tageslichtähnlichen Wirkung trägt wesentlich das aufwendige Lichtdach bei, welches das Sonnenlicht von oben filtert und z.T. mit Kunstlicht vermischt für unterschiedliche, der Tageszeit angepasste Lichtstimmungen sorgt. Die sehr aufwendige Inszenierung des Lichts entspricht der großen Bedeutung des Saales in Bezug auf seine nationale und internationale Öffentlichkeitswirksamkeit.

Der kreisförmige Plenarsaal ist ringsum mit einer dem Kreis folgenden Glasfassade zu den Lobby-Bereichen begrenzt, die aus akustischen, brandschutz- und sicherheitstechnischen Gründen notwendig ist. Sie besteht hauptsächlich aus einer entsprechend den Brandschutzanforderungen ausgebildeten Pfosten-Riegel-Fassade aus Eichenholz, an der Seite zum großen Foyer aus Stahl. Die Rundung zum großen Foyer ist nach außen versetzt und nimmt rechts und links des Hauptzugangs die Kabinen für Dolmetscher und Regie auf. Die segmentförmig geschwungene Adlerwand an der gegenüberliegenden Seite ist nach innen versetzt. Die verschiedenen, hell-pastellfarbigen, grau unterlegten Töne der Akustikfarbe wurden mit einer speziellen Technik von Christian Kandzia aufgetragen und erinnern an das Lichtflimmern der Spektralfarben, das bei ausgeschalteter Lichtsteuerung durch die Reflexe der Glasprismen im Saal entsteht. Ursprünglich waren spezielle Prismen in der Lichtdecke geplant, die Lichtflecken in Regenbogenfarben auf die Wand projizieren sollten. Die Wahl der Farbtöne ist abgestimmt mit den Farben der Rheinlandschaft und dem links in den Saal hinein wirkenden Gemälde von Sam Francis sowie der Vogelnesttreppe.

Die Wand trägt einen Bundesadler, der nach dem Vorbild des Adlers von Ludwig Gies aus dem alten Plenarsaal gefertigt wurde. Bestandteil des Beschlusses des Bundestages vom 7.Juni 1987 war, die Stirnwand mit dem von Ludwig Gies 1953 aus Gips geschaffenen Adler des alten Saales im Neubau wiederzuverwenden. Die neue Situation einer nun viel kleineren, geschwungenen und völlig frei stehenden Wand erlaubte jedoch schon aus Gründen des Gewichts, aber auch wegen der Materialbeschaffenheit und dunklen Farbe des Adlers keine Wiederverwendung. Der mit Hilfe der photogrammetrischen Aufnahme des alten entworfene, ursprünglich kleiner geplante Entwurf nach dem Vorbild des Gies-Adlers sollte zunächst den alten Umrissen entsprechen und aus einer einzigen, dünnen Aluminiumschicht mit gestanzten Vertiefungen und einer schattierten Oberflächenbehandlung vor

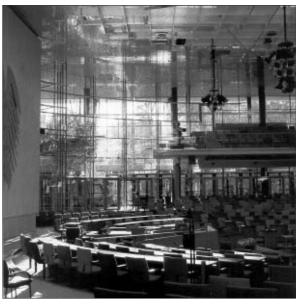
dunkler getöntem Hintergrund bestehen. Er durfte jedoch nach einem Protest der Gies-Erben durch die Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst nicht angebracht werden, da er nicht als Bestandteil der Innengestaltung, sondern als eigenständiges Kunstwerk angesehen wurde, dessen Nachahmung als unerlaubtes Plagiat des Originals betrachtetet wurde. Erst eine Überarbeitung des Entwurfes mit einer noch weitergehenden Annäherung an das "Original" konnte mit Zustimmung der Erben und unter Wahrung des mehrschichtigen, gleichgroßen Erscheinungsbildes verwendet werden. Auch bezüglich der Größe von ca. 5,3 x 6,3 m entschied sich die Baukommission von den drei vorgeschlagenen für die dem Original entsprechende, mittlere Version. Der ausgeführte Adler entspricht mit dem dreischichtigen Aufbau der Flügel, dem dunkleren, mittelgrauen Farbton und den stilisierten Federn weitgehender dem Gies-Vorbild als die ursprünglich geplante Variante, ebenso wie der nun hellere Hintergrund, der auch in der Strukturierung der Oberfläche durch kleine Rohrhülsen dem ursprünglichen Zustand angepasst ist.



112 Bundesadler

Die ursprünglich vorgesehenen 519 Sitze mussten nach der Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands auf 662 Plätze für die Abgeordneten der neuen Bundesländer aufgestockt werden, mit jeweils 54 Plätzen für Bundesregierung und Bundesrat. Aus dieser Notwendigkeit ergibt sich eine Gliederung in zwei Bereiche: Die inneren sechs Reihen (201 Plätze) sind mit durchlaufenden Tischen und eigenen Mikrofonen ausgestattet, unterbrochen durch drei Mittelgänge. Die dunkle Schreibfläche aus schwarzem Linoleum und die geschlossene Front der Tische aus Kirschholz verstärken die runde Sitzordnung. Die Frontplatte aus Kirschholz ist mit einer fleckenartigen "Maserung" versehen, die an Schatten erinnert. Die äußeren fünf Reihen (461 Plätze) sind durch einen etwas breiteren Rundgang von den Vorderreihen getrennt und mit Stühlen ohne Tisch möbliert. Durch die Mittelgänge ergeben sich drei etwa gleich große Segmente, die Reihen sind auf 1,5m bzw. hinten auf 1,2m tiefen Stufen zur Mitte absinkend angeordnet. Die beweglichen Plätze im Bereich des Mittelgangs können jeweils flexibel gestaltet werden, um die Trennung der veränderlichen Fraktionen zu ermöglichen. Diese Zweiteilung in ein "kleines Parlament" und ein "großes Parlament" 138 entspreche den tatsächlichen Gegebenheiten des realen Parlamentsbetriebs, in dem die hinteren Reihen nur wenig benutzt werden, so Behnisch. Mit Ausnahme des Platzes des Bundestagspräsidenten, der in dem Segment unter der Adlerwand etwas erhöht ist, ist die Höhe der Sitze je Reihe gleichmäßig, d.h. es besteht die Möglichkeit, Bundesrat, Bundesregierung, Opposition, Fraktionen gleichwertig zu platzieren, obwohl die vorderen Reihen die bevorzugten Plätze sind. In der Mitte befindet sich etwas abgesenkt ein runder Tisch für Stenographen und das Rednerpult.









114 Blick auf die Vogelnesttreppe in der Lobby (oben rechts)

115 Innenfassade des Saals (oben)

116 Blick von der Besuchertribüne durch die Innenfassade auf das Bild von San Francis (rechts)



¹³⁸ Günter Behnisch: Über die Architektur, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Deutscher Bundestag Bonn. Neubau des Plenar- und Präsidialbereiches, Bonn 1993, S. 16

Neben der Transparenz und der Durchlässigkeit des Raumes zur Rheinaue und der silbrigen Lichtdecke bestimmt das Material Holz den Gesamteindruck und die Atmosphäre des Saals, vor allem durch den Boden aus Eichenparkett und die Möblierungen aus Kirschholz. Daneben wirken die in drei unterschiedlichen Mittelblautönen bezogenen Stühle durch ihre leuchtenden Farben als belebender Kontrast zu der warmen Holzfarbe. Die Stühle (Modell Figura) wurden von Mario Bellini und Dieter Thiel mit dem im Parkett verankerten Gestell speziell für den Plenarsaal entwickelt. Die Ausstattung des Saals entspricht den schon in den früheren Entwürfen ausgesprochenen Vorstellungen nach Zurückhaltung und Sparsamkeit in Material und Vielfalt.

Die Zuschauertribünen greifen als eingestellte Konstruktionen dreiseitig orthogonal in den Saal und liegen schichtartig über dem Plenarsaalrund, sind aber ebenfalls zur Mitte orientiert. Die Sitze sind ähnlich der Bestuhlung im Plenarsaal in verschiedenen Grautönen bezogen und unregelmäßig verteilt. Die Brüstungen aus Glas erlauben einen störungsfreien Blick auf die Vorgänge im Saal, der Bundesadler ist jedoch durch die aus akustischen Gründen tief herunter hängenden Lautsprecherampeln etwas verdeckt. Die Tribünen fassen ca. 365+8 Plätze für Besucher, dazu 100 Plätze für Presse und 30 Plätze für das Protokoll.

Lichtkonzept und Lichtdach

Wichtiger Bestandteil des Konzeptes war nach wie vor die Einbeziehung der "als typisch deutsch gesehenen Situation in der Rheinlandschaft" (Behnisch), die schon in den ersten Wettbewerben vom Bauherrn gefordert worden war und aus der sich die Vorstellung des Architekten entwickelt hatte, dass "der Deutsche Bundestag nun tatsächlich seine Plenarsitzungen in der Rheinaue abhalten sollter 139. Die Lichtkonzeption wurde dementsprechend auf die Tageslichtwirkung und Außenbeziehungen ausgerichtet, weshalb unter Berücksichtigung der Anforderungen an den Klimaschutz und die Sicherheitsbestimmungen eine weitgehend transparente, seitliche Glasfassade für Blickbezüge nach außen gewählt wurde. Insgesamt sollten die tages- und jahreszeitlichen Stimmungen die Raumwirkung im Innern mitbestimmen. Daneben beinhalteten die Anforderungen an die Lichttechnik Blendungsfreiheit, Helligkeit und gleichmäßige Verteilung der Helligkeit für einen weitgehend mit Tageslicht belichteten, transparenten Raum, erreicht durch einen mittleren Tageslichtguotienten von 10-15%. Aufgrund der für diese Anforderungen zu großen Raumtiefe musste zusätzlich ein großes Oberlicht konzipiert werden, das den Saal insgesamt aufhellen sollte. Im Zusammenwirken von Seitenlicht und Oberlicht sowie entsprechender Raumoberflächen sollte eine Verteilung der Helligkeit über die Richtwirkung des Lichts erreicht werden. Die von Christian Bartenbach geplante Lichtdecke hatte daneben noch weitere Bedingungen zu erfüllen: Es durften aufgrund des im Äußeren zurückhaltenden Gebäudekonzeptes keine Aufbauten oder Kuppeln verwendet werden, die entweder symbolisch vorgeprägt waren oder die landschaftliche Situation beeinträchtigt hätten.

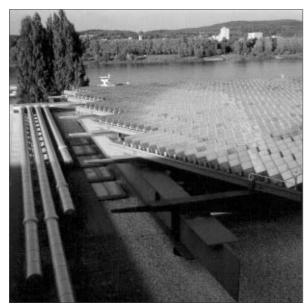
Es wurde eine äußere, flache Lichtdecke aus elektronisch gesteuerten, vom Sonnenstand abhängigen Prismen vorgesehen, die als Sonnenschutz das direkte Sonnenlicht reflektiert, jedoch einen Großteil als diffuses Licht mit einer hohe Lichtdurchlässigkeit von 70-80% durch die darunter liegende runde Öffnung gleichmäßig weiterleitet. Die beweglichen Lamellen bestehen aus Plexiglas, die auf Prismenträgern und diese wiederum auf großen, sich nach außen stark verjüngenden, gelochten Fischbauchträgern diagonal aufliegen, an denen der Dachträgerrost in diesem Bereich aufgehängt ist und die wiederum von den zwei Hauptträgern gehalten werden. Darunter befindet sich die Wartungs- und Lüftungsebene. Die Schicht für die Klimahülle besteht im zentralen Bereich über der Öffnung des Lichtdaches aus einer shedartigen Isolierverglasung, in der die mittlere Leuchtenebene liegt. Der Trägerrost ist in diesem Bereich in Teilen gelb gespritzt, um die durch die Glasflächen entstehende leichte blau-grüne Wirkung des Lichtes zu vermeiden und die Illusion von "Sonnenreflexen" zu erzeugen. Unterhalb des Dachträgerrostes und unter der runden Oberlichtöffnung befindet sich ein speziell entwickeltes, optisches Rastersystem aus Glas- und Spiegeloptiken sowie speziellen Linsen, welche das Tageslicht vertikal und horizontal gerichtet sowie blendungsfrei in den Saal weiterleiten. In dieser Ebene ist ebenfalls die untere Leuchtenschicht angebracht.

Die verschiedenen, durchlässigen Ebenen des Lichtdaches ermöglichen die Übertragung der verschiedenen tageszeitlichen Lichtwirkungen in den Saal, so dass auch die unterschiedlichen Erscheinungen des Himmels im Innern sichtbar sind. Die sich über die gesamte, geschlossene Dachunterfläche ziehenden Metallpaneele reichen bis an die Lichtdecke und sind im Übergang versetzt angeordnet. Ihre ursprünglich matte, im Innern des Plenarsaals, in der Eingangshalle des Präsidialbereiches und in den seitlichen Bereichen hochglänzend lackierte Oberfläche nimmt auch hier Reflexe und Spiegelungen aus Licht und Natur auf, und lässt einen fließenden, ebenfalls auf die Helligkeit dynamisch reagierenden Übergang entstehen.

Die Beleuchtungsstärke des Tageslichtes ist - wie gefordert - weitgehend für die Sitzungszeit und auch für Fernsehübertragungen ausreichend. Es kann durch Kunstlicht ergänzt werden, welches als Tageslicht-Ergänzungsbeleuchtung den jeweiligen Helligkeiten, der Verteilung (mit vertikalen Anteilen) und den Lichtfarben des Tageslichtspektrums angepasst ist. Die untere Leuchtenebene dient zur Steuerung des Übergangs vom Tages- zum Kunstlicht und ist in diesem Bereich mit unterschiedlichen, teilweise eingebauten Leuchten ausgestattet: Als sichtbare Lichtpunkte wirksame, eingebaute Halogenreflektorlampen, abgeschirmte Einbauleuchten (HQI-Downlights) sowie Pendelleuchten lassen sich variabel und differenziert zuschalten, um abnehmendes Tageslicht zu ergänzen bzw. einen unregelmäßigen Sternenhimmel zu simulieren. 140

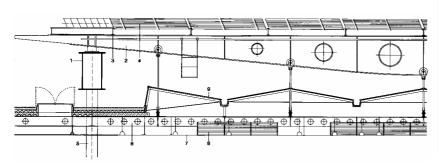
¹³⁹ Günter Behnisch: Christian Bartenbach, Text vom 23.6.1995, AB

¹⁴⁰ S. dazu u.a.: Christian Bartenbach: Die Tages- und Kunstlichtplanung, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Deutscher Bundestag Bonn. Neubau des Plenar- und Präsidialbereiches, Bonn 1993, S. 30





117-118 Lichtdach: Außenansicht und Untersicht im Plenarsaal





119-121 Details der Dachkonstruktion:

- 1 Hauptträger
- 2 Konischer Fischbauträger
- 3 Prismenträger
- 4 Bewegliche Sonnenschutzlamellen
- 5 Hauptstütze Lichtdach
- 6 Trägerrost aus Walzprofilen
- 7 Alupaneel
- 8 Lichtrasterdecke aus reflektierendem Metall und prismatisch geformtem Gussglas
- 9 Lichtdach

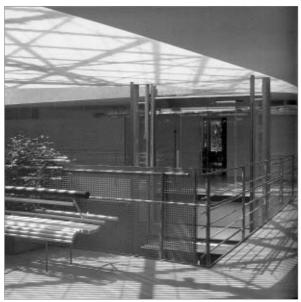


Präsidialbereich und Anbau für die Vizepräsidenten

Die Planung des Präsidialbereiches gehört zu den später hinzugekommen Ergänzungen, wobei nun auch die Beziehungen zum Rhein wirksam berücksichtigt sind. Die Räume für den Präsidenten und dessen Mitarbeiter liegen im Bereich hinter der Wand mit dem Bundesadler, sind nicht als separater Baukörper zu erkennen, jedoch mit einer statisch davon getrennten Konstruktion, erkennbar an den geringeren Spannweiten und die Verwendung von Rundstützen. Der offizielle Besucherzugang erfolgt über eine breite Treppe von der Rheinseite und über ein rundes Plateau auf der mittleren Rheinterrasse in die Empfangshalle des Präsidialbereichs, auf dem Niveau des Plenarsaals gelegen. Hinter der Adlerwand befindet sich direkt an die Halle anschließend der Zugang zum Plenarsaal. Die oberen galerieartigen Geschosse werden ebenfalls von der Halle aus über eine freistehende Treppe zum 1. OG - hier befinden sich die Räume des Präsidenten, Empfangs- und Sitzungszimmer sowie Mitarbeiterbüros - und die "Vogelnesttreppe" zum 2. OG - mit Speiseraum und weiteren Mitarbeiterbüros - erschlossen. Ein verglaster Verbindungsgang erschließt von der Saalebene aus die zwei Ebenen des quadratischen Präsidialanbaus für die Vizepräsidenten und deren Mitarbeiter, den Bundeskanzler sowie weitere Regierungsmitglieder. Die Räume sind um eine zentrale Halle gruppiert, deren Galerie unregelmäßig geformt ist und die mit einem schräggestellten Oberlicht belichtet ist. Die Farbgebung und Materialwahl ist zurückhaltend: Pastellblaue Träger werden von einer silbernen Stütze getragen, unterschiedliche Geländer und Brüstungen aus Lochblech wechseln

zu Füllungen aus feinen, horizontalen Stangen. Die schon beschriebene, mehrschichtige Fassade mit großzügigen Verglasungen und direkter Aussicht auf die Rheinaue sowie die Innengestaltung der Räume gleichen der Ausstattung des Präsidialbereichs. Die veränderbaren Raffrollos und Holzschiebeelemente bieten Möglichkeiten, den Raum nach den unterschiedlichen Bedürfnissen zu verändern. Der Abschluss der Büroräume zu den Fluren wurde mit türhohen Schrankelementen aus Holz und darüber liegender, durchlaufender Verglasung ausgestattet. Die abgehängten Decken bestehen hier wie auch in den übrigen niedrigen Bereichen aus weißem, gelochtem Gipskarton. Auf die Ähnlichkeit der Fassadenschichtungen gerade dieser Bereiche zu Egon Eiermann wurde bereits hingewiesen.





122 Halle vor dem Präsidialbereich (links) 123 Halle im Präsidialanbau (rechts)





124-125 Räume im Präsidialanbau

Restaurant

Der dreiseitig umschlossene Gebäudeteil war ursprünglich ein zusammen mit dem alten Plenarsaal 1949 entstandener Anbau an das Akademiegebäude, schon damals ein Bindeglied zwischen Bundesratsbereich und Plenarsaal. Die Sanierung des mit dem Restaurant verbundenen Zwischenflügels der Pädagogischen Akademie sowie der Neubau des Restaurant- und Küchenbereiches erforderte aufgrund der schlechten Bausubstanz umfangreiche und unterstützende Maßnahmen. U.a. wurden eine zusätzliche Stahlskelettkonstruktion und die Verstärkung von Deckenfeldern, aber auch der Einbau von Abfangkonstruktionen, Lastumlagerungen sowie eine Bodenverbesserung unter den bestehenden Fundamenten notwendig. Diese Maßnahmen waren die Voraussetzung zur Schaffung eines zusätzlichen Untergeschosses für die Küche und der erforderlichen Konstruktionen für das Restaurant. Zu berücksichtigen waren die Fensterhöhen der darüber liegenden Büros der denkmalgeschützten, ehemaligen Pädagogischen Akademie, die Einschränkungen für die Deckenhöhe des Restaurants zur Folge hatten. Daneben mussten für die Anpassung an die neuen Sicherheitsbestimmungen und Wärmeschutzverordnungen umfangreiche Maßnahmen durchgeführt werden wie u.a. der Einbau neuer Fenster mit einer dickeren Profilstärke, die das Erscheinungsbild des Altbaus veränderten.

Die Gestaltung des Restaurants, betreut von Falk Petry, ist neben den Einschränkungen durch die niedrige Deckenhöhe geprägt durch die einseitige Öffnung an seiner Längsseite zum östlichen Grünbereich der Rheinaue. Der offene Terrassen- und Gartenbereich wird durch eine etwa brüstungshohe Kante von den zum Rhein abfallenden Grünbereichen und der tieferliegenden Promenade begrenzt. Der befestigten Terrasse ist ein Übergansbereich mit einer Lindenbepflanzung vorgelagert; an die Terrasse schließt sich ein Wintergarten mit auskragendem Vordach an, der an den Altbau heranreicht und zugleich als Klimaschutz dient. Auch in den Bodenbelägen

werden die fließenden Übergänge betont: Die Rasenfläche des bepflanzten Vorbereichs reicht bis an die Terrassenkante bzw. den geschwungenen Weg um die Wasserfläche heran. Ein Kiesweg führt von der Promenade durch die Grünfläche und wechselt mit einer Stufe in einen Natursteinbelag, der von der Terrasse durch den Wintergarten bis an die Grenze zum Altbau geführt wird.

Das Restaurant war während der Zeit der Nutzung des Gebäudes als Plenarsaal in der Sitzungsperiode vom Foyer bzw. der Saalebene aus nur für die Abgeordneten zugänglich, in der sitzungsfreien Zeit über den öffentlichen Zugang auch für die Öffentlichkeit nutzbar. Der Außenzugang befindet sich an der Rheinseite (Stresemannufer) und führt über den Grünbereich und die Terrasse, entlang einer horizontal strukturierten, mit Kletterpflanzen berankten Wand, hinter welcher der "private" Staudengarten des Clubbereichs verborgen ist, über einen Steg entlang der Wasserfläche ins Innere.

Das Restaurant für insgesamt etwa 380 Plätze ist gegliedert in Bereiche verschiedener Größe und Qualität: Der große Speisesaal ist mit der Verbindung zum Wintergarten zur großen Terrasse hin gelegen. Unterschiedliche Materialien betonen die unterschiedliche Funktion: Eine Metallfassade begrenzt den mit Korbsesseln ausgestatteten Wintergarten zum Außenbereich. Die Holz-Glas-Fassade zwischen Hauptraum und Wintergarten betont die nach innen wärmer werdende Ausstattung, ebenso die von dem dänischen Architekten Hans Jorgensen Wegner stammenden Stühle aus Buche mit geschwungener Rückenlehne im Hauptsaal. Ein kreisförmiger, etwas tiefer gelegener Bereich mit ca. 30 Sitzplätzen greift in den Außenbereich und ist als besonderer Ort zusätzlich durch eine Wasserfläche gekennzeichnet. Im Bereich des inneren Zugangs ist ebenfalls ein kleinerer Saal für Gruppen mit ca. 30 Personen abgeteilt. Links in einer Nische befindet sich das Schnellrestaurant mit einigen Tischen und einer großen, spitzwinklig in den Eingangsbereich greifenden Bar, das unter den Erdgeschossbereichen des Akademiegebäudes an der Görresstraße durchgreift und durch eine sogenannte "Lichtrutsche" zusätzlich von oben Licht erhält. An der Seite zum Akademiegebäude befindet sich ein Clubraum, ausgestattet mit einer Sitzgruppe aus Sesseln und Zweisitzern LC2 von Le Corbusier und mit einer Bar, durch einen Kaminblock vom Hauptbereich getrennt. Vom zur Gartenseite gelegenen Clubraum aus ist der kleine Staudengarten zugänglich.











126-130 Verschiedene Bereiche des Restaurants: Speisesaal, Clubraum, Bar und "Lichtrutsche", Terrasse, Wasserfläche im Garten

Während der Planung wurde erkannt, dass die Proportionen des großen, schmalen Saals durch die Länge und die große Deckenfläche im Verhältnis zur niedrigen Raumhöhe sehr ungünstig wirken. Zunächst wurde eine teilweise Verspiegelung der Deckenuntersicht vorgesehen, um die Höhe optisch zu strecken, dann eine Aufteilung der Fläche durch eine Bemalung mit unterschiedlichen, hellen Farben, welche mit Hilfe einer Blätterdach-ähnlichen Gestaltung die Übergänge noch mehr verwischen und die Proportionen günstiger gestalten sollte. Mit der Bemalung wurde der italienische Künstler Nicola de Maria beauftragt, mit einem Ergebnis, das auch für Behnisch eine zunächst "überraschende" künstlerische Gestaltung ergab, die unterschiedliche Reaktionen auslöste.

Die Decke ist mit unregelmäßigen Farbflächen in kräftigen, bunten Farben behandelt. Die leuchtenden Farben und die vollständig ausgefüllte Deckenfläche sollen entsprechend den Vorgaben der Architekten an das Laubdach der Bäume erinnern und die Proportionen verbessern. Die zunächst kleinflächig begonnene Bemalung ist zur Mitte hin großflächiger, zur Eingangsseite hin wieder in kleineren Flächen ausgeführt - vermutlich aufgrund des zeitlichen Drucks einer Fertigstellung zur Eröffnung. Die Stimmung des Restaurants ist besonders durch diese auffällig-markante Deckengestaltung geprägt, in welche die zahlreichen Oberlichter bzw. "Lichtlöcher" in der Decke einbezogen sind und die dem Raum eine zusätzliche, "gefärbte" Belichtung von oben geben. In die Rundungen sind künstliche Beleuchtungselemente integriert, welche die Löcher zusätzlich als bunte Leuchtelemente betonen, bzw. durch Spiegelung der Halogenlampen in den Glaskuppeln als Kronleuchter wirken sollen. Zusätzlich sind rasterförmig angeordnete Deckenstrahler eingebaut. 141

Auch die weiteren Wandflächen sind von Nicola de Maria gestaltet, ebenfalls in kräftig leuchtenden Tönen. Auf dem ursprünglich als abschließende Oberflächenbehandlung gedachten glänzend-glatten Untergrund mit einer speziellen Spachtelmasse auf Gipsbasis (Board-Finish) leuchten nun intensive, tiefblaue Farbflächen mit stilisierten Sternen und Mustern. Die Begrenzungswand zur Küchentreppe, die Wand hinter der sogenannten "Lichtrutsche" und der Kaminblock sind mit gelb-roten Sternmotiven bemalt, die Wand im Kaminzimmer ebenfalls mit breiten gelb-rot-grünen, horizontalen Streifen gestaltet. Zur Lobby ist der Restauranteingang durch eine blaue "Fensterwand" mit stillisierten Sternen und Blumen gekennzeichnet, die Einblicke ins Restaurant ermöglicht. Das Motiv des Sternenhimmels ist hier mit künstlerisch-farblichen Mitteln aufgenommen und soll durch Farbe und Motive das Bild der Versammlung der Parlamentarier in der Rheinaue, die Verbindung von Natur und Innenräumen unterstützen.

Kunstobjekte

Zunächst war als Berater des Bauherrn in Kunstfragen eine Kunstkommission tätig. Diese scheiterte, nachdem ihre Mitglieder erklärt hatten, dass in der Anlage kein Ort für Kunst sei. Die Aufgabe wurde den Architekten übertragen mit der Empfehlung, wiederum Fachleute deren Wahl einzubeziehen. Als Berater wurden nun Peter Iden -Kritiker der "Frankfurter Rundschau" - und Ingrid Mössinger - künstlerische Leiterin der "Art-Frankfurt" - hinzugezogen und vom Bauherrn beauftragt. Beteiligt an den Entscheidungen über die Anschaffung der Kunstobjekte war zudem eine Kommission aus Bundestagsabgeordneten unter dem Vorsitz von Rita Süßmuth, zu denen u.a. auch Peter Conradi zählte.

Die politische Bedeutung des Gebäudes war ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Auswahl der Künstler und Objekte. Die Kunstobjekte sollten dazu selbstständig für sich als Kunstwerke an ihrem besonderen Ort wirken, sich nicht der Architektur anpassen, zugleich aber einen Bezug zu Architektur, Aufgabe und Ort herstellen. Gewünscht wurden unterschiedliche Kunstobjekte aus verschiedenen Bereichen und von Künstlern unterschiedlicher Nationalität, aus West- und Ostdeutschland. Die Auswahl der Künstler kommentierten Ingrid Mössinger und Peter Iden 1993: "Dem politischen Rang des Hauses entspricht die Auswahl, indem dort Arbeiten von Künstlern zu sehen sein werden, die sich - wie besonders Sam Francis, Mark di Suvero und Joseph Beuys - während der vergangenen Jahrzehnte höchstes internationales Renommé erworben haben oder auf der aktuellen Kunstszene - wie der Italiener Nicola de Maria und die Deutschen Rebecca Horn, Hermann Glöckner und Olaf Metzel - eine exponierte Position innehaben. (...) Auf Architektur reagiert die Auswahl, indem sie Ausdruckswerte einbringt, die in dem Bau selbst nicht gesehen sind - eine stimulierende, heitere Farbigkeit vor allem, die besonders Sam Francis und Nicola de Maria vermitteln. 4142

Behnisch formulierte die Funktionen der Kunst noch weitergehend: "Die Kunstwerke sollten aber noch Weiteres leisten: So sollten sie im gesamten Gefüge in sich und um sich einen speziellen Ort prägen. Und sie sollten Bereiche unserer Realität erreichen, die von Architektur, die ja gebunden ist an praktische Funktionen, Materialien und Konstruktionen, nicht ohne weiteres erreicht werden können."143 Er betrachtete die Kunstobjekte neben den eigenen architektonischen und künstlerischen Mitteln auch hier wie schon u.a. in der Bibliothek in Eichstätt als Hilfsmittel für die Architektur, neben ihren funktionellen Aufgaben schöpferische, geistige, poetische Bereiche anzusprechen und so den Benutzern eine über die Zweckerfüllung hinausgehende tiefere Verbindung zu Ort und Architektur und damit Ausblicke auf neue oder andere Inhalte zu vermitteln. Raumbereiche wurden bewusst für die Ergänzung durch Kunst freigehalten, um besondere Orte mit den beabsichtigten Wirkungen schaffen zu können. In Bezug auf den Grundriss des Plenarsaals sprach Behnisch auch von einer "Landkarte des Grundrisses", welche "Orte unterschiedlicher Bedeutung in unterschiedlichen Bereichen unserer Wirklichkeit" enthalte, sowohl im praktischen wie auch im symbolischen Bereich wirksam, und welche "man von verschiedenen Positionen aus lesen" könne. "Die Bedeutung im Symbolischen wird auch gesteuert durch das Maß, durch welches die Gestalt die praktische Notwendigkeit übersteigt. (...) In diesem Gefüge der Landkarte wurden relativ früh Orte vorgesehen für die Werke der freien Künste."144

Einer dieser "freigehaltenen" Orte im Innenbereich ist eine von der Saalebene bis zur Tribünenebene durchgehende Sichtbetonwand außerhalb des Plenarsaals, die im rückwärtigen bzw. nördlichen Teil der Lobby links der

312

¹⁴¹ S. dazu: Christian Bartenbach: Die Tages- und Kunstlichtplanung, a.a.O., S. 30

Peter Iden; Ingrid Mössinger: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Deutscher Bundestag Bonn. Neubau des Plenar- und Präsidialbereiches, Bonn 1993, S. 21

143 Behnisch Günter: Konzept zur Publikation für den Deutschen Architekturpreis 1993, AB

144 Behnisch Günter: Konzept zur Publikation für den Deutschen Architekturpreis 1993, AB

¹⁴⁴ Behnisch Günter: Über die Bedeutung der Werke der freien Künste beim Neubau des Plenarbereiches des Deutschen Bundestages in Bonn, 1993. AB

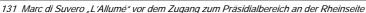
Adlerwand durch die Glaswand des Plenarsaal hindurch sichtbar ist. Dieser "Gebäudeschwerpunkt", so Behnisch, trägt ein 1978 entstandenes Bild von Sam Francis mit dem Titel "Dynamic Symmetry".

Die schlichte Wand sollte nach der Vorstellung der Architekten zunächst als Ganze gestaltet werden und damit eine doppelte Funktion erfüllen: Sie sollte der Aussteifung und dem Verstecken von Nebenräumen und Steigleitungen dienen und gleichzeitig eine Beziehung zum Grün der Rheinaue sowie eine Verbindung zum Präsidialbereich herstellen und damit einen besonderen Ort bilden. *Sam Francis* entwarf dann ein speziell für diesen Platz angefertigtes Gemälde von etwa 6 x 12 m, welches zunächst kurzzeitig aufgrund einer Erkrankung des Künstlers durch ein Exemplar aus dessen Sammlung ersetzt werden musste. Nach dessen Tod 1994 wurde das o.g. Bild etwa gleicher Größe (4,7 x 11,3 m) ausgewählt.

Die künstlerischen Bearbeitung der Deckenfläche durch *Nicola de Maria* wurde bereits beschrieben. Hier dient die Kunst dazu, ganz konkrete architektonisch-räumliche Probleme zu überdecken: Die Decke des ungünstig proportionierten Raumes ist unregelmäßig in frei geformte Flächen aufgeteilt und mit kräftigen Farben ausgemalt, mit schmalen Linien voneinander abgesetzt. Die Farbflächen markieren in eindringlicher Weise das Restaurant als besonderen Ort. Die "Lichtrutsche" im Schnellrestaurant und die weitere Wandflächen, von den Architekten ursprünglich nicht zur Gestaltung vorgesehen, sind ebenfalls von Nicola de Maria farblich gestaltet mit dem Hintergrund, die Räumlichkeiten großzügiger wirken zu lassen.

Vor dem Eingangsbereich des Präsidialbereichs an der Rheinseite markiert eine speziell für den Ort geschaffene, signalrote Skulptur aus Stahlprofilen von Mark di Suvero mit dem Titel "L'Allumé" die Bedeutung des Ortes. Im Außenbereich zum Rheinufer hin soll der Sitz des deutschen Parlaments auch nach außen deutlich gezeigt werden: Das in Grünelemente eingebettete und von Bäumen überragte Gebäude wird mit einem zusätzlichen Zeichen betont. Eine Leihqabe von Joseph Beuys, ein keramisches Relief aus dem Jahr 1957/58 ist in der Empfangsebene des Präsidialbereichs platziert. In dem an die Terrasse des Restaurants anschließenden Parkbereich zwischen Plenarsaal und Bundesrat ist die 1997 fertiggestellte, konzeptionelle Arbeit "Mondfluss" der Künstlerin Rebecca Horn installiert. Ein dreiteiliges, trogartiges, etwa 12 m langes mit Glasscheiben abgedecktes Becken mit fließendem Quecksilberstrom ist in die Rasenfläche eingelassen und soll einen Kraftstrom symbolisieren. In dem Freibereich zwischen dem sanierten Akademiegebäude und der Görresstraße befindet sich eine Stahlplastik des aus der ehemaligen DDR stammenden Bildhauers Hermann Glöckner. Die 1965 entworfene und 1980 überarbeitete Plastik "Durchbruch" wurde 1992 nach dem Modell des 1987 verstorbenen Künstlers angefertigt. Rechts des Haupteingangsbereiches in der Parlamentsvorzone entlang der Görresstraße befindet sich die 1993-1997 entstandene, auch speziell für diesen Ort entworfene Plastik "Meistdeutigkeit" von Olaf Metzel, die aus vorgefertigten, verzinkten Stahlblechen von Fahrradständern hergestellt ist und an einen offenen, gerüstartig-schwankenden Turm aus Stäben, Ringen und Ketten erinnert.







132 Olaf Metzel "Meistdeutigkeit"

Umzug des Parlaments nach Berlin

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurde am 20. Juni 1991 in einer Bundestagsdebatte - etwa ein Jahr vor der Fertigstellung des Plenarsaals Ende Oktober 1992 - der Umzug des Deutschen Bundestages nach Berlin beschlossen. Es sei eine "echte Ironie der Geschichte", so Ingeborg Flagge, "dass ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, zu dem Bonns Hauptstadtfunktion ausgedient hat, Baukunst entsteht"¹⁴⁵.

Der Bruch mit der seit 1949 traditionellen Repräsentationslinie der Bundesrepublik durch die "Rückkehr" des Parlaments in ein Monument, das an andere Traditionen vor 1945 und 1933 anknüpft, stand im Zusammenhang mit der Geschichte des Ortes, war aber möglicherweise auch ein Zeichen für eine veränderte Auffassung zur Geschichte der Bundesrepublik. Die (wenigen) Neubauten für die Regierung in Berlin sprechen eine Sprache, die eine anderes Selbstverständnis zumindest nach außen zeigt.

Die Enttäuschung Behnischs über die nur kurze Nutzung eines Gebäudes als Parlamentsbau mit einer Planungsbzw. Vorlaufzeit von 20 Jahren wurde verstärkt durch die Überlegungen, das alte Reichstagsgebäude als Sitz des Deutschen Bundestages umzubauen. In einer Anhörung zum Thema der zukünftigen Gestalt des Reichstagsgebäudes am 14./15. Februar 1992 in Berlin äußerte er seine Bedenken. Wie auch schon in der Bonner Situation, betonte er die Bedeutung des Plenarbereichs als Ausdruck der eigenen Sichtweise des Parlaments und dessen

¹⁴⁵ Ingeborg Flagge: Provisorium als Schicksal, in: Architektur und Demokratie, a.a.O., S. 225

Wirksamkeit in der Öffentlichkeit nach außen, die übereinstimmen müssten: "Und hier muss man feststellen, dass die proklamierten Ziele, Ideale und Werte unseres Staates - und hier besonders des hohen Verfassungsorgans Parlament - andere sind als diejenigen, die aus dem alten Reichstagsgebäude sprechen. (...) Form und Inhalte stimmen bei diesem Vorhaben nicht überein. Darüber hinaus: Form und Inhalt stehen gegeneinander." Er sprach sich für ein eigenes, eigens für diesen Zweck geplantes Gebäude aus, das auch in Bezug auf die nicht ausreichende Größe des Reichstages angemessener sei. Vor allem jedoch die symbolische Bedeutung des Reichstages sei unveränderlich geprägt: "Symbole werden unterschiedlich gelesen, von unterschiedlichen Weltbildern her und in unterschiedlichen Zeiten. Wenn ein Gebäude allerdings über ein Jahrhundert hinweg und über mehrere Zerstörungen hinweg seinen Charakter so beharrlich behält wie das Reichstagsgebäude, sollte man doch wohl davon ausgehen, dass dieser Charakter dem Gebäude immanent ist, dass man diesen mit kosmetischen Maßnahmen nicht verändern kann und dass man auch diesen Charakter mit übernehmen muss, wenn man Ort, Tradition, Material und Form übernehmen will." Als Schlussfolgerung daraus sollten "keinesfalls die "Ordnungen" des alten Gebäudes" wiederhergestellt werden, sondern er sah die Lösung darin, "collage-haft das Vorhandene mitzuverwender" vir, ohne die ursprünglichen Bedeutungen mit einzubeziehen.

Der Plenarsaal wurde nach dem Umzug des Parlaments der Stadt Bonn geschenkt und wird heute von der Maritim-Gruppe als Internationales Kongresszentrum Bundeshaus Bonn IKBB betrieben. Die Räume des Vizepräsidentenbaus haben z.Zt. Mitarbeiter der UNO und WHO bezogen, im Fraktionsflügel der ehemaligen Pädagogischen Akademie sind weitere Sekretariate der UNO untergebracht.

Bedeutung im Werk

Das über einen Planungszeitraum von fast 20 Jahren entstandene Gebäude spiegelt nicht nur seine wechselvolle Entstehungsgeschichte und die zahlreichen Beziehungen zu Aufgabe und landschaftlichem wie auch historischem Ort wider, sondern verkörpert ebenfalls einen wichtigen Teil der Entwicklung und architektonischen Haltung von Behnisch & Partner. Das in München gedanklich entwickelte und als Situationsarchitektur formulierte Bauen schließt an eine gesellschaftspolitische Haltung an - im Sinne des Prinzips Demokratie und der zeitgemäßen Forderung Willy Brandts folgend, "mehr Demokratie wagen" zu wollen -, welche in Bezug auf das Werk Behnischs im Plenarsaal in Bonn ihren Höhepunkt findet und zugleich im politischen Sinn mit dem Umzug nach Berlin auch den Abschluss der "Bonner Republik" bildet.

Trotz der mehrfachen Veränderung der Ausgangsbedingungen und formalen Neuordnung der Gebäudekonzeption sind die 1973 entwickelten Grundideen auch in der fertigen Anlage deutlich sichtbar. Die lange Planungsgeschichte ist in diesem Sinne nicht nachteilhaft: Sie zeigt die Dauerhaftigkeit und Beständigkeit der tragenden Idee, die unabhängig von zeitbedingt formalen, materiellen und technischen Entwicklungen erhalten bleibt: die Aufgabe als Ort der Versammlung und Diskussion, dem Ideal einer Versammlungsstätte "unter freiem Himmel" ohne Gebäude angenähert. In einer äußeren Reduzierung der technischen Bestandteile und einer Bereicherung durch "Orte" werden gleichermaßen 20 Jahre Baugeschichte wie auch die Entwicklung des Büros widergespiegelt. Mit der Bedeutung von Licht, Raum und Bewegung, der besonderen Vorgehensweise bei der Suche nach der geeigneten Form und dem individuellen Einfluss der beteiligten Architekten zeigt das Gebäude einen neuen Höhepunkt in der Entwicklung des Werkes, und setzt die in der Bibliothek in Eichstätt und im Postmuseum in Frankfurt gezeigte Richtung fort.

In vielerlei Hinsicht reagiert der Bau auf den geschichtlichen, örtlichen und aufgabenspezifischen Kontext und seine Entstehungsgeschichte. Schon die Baugeschichte der Frankfurter Paulskirche zeigt eine langwierige und wechselvolle Entwicklung, die ebenfalls von Beginn an gekennzeichnet ist durch den kompromissartigen und widersprüchlichen Charakter demokratischer Entscheidungsfindung.¹⁴⁸ Das daraus folgende collageartige und fragmentarische Erscheinungsbild der demokratischen Versammlungsorte spiegelt nicht nur den Einfluss unterschiedlicher Personen und Zeiten wider, sondern steht auch für die Entwicklung und die Struktur der zugrunde liegenden Gesellschaftsform.

Daneben knüpft der Plenarbereich an die Haltung der Pädagogischen Akademie von Martin Witte und des Saales von Hans Schwippert als ein "Haus der Offenheit" an, dessen Charakter der weißen Architektur ursprünglich sogar im Eingangsgebäude gezeigt werden sollte und der nun die von Schwippert vorgeschlagene kreisförmige Sitzordnung und die Öffnung zum Rhein wieder aufnimmt. Auch die schon angesprochene architektonische Verwandtschaft mit Ludwig Mies van der Rohe und Egon Eiermann ist nicht nur in Verbindung mit dem Ort, sondern auch in Anknüpfung an die Architektur der 20er und 50er Jahre zu verstehen.

Dem besonderen, heterogenen Charakter und der provisorischen Atmosphäre des Ortes entspricht auch die Haltung der Anlage: Provisorien - von der Frittenbude und der Tauschbaracke bis zu den Anbauten des Bundeshauses -, bescheidene, einfache Wohnhäuser und großbürgerliche Villen, gepflegte Parks, Alleen und Uferpromenaden, bedeutungslose und unvollendete Bauten und Architektur von internationalem Rang und historischer Bedeutung verbinden sich zu einem collage-ähnlichen Nebeneinander und Miteinander. Die Anlage reagiert damit nicht nur wie schon vielfach betont landschaftlich-situativ, sondern gleichermaßen historisch-situativ.

¹⁴⁶ Günter Behnisch, Referat anlässlich der Anhörung Bundestag/Reichstag am 14./15. 2. 1992 in Berlin, AB

¹⁴⁷ Günter Behnisch, a.a.O.

¹⁴⁸ Darauf weist Dieter Bartetzko hin, in: Ein Symbol der Republik, in: Flagge; Stock: Architektur und Demokratie, a.a.O., S. 108ff

Das Gebäude vereint zusammenfassend alle wesentlichen Grundlagen, den Entwurfs- und Arbeitsprozess, die architektonischen Mittel und die inhaltlichen und symbolischen Aussagen an einem Ort. Die schon an anderer Stelle beschriebenen Bemühungen um eine Überwindung der technischen und "objektivierten" Realität werden hier durch eine weitgehende Trennung der minimierten, konstruktiven Gebäudehülle von den restlichen Gebäude"Funktionen" erreicht. Die nicht auf der Ebene des Materiellen zu minimierenden, technischen Elemente werden "immateriell" behandelt (u.a. Spiegelsäulen mit Installationen). Damit entsteht ein freier, offener Raum, der offen ist für inhaltliche und symbolische Aufgaben.

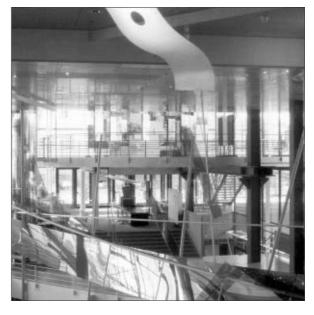
Der prozesshaften Entwurfs- und Arbeitsweise kommt dabei sowohl im Zusammenhang mit dem inhaltlichen Bezug auf demokratische Entscheidungsprozesse als auch mit der beschriebenen baulichen Entstehungsgeschichte große Bedeutung zu: Auf der Suche nach einer dem Anspruch an die Idee der Aufgabe gerecht werdenden Form können nun quasi unabhängig und gelöst von technischen Funktionen alle auf dem Lösungsweg angetroffenen situativen Aspekte aufgenommen werden: Zeichen der Zeit, Spuren von Bearbeitern, die moralische Kompetenz, architektonisches Können und Verantwortung einbringen können, korrigierende Prozesse, Folgen politischer Entscheidungen, "Vor-Schein" (Bloch) auf gewünschte politische Abläufe und Zustände. Sie verbinden sich in dem "offenen Prozess" zu einer Collage, zu einer Versammlung von Orten in der Architekturlandschaft, die als Abbild einer zeitlichen Momentaufnahme zu verstehen ist. Ohne dieses Mittel hätten die zahlreichen Veränderungen und Ergänzungen des Entwurfes nicht aufgenommen werden können: Einige Bereiche mussten, wie beschrieben, frühzeitig festgelegt werden, und dann mit den später dazugekommenen Teillösungen zusammengeführt werden. Anderes wurde während der Fertigstellung an der Baustelle oder "beim Italiener" festgelegt bzw. Fertiggestelltes wieder verändert. Die verschiedenen Planungsbereiche wurden in einem zeitlichen Nacheinander und Nebeneinander weitgehend selbstständig, unabhängig voneinander und von verschiedenen Personen entwickelt und zusammengefügt, jeder für sich einen bestimmten zeitlichen Entwicklungszustand repräsentierend. Wichtig war gerade in den letzten Jahren der den "offenen" Gestaltungsprozess der Architekten unterstützende Einfluss der Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth sowie die über Jahrzehnte andauernde Unterstützung der Entwürfe und Ideen durch Peter Conradi. Das Prozesshafte der Arbeit der Architekten bleibt damit in vielen Bereichen ablesbar, nachvollziehbar am fertigen Bau und unterstreicht damit eine Vorstellung von Demokratie, wie Behnisch sie sehen wollte.











132-136 Stimmungen, Spiegelungen und Kontraste mit Licht und Farbe

Die Ausgestaltung der besonderen Orte als Bestandteile der Collage entspricht der Idee der Architekturlandschaft. Sie sind entwickelt als individuelle, frei in der Grundstruktur platzierte Bereiche, deren Charakteristikum nicht die räumliche Begrenzung ist, sondern die raumbildend die Idee der Landschaft in das Gebäude projizieren. Auch hier ist das Prinzip der Auflösung sehr weit geführt: Mit wenigen Ausnahmen, so z.B. der horizontalen Bodenflächen und der Wände im Plenarbereich, gibt es vorwiegend lineare Elemente. Die architektonischen Mittel sind wie auch schon im Postmuseum in Frankfurt und der Bibliothek in Eichstätt kontrapunktisch zum architektonischen Material der Konstruktion eingesetzt, entweder materiell oder immateriell wirksam, wobei das Licht alle anderen Mittel entscheidend mitbestimmt, diese verändert oder verfremdet. Kontraste durch unterschiedlichen Materialcharakter, kalte und warme Farben, Stimmungen und Abstufungen, harte und weiche Formen, hell-dunkel Schattierungen, Reduktion und expressive Überbetonung unterstützen das Fließen oder Begrenzen von Bereichen. Die Raumkonzeption des Gebäudes - schon im Frankfurter Postmuseum angedeutet - geht nicht von einer Raumbildung durch materielle Begrenzungen aus, sondern formuliert Orte in der Landschaft, die durch die Dynamik und Bewegung des Lichts, zusammen mit reflektierenden Oberflächen, durchscheinenden Materialien und linienhaft aufgelösten Strukturen, den Raum durch die Dimension der Zeit in permanenter Bewegung immer neu bilden. Ebenso wie die zweifache Bedeutung des Kreises bzw. der kreisförmigen Sitzordnung, auf die schon hingewiesen wurde, hat auch die Transparenz eine mehrfache Bedeutung: Neben der Funktion als Metapher für das Ideal einer demokratischen Ordnung hat sie im Sinne des Entwurfskonzeptes von Behnisch & Partner zentrale Bedeutung für den Raum, der nicht als Gebäude konzipiert ist, sondern als "Ort in der Landschaft" mit der Funktion der "Versammlung der Parlamentarier in der Rheinaue".

Kritiken

Aus der Vielzahl der überwiegend positiven Kritiken wurden einige Aspekte ausgewählt, aber auch einige kritische Anmerkungen hinzugestellt.

So betonte Rita Süßmuth 1992 neben dem Anknüpfen an die symbolische Bedeutung der Adler-Stirnwand und den Ort des alten Saales gerade die neue Sitzordnung als demokratisches Symbol, die "symbolhaft das gleichzeitige Miteinander und Gegenüber von Parlamentsmehrheit und -minderheit sowie der Verfassungsorgane Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat zu Ausdruck bringen" sollte. Ebenso beschrieb sie die architektonische Grundkonzeption und das Detail als symbolhaft demokratisch: "Transparenz und Zugänglichkeit des Plenarsaals verdeutlichen demokratische Grundwerte der Freiheit und Offenheit, Vielfalt und Toleranz. Dem Industriebau entlehnte, architektonische Gestaltungselemente vermitteln ein Bild des Plenarsaals als "Werkstatt der Demokratie"."¹⁴⁹ Sie wies aber auch in einem Interview 1993 auf die Nachteile einer konsequenten Transparenz hin, in einer Gegenüberstellung mit dem für das nun als Parlament umzubauende Reichstagsgebäude in Berlin: "Dieses neue Haus am Rhein gibt eine klare Konzeption vor in Bezug auf die Qualität von Leichtigkeit gegen Schwere, Transparenz gegen Verschlossenheit, oder mit anderen Worten Offenheit gegen Abschottung. (...) Der Perspektive "Transparenz und Offenheit", der Leichtigkeit ist mehr, weit mehr Raum gegeben worden als der Perspektive "Heim" im Sinne von Vertrautheit, Intimität, Rückzug und Geschlossenheit."¹⁵⁰

Die Behauptung der Wirksamkeit der Transparenz eines Bauwerks als architektonischer Ausdruck für die demokratische Transparenz von Beschlüssen und Entscheidungen war ein häufig bezweifelter Punkt, so auch von Oliver G. Hamm: "Es gibt keine abgeschotteten, dem Auge des Bürgers verborgenen Bereiche. (...) Doch die Bereiche, in denen wirklich Politik gemacht wird (und in denen nicht nur debattiert wird), werden ihm weiterhin vorenthalten: die Ausschüsse, die Fraktionssitzungen usw. Politik wird nicht dadurch transparenter, dass man sie im Glashaus präsentiert." Er stellte die Arbeit der "Vorkämpfer einer menschlichen Architektur" generell infrage, bewunderte jedoch Behnischs Unbeirrbarkeit: "Dass sein über zwanzigjähriges Engagement für eine unpathetische, allen repräsentativen Formen entkleidete Volksvertretung bei den Abgeordneten wenig bewirkt hat, wird spätestens durch die Entscheidung des Bundestages klar, in den monumentalen Reichstag von Paul Wallot einzuziehen. Dennoch sei an dieser Stelle die Frage zur Diskussion gestellt, ob die Parlamentarier genauso entschieden hätten, wenn darüber im neuen Plenarsaal abgestimmt worden wäre."¹⁵¹

An derselben Stelle wurde auch das Urteil des Parlamentariers Gerd Wartenberg veröffentlicht, der die Bedeutung des Plenarsaals für die Abgeordneten als weniger wichtig als die nach dem Umzug unverändert bleibenden Arbeitsräume selbst ansah: "Deutsche Parlamente sind heute überwiegend Arbeitsparlamente, mit ihren Vor- und Nachteilen. Die Infrastruktur, die um ein Parlament gruppiert ist, spielt heute eine viel größere Rolle für einen Abgeordneten als der Plenarsaal selbst. Der Umzug in das neue Parlamentsgebäude wird deswegen auch weitestgehend als Routineangelegenheit empfunden." Damit brachte er auch die gewandelte Bedeutung des Plenarsaals zum Ausdruck, der heute mehr der öffentlichen Darstellung dient als der eigentlichen Parlamentsarbeit, die außerhalb stattfindet. Er betrachtete die als positiv bewertete Architektur des Plenarsaals jedoch auch unter dem Aspekt der "Zwiespältigkeit der alten Bundesrepublik", die er durch den Ort Bonn und die Inkonsequenz der Planungen bestätigt sah: "Deutlicher als bisher wird der 'Bonner' Charakter unserer Demokratie noch einmal sichtbar: der Plenarsaal, ein Beispiel exzellenter Nachkriegsarchitektur, der sich angenehm abhebt von der Postmoderne der letzten Jahre, als ein Gegenüber drittklassiger Einfamilienhäuser. Sympathisch und unpathetisch,

¹⁴⁹ Rita Süßmuth im Vorwort zu: Flagge; Stock: Architektur und Demokratie, a.a.O., S. 7

¹⁵⁰ Rita Süßmuth: Grand Design – das Denken vor dem Bauen, Interview mit Reinhart Wustlich, in: DAB 7/1993, S. 1225

¹⁵¹ Oliver G. Hamm: Am Ende eines langen steinigen Weges. Neuer Plenarbereich des Deutschen Bundestages in Bonn, in: Bauwelt 41/1992, S. 2340-2354

aber auch kleinkariert und unentschieden. Ein letztes Mal stellt sich die alte Bundesrepublik dar, so wie sie war. Modern, technisch auf der Höhe der Zeit und doch ein wenig bieder."¹⁵²

Angesichts des Umzugs des Parlaments in den Reichstag und mit einem Rückblick auf die Bonner Republik warf Christoph Hackelsberger auch die Fragen auf nach den möglichen neuen, noch ungeklärten Eigenschaften und Idealen einer Berliner Republik: "Dieser Bau ist das platonische Idealbild dessen, was wir nach den Jahren der NS-Diktatur an Gemeinschaftlichkeit, d.h. Staat erträumt haben: Offenheit, Recht, Freistaatlichkeit. Die neu gewonnene parlamentarische Landschaft ist zugleich ein Schlusspunkt, das Erwachen am Ende eines Traums. Die Entscheidung für Berlin hat viel mit der Rückkehr in die historische deutsche Realität zu tun. Dieser Rücksturz erweist die Republik von Bonn als Umweg. Wir erleben allabendlich die eigentliche, längst vergessen geglaubte deutsche Realität an Hand der Krawallbilder vor den Asylantenheimen. Gerade diese Realität zwingt uns zurück in das belastete Gehäuse des Berliner Reichstags, in die Prätention unserer größten, inzwischen unurbansten deutschen Stadt, die nun wieder Schicksal werden soll."¹⁵³

Auch Ingeborg Flagge fügte einen Gedanken um die architektonische Rolle Bonns hinzu, der das mangelnde Bemühen des demokratischen Bauherrn und der Stadt um eine dem Staatswesen entsprechende Baukunst hervorhob: "Nach Jahrzehnten des gestalterischen Verzichts setzt der Bau Maßstäbe, die in Bonn bisher fremd waren. Erstmals repräsentiert sich der Bauherr Parlament architektonisch anspruchsvoll und angemessen. Allerdings ist es eine vom Architekten verordnete Qualität, keine vom Bauherrn eingeforderte. (...) Der Plenarsaal ist lichtdurchflutet und transparent, auch wenn seine Offenheit nur durch schusssicheres Glas ermöglicht wird. Mit diesem Bau hat Günter Behnisch einem Demokratieverständnis Form gegeben, das dem des Bauherrn und seinen bisherigen gebauten Manifestationen weit vorauseilt." Und sie forderte - im Sinne der Wechselwirkung des Gebauten auf seine Benutzer - ein Lernen der Abgeordneten vom Plenarsaal, als ein Heilmittel auch für politisches Denken und demokratische Gesinnung. "Viele Abgeordnete allerdings wollen und wollten den neuen Plenarsaal nicht. (...) Nun müssen sie in ihrem neuen Haus sitzen, sie müssen sich ihm aussetzen. Sie werden die Transparenz des Baus ertragen müssen, seine Helligkeit, seine unplüschige Haltung, seine kompromisslose Modernität. (...) Die Abgeordneten werden vom Plenarsaal lernen, unter Umständen auch gegen ihren Willen."

Peter Conradi berichtete neben seiner persönlich positiven Beurteilung über "ärgerliche Fehler" und unzufriedene Stimmen, die neben funktionalen Fehlern - zu kleinen und ungünstigen Garderoben, gefährlichen Ecken an Glasbrüstungen, zu glatter Rampe im Plenarsaal und weiterer schlecht ausgeführter Baudetails - vor allem über Mängel im Bereich des Restaurants geklagt hatten: die zu hohe Theke im Schnellrestaurant, unbequeme Stühle, ungemütliche Atmosphäre der abendlichen Beleuchtung und des Bar-Interieurs. Und er beschrieb die Empörung und die Genugtuung insbesondere der Saalgegner beim Ausfall der Lautsprecheranlage, der kurz nach der Fertigstellung monatelang die Benutzung des neuen Saals unmöglich und einen erneuten Umzug notwendig gemacht hatte.¹⁵⁵

Eine Gegenposition zu den schon zuvor zeitnah zitierten Stellungnahmen von Behnisch und Conradi vertrat Heinrich Wefing, der auf der Seite der Bundesbaudirektion an den Planungen mitgewirkt hatte. Auch er beurteilte in seiner Stellungnahme den Plenarsaal als einen "unverwechselbaren Repräsentationsbau ohne jedes Imponiergehabe", Günter Behnisch habe seinem Schaffen "eine moderne Interpretation des Gebäudetyps nationales Parlament hinzugefügt". Besonders hob er jedoch die Erfahrungen der Bauherrenseite mit dem Architekten und seiner Arbeitsweise hervor, der durch diesen Bau seinen Ruf als hervorragender Architekt bestätigt habe und durch seine Persönlichkeit den souveränen Umgang mit Gremien und politischem Umfeld beherrsche, "standfest und zielstrebig bei der Durchsetzung der ihm wichtigen Planungsziele, z.B. der Aufweichung der starren Sicherheitsanforderungen; listig und hartnäckig bei der Aushöhlung der doch so unangreifbar wirkenden Regularien, die sich Finanz- und Bauverwaltungen selbst verordnet haben, um sein darin nicht vorgesehenes Planungsverfahren zu ermöglichen; lässig in der Handhabung solcher Anforderungen, die sein Gestaltungskonzept stören könnten" 156.

Diese Beschreibung aus der Sicht der "Apparate", von Behnischs persönlichem Engagement für die schon vielfach beschriebene Zurückweisung der Zwänge "vor Architektur", unterstrich die Bedeutung dieses in die Entwurfsund Planungsphasen hineinreichenden Prozesses gerade für diese besondere Bauaufgabe und den besonderen Bauherrn: die zumindest teilweise Lösung aus der Abhängigkeit von Verwaltungs- und öffentlichen Bauvorschriften, und auch die Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Personen. Sie zeigte aber auch die Einschränkungen und Grenzen dieser Planungsweise auf, die als Voraussetzung eine risiko- und vertrauensbereite, finanziell nicht festgelegte und eine persönlich Verantwortung übernehmende Bauherrschaft verlangte - eine Rolle, die nur selten ein öffentlicher Bauherr bereit ist einzunehmen. Wefing wies dann auch auf das aus seiner Sicht "schwierige Zusammenwirken mit den in Stuttgart arbeitenden Planern, mit den vor Ort tätigen Bauleitern, mit dem dazwischen pendelnden Projektleiter, und schließlich mit den beiden an diesem Projekt beteiligten Partnern des Herrn Professor Behnisch"¹⁵⁷ hin. Hier wurde ebenfalls die unbequeme und aufwendige Arbeit von Erhard Tränkner

¹⁵² Gerd Wartenberg: Gedanken eines Parlamentariers, in: Bauwelt 41/1992, S. 2348

¹⁵³ Christoph Hackelsberger: Eine Parlament für eine andere Republik, in: VfA-Profil 1/1993, S. 18

¹⁵⁴ Ingeborg Flagge: Reflexionen in Form und Freiheit, in: Lufthansa Bordbuch 1/1993, S. 38f

¹⁵⁵ Peter Conradi: Politik als Bauherr. Eine lange Geschichte, in: db 4/1993, S. 15ff

¹⁵⁶ Heinrich Wefing: Der neue Plenarsaal des Bundestages, Jahresschrift der BBD 1992, S. 9-10

¹⁵⁷ Heinrich Wefing, a.a.O., S. 11

angesprochen, der erfolgreich versucht hatte, die Vorschriften und Planungsgesetzlichkeiten der Bundesbaubehörden von dem Planungsprozess der Architekten fernzuhalten. Dieser, so Wefing, fordere auf der Seite der BBD einen "guten Beamten, der das Anliegen der Architekten in Verwaltungsgänge übersetzt und nicht umgekehrt"158, jedoch habe sich die BBD "auf der anderen Seite des Grabens (...) eine Schlüsselfigur im Büro der Architekten gewünscht, die mit Baurecht, Haushaltsrecht, und den bei öffentlichen Bauten gültigen Regularien vertraut und mit Vollmacht und Kompetenz ausgestattet gewesen wäre, die Phantasie der Planer und die unbekümmerte Großzügigkeit der Ausschreibenden und Bauleitenden schon im eigenen Hause zu steuern. (...) Wie gut, dass man dem Bauwerk den vielfach verschlungenen, zeitraubenden, geldfressenden und kräftezehrenden Weg nicht ansieht, der zu ihm geführt hat!"159

Stellungnahme des Architekten

Die aus den langwierigen und schwierigen Bedingungen der Aufgabe, den Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der Bundesbaudirektion bzw. verantwortlichen Bauherren und Parlamentariern sich ergebende Ordnung der Collage betonte Behnisch als die situative Lösung für die Aufgabe. Die Collage habe das auf allen Seiten durch viele Hände laufende, vielfach überarbeitete und zu scheitern drohende Projekt als Verbindung der in unterschiedlichen Zeiten und mit unterschiedlichen Personen erarbeiteten Teillösungen und Bereiche ermöglicht: "In dieser für uns misslichen Situation haben wir eine Ordnung des Formalen gesucht, in der die größte Unabhängigkeit des Einzelnen vom Ganzen und von den anderen Teilen möglich ist, eine Ordnung, in der die Elemente - aus verschiedenen Jahren und von verschiedenen Personen gefertigt - sich einfügen konnten, eine Collage, die nun die in zwei Jahrzehnten entstandenen unterschiedlichen Dinge aufnehmen konnte. Eine Collage ähnlich der Dadaisten, eine Ordnung, in der ein Plenarsaal neben dem Foyer sein kann, eine Treppe neben Bäumen, Repräsentationsräume neben dem Rhein usf., ohne dass diese Dinge hätten koordiniert werden müssen im Formalen oder Ansprüche stellen aneinander. #160

Als Gemeinsamkeiten bezeichnete Behnisch die funktionelle Erfüllung der jeweiligen speziellen Aufgabe als dienende Elemente, die in räumlicher Distanz durch nichtmaterielle Mittel verbunden würden. Im Unterschied zum Hysolar-Gebäude in Stuttgart sei die Entstehung der Collage nicht formal gesteuert, sondern situativ als Kennzeichen ihrer prozesshaften Entwicklung entstanden. "Einige alle Elemente betreffende Kriterien hatten wir allerdings formuliert: So sollten die Dinge Abstand halten voneinander. Sie sollten einander respektieren. Die Elemente sollten 'sie selbst sein', d.h. sie sollten sich ihrem Wesen entsprechend darstellen, individuell und selbstbewusst. Jedes Element und jedes Teil sollte seiner Aufgabe im Rahmen des Ganzen dienen. Den nichtmateriellen Zwischenräumen kamen dabei besondere Bedeutung zu. Eine räumliche Collage also aus formal nicht koordinierten, individuellen, vielleicht auch individualistischen Elementen; während die Collage beim Hysolar-Institutsgebäude in ihren Elementen formal koordiniert war." 161

Auch Behnisch betonte die raumbestimmende Wirkung der Orte als Elemente der Collage, die in dem Konzept der Landschaft möglichst ohne wirksame Raumbegrenzungen auskommen sollten: "Letztlich wurde nicht die Schutzhülle des 'Gebäudes' das Wesentliche, nicht dasjenige, was früher ein Haus ausmachte, nicht zuerst das Dach oder die Wand. Vielmehr sind es die Orte, die hervortreten, innerhalb der Wände und außerhalb derselben: ein Baum hier, dort eine im Raum schwebende Treppe, der Ort der Plenarversammlung und das Bett des Rheins, hier ein Foyer und dort ein Platz, hier ein Steg in der Lobby, dort ein Weg im Rasen, hier die differenzierten Speiseräume, dort der vielfältige Raum unter und zwischen großen alten Bäumen."162

1999 äußerte sich Behnisch in einem Interview des Deutschlandradios mit Dirk Meyhöfer wenig glücklich über die Entwicklung in Berlin, nicht nur wegen des Umzuges des Parlaments in den Reichstag, sondern auch wegen des Repräsentationszwangs, und sah dadurch die symbolische Bedeutung des Bonner Plenarsaals verstärkt. "Bonn wurde in dem Moment vollendet, als der Umzugsbeschluss gefasst wurde. Das ist natürlich eine geradezu humoristische, absurde, ja, tragische Situation. Aber sie gefällt mit nicht schlecht: Ein Bauwerk, das gerade fertiggestellt wurde, ist nur noch Erinnerung. Es verliert seine praktischen Funktionen. Aber Dinge, die ihre praktischen Funktionen verlieren, gewinnen an symbolischem Wert. Wenn Sie einen Pflug in Ihre Diele hängen, dann ist das ein Symbol für eine längst vergangene, handwerkliche Zeit. Mit dem Pflügen an sich hat das nichts mehr zu tun. So ist das mit dem Bonner Plenarsaal natürlich auch. Da er als solcher nicht mehr benutzt wird, wird man versuchen, aus ihm heraus zu lesen, was die bundesrepublikanische Gesellschaft seinerzeit wohl war. 1163

¹⁵⁸ Günter Behnisch, zitiert nach Wefing, a.a.O.

¹⁵⁹ Heinrich Wefing, a.a.O., S. 11

¹⁶⁰ Günter Behnisch, Vortrag Bristol, 04/1996, AB

¹⁶¹ Günter Behnisch, a.a.O.

¹⁶² Günter Behnisch: Der lange Weg zum neuen Plenarsaal, Manuskript, AB; veröffentlicht in: Behnisch & Partner (Hrsg.): Deutscher Bundestag –

Neuer Plenarbereich, a.a.O.

163 Günter Behnisch: Ich möchte wirklich kein Missionar sein, Gespräch mit Dirk Meyhöfer, in: Kein Abschied von der Moderne. Architekten und ihre Visionen, Gesprächsreihe des Deutschlandradio 2000, S. 19

Rückblick und Schlussbemerkungen

Die Entstehung des architektonischen Werkes von Günter Behnisch zeigt eine Bindung an die zeitgeschichtlichen Ereignisse, die auch die lebensgeschichtlichen Erfahrungen und die regionalen Bedingungen des Studienortes Stuttgart einschließen. Daneben werden weitere Einflüsse und Wirkungsfelder deutlich, die Auswirkungen auf dessen Verlauf hatten.

Die im Umfeld der Stuttgarter Schule durch die Lehre Paul Schmitthenners, aber auch die von Günter Wilhelm zunächst verinnerlichten Prinzipien der Werk- und Materialgerechtigkeit führten an bautechnische Grenzen, die zum ersten Mal eine Richtungsänderung zur Folge hatten: Im Zusammenhang mit den zeitnahen architektonischen und wirtschaftlichen Bedingungen konnte Günter Behnisch erfolgreich das produktionsgerechte Bauen mit industriell hergestellten Bauteilen forcieren. Die zahlreichen, in dieser Zeit entstandenen Bauten zeigten jedoch schon bald neue Abhängigkeiten und Grenzen auf: Die Faszination von der perfekten und präzisen Bautechnik und Planung führte zu formalen Abhängigkeiten, die eine unkritische Verwendung der neuen Techniken in Frage stellten. Jedoch gelangte Behnisch durch den Umgang mit den neuen Möglichkeiten der Fertigung nicht nur in eine Sackgasse, sondern auch zu einem Bewusstsein über erweiterte formale Möglichkeiten des Bauens. Er entdeckte das für sein folgendes Werk charakteristische Denken in Elementen und Schichten im Zusammenhang mit den technischen Systemen, das für seine Architektur eine wichtige Voraussetzung wurde: Die Bauten sollten ihre Gestalt nun nicht mehr aus den Zwängen der Technik entwickeln, sondern die Technik sollte zur Gewinnung von Freiheiten eingesetzt werden. Neben das strukturell begründete Denken, in dem Behnisch auch der Auffassung Egon Eiermanns nahe war, trat die von Rolf Gutbrod vermittelte, schon im Studium angelegte Haltung, Freiheiten neben Notwendigkeiten einen Platz einzuräumen. Gutbrod hatte Behnisch gelehrt, in den Zwängen die Freiheiten zu sehen, die es ermöglichen, eine "höhere Ebene" der Baukunst zu betreten.

Auch der zweite Wendepunkt in der Entwicklung seines Werkes war eng verbunden mit den zeitgeschichtlichen Ereignissen und dem Zustand der Gesellschaft: Die neue Ebene wurde bestimmt durch Inhalte, die auf eine Humanisierung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts ausgerichtet waren. Behnisch hatte früh die politische Aufbruchstimmung und die großen gesellschaftlichen Veränderungen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre als Anstoß und Voraussetzung für einen grundlegenden Wandel der Architektur erkannt. Nicht mehr ausschließlich funktionale, praktische Überlegungen, sondern weltanschauliche Gesichtspunkte rückten in den Mittelpunkt der architektonischen Arbeit. Der Entwurf für die Olympiaanlagen in München 1967 wurde zum Symbol und Impulsgeber für neue Inhalte und den weiteren Verlauf des Werkes, das sich nun öffnete für neue Einflüsse und Erfahrungen: Die Anlage entwickelte sich nicht nur zum Ausdruck eines neuen, zukunftsweisenden Selbstverständnisses der Bundesrepublik, sondern eröffnete auch mit ihrem Arbeitstitel "Situationsarchitektur" neue Gedankenfelder und architektonische Möglichkeiten für ein am Menschen orientiertes Bauen.

Für das sich nun herausbildende Grundmotiv seiner Arbeit - die Wiederannäherung oder Versöhnung von Natur, Mensch und Technik - waren neben einem weitgefassten, situativen Denken auch die Impulse durch die akademischen Aufgaben und theoretischen Schriften wirksam: Erst nach der "Fertigstellung" der Bauten wurde das Entstandene in literarischen und philosophischen Gedankengängen reflektiert, nicht nur zur Bestätigung des in einem "Schöpfungsprozess" erreichten Zustandes, sondern gleichzeitig als neue Anregung für das Zukünftige. Gebautes und gedanklicher Hintergrund wurden in diesem wechselseitigen Prozess weiterentwickelt. Romano Guardini, Jan Mukarovský und Werner Heisenberg waren die wichtigsten Ideengeber, in deren Schriften Behnisch entscheidende Anregungen fand, die gut auf die Architektur übertragbar waren.

Diese Vorgehensweise wurde zum Bestandteil des prozesshaften Bauens, dessen Formfindung aus dem pragmatischen Umgang mit den situativen Aspekten entstand, und nicht begründet wurde in einer vorausgehenden Theorie. Nicht nur jedes Gebäude für sich, sondern das Werk in seiner Gesamtheit entwickelte sich aus dem prozesshaft-unvollendeten Denken. Daraus wuchs nicht ein festes Theoriegebäude, sondern ein eigenes, undeterminiertes Gedankengefüge, das Behnisch eine emotional und intellektuell ausgeglichene Weltsicht ermöglichte. Seine Aussagen und Entwürfe waren und sind nicht mit einer allumfassenden, anspruchsvollen Programmatik formuliert, sondern mit dem Gestus der Bescheidenheit, den Lebensbedürfnissen des Menschen zu entsprechen und dafür Möglichkeiten in der Architektur zu suchen.

Behnischs Konstruktionsidee und die Differenzierung auf verschiedenen Ebenen stellen eine eigene Sprache der Vermittlung zwischen Technik und Mensch dar. Beide zeigen die Einstellung zum Materiellen und kennzeichnen die Haltung dem Menschen gegenüber: Konstruktionen und Material sind nach verschiedenen Aspekten differenziert und auch quantitativ minimiert, die Auswahl sozial, ästhetisch und ökologisch begründet. Technische Wirkungsweisen und Konstruktionen sind sichtbar gemacht und mit entsprechenden Materialien und Farben "ästhetisiert". Sie wirken im Kontrast mit sinnlichen und zu berührenden, natürlichen Materialien sowie transparenten oder hellen Farben. Die Lesbarkeit und die ästhetische Behandlung dient dem Ausgleich für die Entfremdung des Menschen, für nicht mehr unmittelbar Erfahrbares. Diese konsequent weiterverfolgte Differenzierung führt bis zur Auflösung von zusammenhängenden Strukturen und zur Abstraktion der technischen Einzelelemente von ihrer eigentlichen Funktion. So übernehmen in den Schulgebäuden in Lorch und in der Bibliothek in Eichstätt die immateriellen Medien Licht und Bewegung raumbildende Funktion und atmosphärische Aufgaben, zusammen mit einer großen Vielfalt von Farben, Materialien und Formen. Ihren Höhepunkt erreicht diese Linie im Werk in der Lösung der Zusammenhänge von Funktion und Inhalt im Hysolar-Institut in Stuttgart.

Diese kontinuierliche Entwicklung widerlegt auch die Zuordnung zur dekonstruktivistischen Architektur. Eine Verbindung ist nur in den Ähnlichkeiten der gedanklichen Haltung und z.T. auch den Bauten von Coop Himmelblau zu erkennen, die sich in dem prozessartig gedachten Entwurfs- und Planungsvorgang zeigt. Die unterschiedlichen Ausprägungen der Dekonstruktivisten hatten als übereinstimmendes Charakteristikum die geometrischen Ordnungssysteme und Hierarchien ähnlich wie auch Behnisch abgelehnt. Jedoch sind bei ihm die Auflösung der Ordnungen und die neuen Raumvorstellungen nicht verbunden mit einer radikalen Lösung von Bedeutungen und Inhalten. Übergeordnetes Ziel bleibt die Annäherung von Mensch und Technik, die einen verantwortungsbewussten Umgang mit Konstruktionen fordert, sowohl im Sinne der ökologischen Aspekte einer Materialminimierung, wie auch im Sinne einer Nachvollziehbarkeit für den Menschen. Im Gegensatz zu der vordergründigen Wertungs- und Bedeutungsfreiheit der Dekonstruktivisten sind Bedeutungen und Inhalte nicht freigestellt, sondern bewusst vom Architekten neu besetzt: Behnisch nimmt auf der Suche danach Bedeutungen und Bedingungen aus der Funktion, aus dem Kontext und aus der Zusammensetzung der beteiligen Personen als situative Aspekte auf, die in die Gestalt einfließen. Die Bedingungen der Realität werden aus einer positiv und hoffnungsvoll besetzten Weltsicht betrachtet, die anders als die dekonstruktivistische Sicht Bezüge herstellt und ebenso aber Widersprüche, Konflikte und Mehrdeutigkeit einschließt.

In der Erweiterung des funktionalen Ansatzes besteht auch eine gedankliche Verwandtschaft zu Hugo Häring und Hans Scharoun: Funktionen und Bestandteile des Gebäudes werden als Gestalten begriffen, in denen das Wesen der Aufgabe als Ganzes durchscheinen und die Hinweise für die Zukunft enthalten können. Die architektonischen Mittel entwickeln sich kontinuierlich und von den meisten architekturgeschichtlichen Strömungen weitgehend unabhängig weiter.

Gleichzeitig zu der in Werkphase 4 aufgezeigten Auflösung der geometrischen Ordnungen zeigt sich, begonnen in den 80er Jahren, eine Tendenz zu einfacheren konstruktiven Primärsystemen, die mit davon gelösten, differenzierten Formen und Ereignissen überlagert sind. Diese Entwicklungslinie verdeutlicht weitere Möglichkeiten des Umgangs mit architektonischem Raum, Licht und Bewegung: Mit Licht wird eine dynamische, bewegte Raumvorstellung umgesetzt, welche die Zeitkomponente in die Raumerfahrung einbezieht. Die Vielfalt an Raumsituationen besteht nicht mehr durch materielle und konstruktive Vielfalt sowie differenzierte Strukturen, sondern durch den Kontrast von Bewegung und Ruhe, Licht und Schatten, deren dynamische Fügung zu einem neuartigen Raum führt. Die Entfaltung des offenen Raumes vollzieht sich durch die permanente Bewegung zu den "Lichtorten", die sich auch in der für Behnisch typischen und in vielen vorangegangenen Bauten realisierten besonderen Detaillierung der Treppen, Geländer und Brüstungen ausdrückt. So deutet u.a. der sparsame Einsatz von lasierenden, schillernden Farben oder reflektierenden Oberflächen ebenso auf die Tendenz, die Bestandteile der Architektur zu "entmaterialisieren". Die entstehende Transparenz ist die Voraussetzung für den räumlichen Zusammenhang mit der Landschaft, welche als Bestandteil der Architektur gedacht ist, wie umgekehrt auch die Orte im Gebäude als Teil der Landschaft gedacht sind. Sie ist in diesem Sinne Bestandteil der Raumerfahrung und Ausdruck der Idealvorstellung einer Verbindung mit der Natur.

Gerade in den Planungen für die Bundesbauten in Bonn spiegeln sich die wesentlichen Ansätze der architektonischen Haltung von Günter Behnisch und die kontinuierliche Entwicklung des Büros besonders deutlich wider. In dem langen Planungszeitraum bleiben nicht nur Merkmale der verschiedenen Stufen und die zeitbedingte gesellschaftlich-politische Situation im realisierten Entwurf sichtbar, auch der Kontext der Landschaft und die verschiedenen Aspekte des Ortes sowie der individuelle Einfluss der beteiligten Architekten sind als sichtbare Gestaltmittel deutlich. Das aus dem Entwicklungsprozess und der Entstehungsgeschichte folgende collageartige und fragmentarische Erscheinungsbild spiegelt daneben auch den inhaltlichen Bezug zu demokratischen Entscheidungsprozessen wider und steht für die Symbiose mit der für Behnisch charakteristischen prozessualen Arbeitsweise. Die "Orte" als Bestandteile der Collage entsprechen der Idee des Gebäudes als Architekturlandschaft und dem scheinbar zufällig Entstandenen. Die Tendenz zur Individualisierung und architektonischen Nachbearbeitung von unterschiedlichen Raumsituationen, Bereichen und Details ist eng verbunden mit diesem schrittweisen Prozess, ohne den eine architektonische Lösung der teilweise komplizierten Überlagerungen nicht möglich wäre. Die lange Baugeschichte zeigt die Dauerhaftigkeit und Beständigkeit der tragenden Idee, die unabhängig von zeitbedingt formalen, materiellen und technischen Entwicklungen erhalten bleibt.

Mit der Bedeutung von Licht, Raum und Bewegung zeigt der Plenarsaal in Bonn - in Fortsetzung der Bibliothek in Eichstätt und des Postmuseums in Frankfurt - einen Höhepunkt in der Entwicklung des Werkes, in dem die architektonischen Mittel zur Inszenierung der immateriellen Bestandteile des Gebäudes intensiviert sind. Die schon im Postmuseum verwirklichte Raumvorstellung fasst Licht, Bewegung und Zeit als Funktionen der Architektur auf, wobei der Raum sich in permanenter Bewegung immer neu bildet. Damit nähert sich Behnisch seinem Ziel, die "Zwänge" der Architektur zu bewältigen und sie wieder anzubinden an etwas "Höheres", außerhalb des Materiellen im Künstlerischen. Auch hier sind Glasfassaden und Transparenz nicht materielle Zeichen für eine scheinbare Öffnung und Durchschaubarkeit politischer Vorgänge, sondern sind Voraussetzung und Bestandteil der Raumerfahrung und des Ideals der Versammlung in der Rheinaue.

Darüber hinaus will Behnisch nicht nur bestehende Realitäten widerspiegeln, sondern auch Vorstellungen von einer aus seiner Sicht wünschenswerten Zukunft einfließen lassen. Damit fordert er vom Architekten verantwortliches Handeln mit einer diesen Zielen entsprechenden, moralisch-geistigen Haltung und Lebenserfahrung ein, aus der heraus in die Zukunft gerichtete Inhalte und sozial-utopische Aspekte impliziert werden können. Sie sollen den Benutzer sinnlich und geistig anregen und ihm somit den Blick in eine neue, optimistische Gegenwelt er-

öffnen. Die Öffnung der Architektur bleibt also nicht unbestimmt und entkoppelt, sondern gebunden an den Menschen, bleibt angewiesen auf die Beziehungen zwischen Inhalt und Form, Zeit und Raum. Die Bauaufgabe wird nicht nur als Abbild der vordergründigen Nutzungsfunktionen verstanden, sondern bedingt eine notwendige Interpretation, die erst zum Wesenskern hinführt. In Anlehnung an Ernst Bloch soll in der Architektur der "Vor-Schein" auf eine andere, bessere Welt aufgezeigt werden: Sie soll als antizipatorischer Übermittler von Inhalten sowie als Hoffnungsträger für Bedürfnisse und Wünsche der Menschen dienen. Auf der Suche nach einer neuen, diesem Anspruch gerecht werdenden Form wird der Vorgang des Bauens als ein offener, quasi unendlicher Prozess betrachtet. Auf diesem Lösungsweg werden die situativen Aspekte der speziellen Aufgabe - die unterschiedlichen subjektiven Sichtweisen von Benutzer und Bearbeiter eingeschlossen - als Anlässe für die Gestaltfindung aufgenommen. Die Lösung vieler an das Gebäude gebundener Zweckfunktionen von der Form ermöglicht dem Gestalter größere Möglichkeiten bei der Formfindung. Die Formen sind gelöst und frei in Sinne des Gestalters anwendbar, sind nicht mehr abhängig von Konstruktion, Material, Technik, und auch nicht mehr ausschließlich von funktionalen Gesichtspunkten.

Behnisch erreicht durch seine besondere Vorgehensweise eine sehr weit gehende Freiheit für die formale Gestaltung der Bauten und für die Aufnahme neuer Inhalte, die aber abhängig vom Gestalter sind. Schon Ende der 60er Jahre hatte Behnisch die Bedeutung der Verantwortung und der moralischen Kompetenz des Architekten betont, sowie auch dessen Verpflichtung zu einer Lebensauffassung und Vision, ohne die eine ausgleichende Gewichtung der Aspekte zwischen Technik und Mensch und deren Integration in die Aufgabe nicht möglich wäre. Seine weitere Leistung besteht in der Kontinuität des Bemühens, diese Verantwortung wahrzunehmen, um mit der Betrachtung der situativen Bedingungen der Realität aus einer positiven Weltsicht heraus neue, in die Zukunft gedachte Visionen in seine Bauten zu implizieren. Die Poesie seiner Architektur begründet sich aus der Bereitschaft, das technische Werk zu öffnen für Dinge, die nicht Bestandteil der erfahrbaren Wirklichkeit, d.h. der Erfüllung der vordergründigen Bauaufgabe sind, sondern die dem Menschen eine neue, hoffnungsvolle Vorstellung von einer möglichen Weise des Lebens vermitteln. Mit dieser Vorgehensweise überwindet Behnisch die Abgeschlossenheit einheitlicher, geometrischer Ordnungsvorstellungen und schafft mehrdeutige, auch widersprüchliche und erweiterbare "Lebens"-Räume, die seine Idee vom Bauen als eine Frage nach dem Menschen ausweist, die sich auch im Wandel der Zeit als nachhaltig und tragfähig erweisen kann.

Summary and conclusion

The works of Günter Behnisch are deeply rooted in the "zeitgeist" of his age as well as in regional conditions that he found in his place of study, Stuttgart, and in Behnisch's own life experiences. Some major influences that had an indelible impact on his life and work can be singled out.

Behnisch soon realized the technical limits inherent in the principle of "Werk- und Materialgerechtigkeit" of the "Stuttgarter Schule" and their foremost proponents Paul Schmitthenner and Günter Wilhelm. Behnisch overcame those limitations by promoting a more production-oriented architecture, including the use of prefabricated industrial parts. The new possibility to realize never before-encountered precision in building and construction soon resulted in new formal dependencies. Behnisch must be credited to expand both the building process as such as well as the consciousness that accompanied it. It was he who discovered a new thinking connecting the construction process with a reliance on elements and layers. He thus created an architectural philosophy that looked upon constructions techniques as offering new-found freedoms rather than providing restrictions. Similar thoughts were espoused by Egon Eiermann and Rolf Gutbrod. Both had an architectural vision that incorporated both architectural restriction and opportunity, resulting finally in a "higher level" of architecture and construction.

Behnisch's second philosophical turning-point was similarly connected with the "zeitgeist", having at its core a humanization of technical and economical progress. Exceeding the rather predominantly functional aspects of the past, new ideological considerations entered into the focus of architecture and construction. The 1967 design of the stadium grounds for the Olympic Games in Munich became a symbol for opening new vistas and freedoms new contents and impulses reflecting a new political consciousness in Germany as well. The design's preliminary title "situation architecture" reflects the new opportunities inherent in a more humanized architecture.

A third motor in the formation of Behnisch's core ideas - the reconciliation of nature, humankind and technology can be found in his academic teaching and theoretical ridings. Only after the "completion" of a building it found a philosophical reflection in the literary canon, thus providing an impulse to look forward rather than backwards. Major influences on Behnisch's work were such renowned figureheads as Romano Guardini, Jan Mukarowský and Werner Heisenberg.

Thus developed the core ingredients in a new process-oriented architecture, basing form-finding in situative pragmatism rather than in theoretical framework. The whole oeuvre rather than individual buildings came to be seen as the cornerstones of process-orientation. Behnisch's philosophy abandons a fixed theoretical framework in favour of a more emotional, intellectual approach. Behnisch thus espouses an architectural thinking grounded in modesty and humanization.

Behnisch's idiosyncratic use of idiom reflects his core motive - the reconciliation of humankind and technology. It is characterized by use of different layers and a differentiation and quantitative minimization of construction and material, the rationale being at once social, aesthetic and ecological. Construction is seen in terms of aesthetic effects, relying on sensual and natural material on the one hand and transparent light colours on the other. Accessibility and aesthetic sensibility are meant to counter the prevalent feeling of alienation. In its final consequence this culminates in the dissolution of traditional structures and in the abstraction of individual technical elements from their function. Two buildings are prime examples of the changing function of a variety of lights and movement. The school building in Lorch and the library in Eichstätt exemplify a visualization of atmospheric creation of space. At the Hysolar Institute in Stuttgart the dissolution of function and content is carried to a masterful extreme

Behnisch's artistic development defies repeated attempts to group him within the framework of architectural deconstructionism. Similarity may be found in a common general philosophical outlook as well as in the building designs of Coop Himmelblau with a similar nod to process-orientation. It is true that the deconstructionists have likewise rebelled against the geometric principles of order and hierarchy. Behnisch, however, pursues the dissolution of order and space not to the point of negating meaning and content altogether. Overriding goal for Behnisch remains the reconciliation of humankind and technology, which presupposes responsibility in dealing with construction, be it as a way to minimize material or as a way of facilitating easy accessibility. Behnisch strongly opposes releasing meaning and content. Instead he postulates a new approach to their evaluation. He regards function, context and the people involved as the sum holding together the individual situative parts, which more than anything else provide meaning in architecture. Reality is seen in terms of a positive hope-inspiring philosophical outlook designed to construct meaning as well as conflict, contradiction and multi-perspectivism. This can be regarded as an extension of the functional approach embodied by Hugo Häring and Hans Scharoun. Functions and facets of a building are seen as embodiments ("Gestalten") of a translucent way of gaining insights into the future. Independent of contemporary historical trends architectural means will keep on a continual development of their own.

Parallel to the dissolution of geometrical order in work phase 4, another tendency can be witnessed. Beginning in the 1980s various layers of constructive primary systems have competed with a number of differentiated forms and incidents, each independent of the other. This fine line of development exemplifies further opportunities of working with architectural space, light and movement. Light helps to create strong dynamics of moving space within components of both time and space. A large variety of space no longer results from material, constructive and structural variety, but from the contrasts of movement and stasis, light and shade. Open space continually

evolves through permanent mobilisation of "lighting points". This is best exemplified in the characteristic way Behnisch designs stairs, banisters and balustrades.

Behnisch's spare use of transparent varnishing colours and glazing or reflecting finishing points towards a tendency to "dematerialize" the architectural components. The resulting transparency provides the basis for the unity of space and landscape, which are interdependent of each other. In that sense architecture participates in creating the experience of space and it expresses idealistic visions of unity with nature.

There is no better way to witness the concept of Behnisch's architectural philosophy than looking at the designs for the governmental buildings in Bonn. Clearly visible - through its long-winding planning phase - are the various idiosyncrasies of each planning phase. Also visible are the contemporary socio-political situation, the landscape context and the various aspects of space. Finally, the architects' personal idiosyncratic handwriting adds the finishing touch in creating meaningful content. Resulting from the long developmental process is a collage of fragmentization designed to reflect the multi-facetted democratic process. The different "locations" within that collage correspond to Behnisch's idea of buildings incorporating architectural landscapes simultaneously conveying the appearance of accidental creation.

The tendency towards individualization and architectural reworking of various situations and details regarding space is closely related with this step-by-step process. Nothing demonstrates the longevity of the underlying core philosophy better than the rather long construction process, which remained unaltered despite all formal, material and technical progress. The core idea's progression culminates in the design of the plenary room, as far as the meaning of light, space and movement are concerned. Just as it was previously realized in the Postmuseum, space comes across as a vision of light, movement and time, whereby space continually recreates itself. Behnisch thus comes close to realizing his goal, to transcend the limitations of architecture and to transport them into the realm of the immaterial and artitifical. The use of glass facades and transparency in general are more than mere democratic symbols, they are also presuppositions for spatial experience and for the ideal of congregation.

It has always been Behnisch's goal to transcend a mere reflection of reality in favour of the inclusion of a desirable future imagination. To him architects have a responsibility of action paired with an intellectual morale that implicates content and socio-utopian aspects into the future. Behnisch demands a reception of emphatic sensibility opening up avenues of a more optimistic world concept. The opening up of architecture must always be seen in connection with humanity and situative aspects without the possibility to sever the ties between form and content or space and time. The true challenge of construction is to find avenues to the true core of human being. As has been postulated by Ernst Bloch architecture has the mission to provide "previews" of a better other world. In transmitting content architecture also inspires hope for human desires. In search of new forms to complete that mission the construction process turns into an open infinite process. All situative aspects respective to the specific solution in question participate in the overall goal of "gestalt" finding. Because of the separation of form from purpose, the creator gains better opportunities of form-finding. Forms are dissoluted and freely employable independent of construction, material, technique as well as functional perspectives.

His idiosyncratic idiom allows Behnisch a far-reaching freedom in formal construction and in adding new contents. As early as by the end of the 1960s Behnisch has emphasized the importance of an architect's responsibility and moral competence as well as his obligation towards a vision of balance integrating the human being with technology. Behnisch's further achievement lies in his continuing strife for excellence in the adoption of that responsibility - as evidenced by the implication of a positive world view into visions of the future. The lyrical element in Behnisch's work results from his willingness to open up technical works to hope-inspiring reality-transcending objectives. It is Behnisch's merit to overcome the formal exclusiveness of geometrical orders of principle in favour of infinite, even contradictory multi-purpose spatial objects. In Behnisch's philosophy building is a metaphor for the central questions of humanity which are both essential and timeless.